



Informationsvorlage Federführend: Fachdienst Finanzen	Vorlagennummer:	2022/197
	Status:	öffentlich
	Datum:	09.11.2022

Beratungsfolge (Zuständigkeit)	Sitzungstermin	Status
Ausschuss für Gleichstellung, zentrale Verwaltung und Feuerschutz (Kenntnisnahme)	28.11.2022	Ö
Kreisausschuss (Kenntnisnahme)	12.12.2022	N

Im Budget enthalten:	ja	Kosten (Betrag in €):	---
Mitwirkung Landrat:	ja	Qualifizierte Mehrheit:	nein
Relevanz			
Gender Mainstreaming	nein	Migration	nein
Prävention/Nachhaltigkeit	nein	Bildung	nein
Klima-/Umwelt-/Naturschutz	nein		

Beteiligungsbericht des Landkreises Peine 2022

Sachdarstellung

Inhaltsbeschreibung:

Gemäß § 151 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) haben die Kommunen einen Bericht über ihre Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform des privaten Rechts und die Beteiligung daran sowie über ihre kommunalen Anstalten zu erstellen und jährlich fortzuschreiben. Der Bericht soll insbesondere Angaben über die Erfüllung des öffentlichen Zwecks, die Beteiligungsverhältnisse und die Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft enthalten. Die Einsicht in diesen Bericht ist jeder Person gestattet. Auf die Möglichkeit dazu ist in geeigneter Weise öffentlich hinzuweisen.

Der Beteiligungsbericht enthält Daten zu den vorhandenen Beteiligungen des Landkreises, insbesondere die Informationen über den Unternehmenszweck, die Besetzung der Organe, wirtschaftliche Daten durch Darstellung der Jahresabschlüsse 2021, mögliche Auswirkungen auf den Kreishaushalt und Auszüge aus den Lageberichten zu den kommenden Wirtschaftsjahren.

Der Beteiligungsbericht ist gemäß § 1 Absatz 2 Nr. 10 der Kommunalhaushalts- und Kassenverordnung (KomHKVO) Bestandteil des Haushaltsplanes und wird mit diesem vom Kreistag beschlossen. Aufgrund der Wichtigkeit des Beteiligungsberichtes wird er zusätzlich mit dieser Vorlage zur Kenntnis gebracht.

Der Bericht steht im Kreistagsinformationssystem ALLRIS zur Verfügung. Zudem ist er öffentlich zugänglich und kann unter folgendem Link heruntergeladen werden:

www.landkreis-peine.de/Aktuelles/Haushalt

Ergänzend wird darauf hingewiesen, dass eine Darstellung der wesentlichen und weiteren Mitgliedschaften, auf die seit 2019 aufgrund der Aufgabenfülle und von Personalengpässen verzichtet wurde, in einem separaten Bericht im Jahr 2023 erfolgen soll. Wesentliche Mitgliedschaften des Landkreises Peine, über die in der Vergangenheit ausführlicher berichtet wurde, bestehen

- im Netzwerk Erweiterter Wirtschaftsraum
- im Verein der Kommunen in der Metropolregion (als Gesellschafter der Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen-Wolfsburg)
- im Sparkassenzweckverband Hildesheim Goslar Peine (als Träger der Sparkasse Hildesheim Goslar Peine)
- im Regionalverband Großraum Braunschweig
- im Verein Braunschweigische Landschaft

Zudem wurden weitere Mitgliedschaften des Landkreises in Verbänden, Vereinen und Arbeitskreisen aufgeführt.

Ziele / Wirkungen: Entfällt.

Ressourceneinsatz: Entfällt.

Schlussfolgerung: Entfällt.

Anlagen

-Beteiligungsbericht des Landkreises Peine 2022



Beteiligungsbericht des Landkreises Peine 2022



Wirtschafts- und
Tourismusfördergesellschaft
Landkreis Peine mbH

avacon



/*hannIT

ITEBO

KlinikumPeine 

Stand der Geschäfts- und Prüfberichte: 31.12.2021



Herausgegeben von:

Landkreis Peine

Der Landrat

Fachdienst 13 Finanzen

Burgstraße 1

31224 Peine



Vorwort des Landrates

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

für die Einwohnerinnen und Einwohner des Landkreises Peine erfüllt der Landkreis eine Vielzahl von Aufgaben. Zur Erfüllung dieser Aufgaben kann er sich nach dem Nds. Kommunalverfassungsgesetz unter bestimmten Bedingungen an wirtschaftlichen Unternehmen beteiligen. Mit seinen Beteiligungen trägt der Landkreis zur Aufgabenerfüllung, zur Steigerung der Attraktivität des Standortes Peine und zur Lebensqualität seiner Bevölkerung bei.



Der Beteiligungsbericht soll dabei insbesondere Angaben über die Erfüllung des öffentlichen Zwecks, die Beteiligungsverhältnisse, die Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft, die Ertragslage und die Kreditaufnahme enthalten. Dementsprechend können die Beteiligungsberichte jeweils erst nach Vorliegen der Jahresabschlüsse der verschiedenen Unternehmen für das voran gegangene Wirtschaftsjahr erstellt werden. Der Bericht erhöht die Transparenz der wirtschaftlichen Betätigung des Landkreises Peine. Für alle Interessierten ist ersichtlich, in welchen Bereichen und mit welchen Ergebnissen sich die Unternehmen und Einrichtungen des Landkreises engagieren. Der Bericht gibt einen Überblick über die privatrechtlichen Unternehmen und Einrichtungen, an denen der Landkreis beteiligt ist.

Das Wirtschaftsjahr 2021 ist Schwerpunkt des Beteiligungsberichtes, der auch das Vorjahr abbildet. Sofern aktuelle Informationen und geschäftliche Ereignisse von besonderer Bedeutung vorliegen, sind auch diese enthalten. Im Bericht sind die wesentlichen Zahlen dargestellt. Hinzu kommen Informationen über den Unternehmenszweck, wirtschaftliche Daten, die Besetzung der Organe und Auswirkungen auf den Kreishaushalt. Die Auszüge aus den Lageberichten betrachten die kommenden Wirtschaftsjahre. Aktuelle Entwicklungen und Ereignisse die bekannt sind wurden einbezogen und in Ausblicken dargestellt.

Der Beteiligungsbericht 2022 steht allen Interessierten auch im Internet unter www.landkreis-peine.de/Aktuelles/Haushalt zur Verfügung.





Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Allgemeines	
1.1 Rechtliche Grundlagen	6
1.2 Vorbemerkungen	8
1.3 Beteiligungen im Überblick	10
1.4 Erläuterungen betriebswirtschaftlicher Fachbegriffe	12
2. Beteiligungen im Einzelnen	
2.1 Abfallwirtschafts- und Beschäftigungsbetriebe AöR	15
2.2 Berufsbildungs- und Beschäftigungsgesellschaft mbH	34
2.3 Wirtschafts- und Tourismusfördergesellschaft mbH	43
2.4 Avacon AG	57
2.5 Allianz für die Region GmbH	71
2.6 Hannoversche Informationstechnologien AöR	85
2.7 ITEBO Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft eG	99
2.8 Klinikum Peine gGmbH	102



1. Allgemeines

1.1 Rechtliche Grundlagen

Laut § 151 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) haben die Landkreise einen Bericht über ihre Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform des privaten Rechts und die Beteiligung daran sowie über ihre kommunalen Anstalten zu erstellen und jährlich fortzuschreiben. Der Bericht soll insbesondere Angaben über die Erfüllung des öffentlichen Zwecks, die Beteiligungsverhältnisse und die Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft enthalten. Zudem sollen bspw. die Grundzüge des Geschäftsverlaufs, die Lage des Unternehmens oder der Einrichtung sowie die Kapitalzuführungen und -entnahmen durch die Kommune dargestellt werden. Auf die Möglichkeit der Einsichtnahme in diesen Bericht ist in geeigneter Weise öffentlich hinzuweisen.

Das NKomVG legt fest, unter welchen Voraussetzungen eine wirtschaftliche Betätigung der Kommune und damit des Landkreises zulässig ist.

Gemäß § 136 ff. NKomVG dürfen Kommunen wirtschaftliche Unternehmen nur errichten, übernehmen oder wesentlich erweitern werden, wenn und soweit nach § 136 Abs. 1 NKomVG

- der öffentliche Zweck das Unternehmen rechtfertigt,
- das Unternehmen nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit,
- und zum voraussichtlichen Bedarf des Landkreises steht,
- der öffentliche Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

Einrichtungen, zu denen die Kommunen zum Beispiel gesetzlich verpflichtet ist, die der Daseinsvorsorge dienen oder die ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs dienen, sind keine wirtschaftlichen Unternehmen im Sinne der o.g. Regelungen.

Jedoch sind sowohl für die Beteiligung an einem Unternehmen als auch an einer Einrichtung in einer Rechtsform des privaten Rechts gemäß § 137 Abs. 1 NKomVG weitere Kriterien zu erfüllen. Unter anderem

- muss eine Rechtsform gewählt werden, bei der die Haftung des Landkreises auf einen bestimmten Betrag begrenzt ist,
- müssen die Einzahlungsverpflichtungen (Gründungskapital, laufende Nachschusspflicht) des Landkreises in einem angemessenen Verhältnis zu seiner Leistungsfähigkeit stehen,
- darf sich der Landkreis nicht zur Übernahme von Verlusten in unbestimmter oder unangemessener Höhe verpflichten,



- muss durch die Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrages oder der Satzung sichergestellt werden, dass der öffentliche Zweck des Unternehmens erfüllt wird und dass der Landkreis einen angemessenen Einfluss, insbesondere im Aufsichtsrat oder in einem entsprechenden Überwachungsorgan, erhält.

Die Möglichkeit der Errichtung einer kommunalen Anstalt des öffentlichen Rechts oder der Beteiligung an einer solchen ergibt sich aus den §§ 141 ff. NKomVG. Auch für diese gelten, soweit nichts anders bestimmt ist, die Kriterien des § 137 Abs. 1 NKomVG.

Insgesamt gelten die genannten Anforderungen an die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen gem. § 137 Abs. 2 NKomVG auch, wenn die Unternehmen oder Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an denen die Kommune allein oder zusammen mit anderen Kommunen oder Zweckverbänden mit mehr als 50 % beteiligt sind, sich an einer Gesellschaft oder einer anderen Vereinigung in einer Rechtsform des privaten Rechts beteiligen oder eine solche gründen will. Diese sind im Beteiligungsbericht nach § 151 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 lediglich anzugeben. Eine solche Gesellschaft ist die Peiner Entsorgungsgesellschaft mbH als 100%ige Tochtergesellschaft der Abfallwirtschafts- und Beschäftigungsbetriebe AöR sowie die GDEKK GmbH als Dienstleistungs- und Einkaufsgesellschaft, an der die Klinikum Peine gGmbH seit Ende 2021 beteiligt ist (siehe 1.2).



1.2 Vorbemerkungen

Im Hinblick auf die Beteiligungen des Landkreises Peine haben sich seit Erstellung des letzten Beteiligungsberichts folgende Änderungen ergeben:

Die Klinikum Peine gGmbH hat Ende des Jahres 2021 einen Anteil an der **GDEKK GmbH** erworben. Hierbei handelt es sich um eine Dienstleistungs- und Einkaufsgesellschaft für kommunale Krankenhäuser. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 46.000 € und ist aufgeteilt in 92 Geschäftsanteile. Damit beträgt der Gesellschaftsanteil der Klinikum Peine gGmbH hieran 1,08 %.

Zudem ist bedauerlicherweise festzustellen, dass die Jahresabschlüsse für die Jahre 2020 und 2021 für die **Klinikum Peine gGmbH** noch immer ausstehen. Wie bereits im letzten Beteiligungsbericht erläutert, sind für ein Insolvenzjahr drei Abschlüsse zu fertigen (jeweils einer für die Zeit vor, während und nach der Zeit des Verfahrens). Ende September 2022 hat der Geschäftsführer berichtet, dass bereits viele Punkte an den Wirtschaftsprüfer geliefert worden sind. Die Basis für die Entwicklung der Jahresabschlüsse 2020 und 2021 bilden jedoch die Werte aus dem ersten und zweiten Wirtschaftsjahr (also „vor“ und „während“ der Insolvenz). Hierzu ist man auf die Zuarbeit durch die AKH Gruppe angewiesen, was sich teilweise schwierig gestaltet. Nunmehr soll Ende November der „erste“ geprüfte Abschluss 2020 für die Zeit vor der Insolvenz vorgelegt werden können. Für die weiteren Arbeiten ist ein verbindlicher Zeitplan mit der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft in Abstimmung. Sobald auch der „zweite Abschluss“ 2020 in geprüfter Form vorliegt, kann vom Klinikum selbst zeitnah hierauf aufgebaut werden.

Aus diesem Grund kann daher zum einen bei der Berichterstattung über die gGmbH (wie bereits im letzten Jahr) unter 2.8 keine Darstellung des Geschäftsverlaufs sowie der Lage des Unternehmens erfolgen. Zum anderen können auch keine Bilanz und einer Gewinn- und Verlustrechnung für 2021 abgebildet werden. All diese Dinge lassen sich dem Prüfbericht des Wirtschaftsprüfers entnehmen.

Da es sich bei der Beteiligung an der Klinikum Peine gGmbH um eine der wichtigsten Beteiligungen des Landkreises handelt, werden die Berichte über die Jahre 2020 und 2021 umgehend, ggfs. in einem separaten Bericht, nachgeholt, sobald die entsprechenden Prüfberichte vorliegen.



Bis zum Jahr 2019 wurden in diesem Bericht zudem nachrichtlich die wesentlichen Mitgliedschaften des Landkreises in Vereinen und Verbänden dargestellt. Diese bestehen

- im **Netzwerk Erweiterter Wirtschaftsraum**
- im **Verein der Kommunen in der Metropolregion** (als Gesellschafter der Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen-Wolfsburg)
- im **Sparkassenzweckverband Hildesheim Goslar Peine** (als Träger der Sparkasse Hildesheim Goslar Peine)
- im **Regionalverband Großraum Braunschweig**
- im **Verein Braunschweigische Landschaft**.

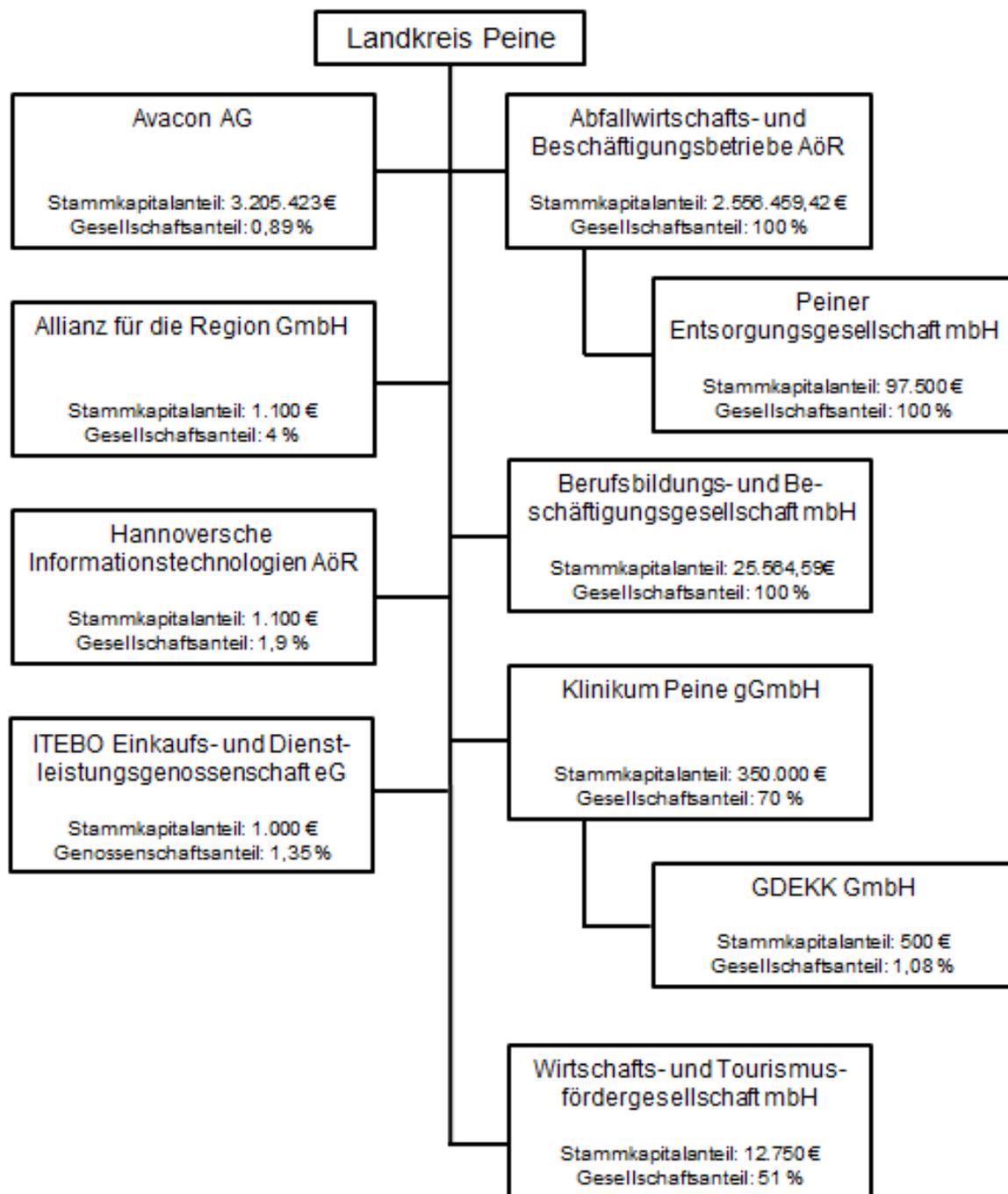
Aufgrund der Aufgabenfülle wurde in den letzten beiden Jahren auf deren Darstellung verzichtet. Auch für das Jahr 2021 konnte der entsprechende Teil bis jetzt noch nicht fertiggestellt werden.

Der Beteiligungsbericht ist jedoch gemäß § 1 Abs. 2 Nr. 10 der Kommunalhaushalts- und Kassenverordnung (KomHKVO) als Anlage dem Haushaltsplan 2023 zuzufügen und durch den Kreistag zu beschließen. In der vorliegenden Form erfüllt er die gesetzlichen Vorgaben, sodass er nunmehr in die politischen Gremien gegeben wird.

Ein separater Bericht über die wesentlichen Mitgliedschaften ist für das Jahr 2023 vorgesehen. In diesem sollen auch die weiteren Mitgliedschaften des Landkreises in Verbänden, Vereinen und Arbeitskreisen aufgeführt werden.



1.3 Beteiligungen im Überblick





Beteiligung	Stammkapital	Anteil LK	Prozentsatz
Abfallwirtschafts- und Beschäftigungsbetriebe AöR	2.556.459,41 €	2.556.459,41 €	100,00%
Allianz für die Region GmbH	27.600 €	1.100 €	3,99%
Avacon AG entspricht	357.615.620 € 144.783.652 Stückaktien	3.205.423 € 1.297.742 Stückaktien	0,90%
Berufsbildungs- und Beschäftigungsgesellschaft mbH	25.564,59 €	25.564,59 €	100,00%
Hannoversche Informationstechnologien AöR	57.600 €	1.000 €	1,74%
ITEBO eG	89.000 €	1.000 €	1,12%
Klinikum Peine gGmbH	500.000 €	350.000 €	70,00%
Wirtschafts- und Tourismus- fördergesellschaft mbH	25.000 €	12.750 €	51,00%



1.4 Erläuterungen betriebswirtschaftlicher Fachbegriffe

Abschreibungen

Über die Abschreibung soll die Wertminderung abgebildet werden, die im Laufe der Nutzung der Vermögensgegenstände (in der Regel das Anlagevermögen eines Unternehmens) eintritt. Die Abschreibungen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung als Aufwand abgebildet. Die Abschreibungen werden nicht liquiditätswirksam.

Technische Ursachen können in gewöhnlichem Verschleiß oder in außergewöhnlichem Verschleiß (Katastrophenverschleiß) liegen. Als wirtschaftliche Ursachen kommen Nachfrageverschiebungen und Fehlinvestitionen sowie Ineffizienz in Frage. Rechtliche Ursachen können auf Entwertung durch gesetzgeberische Maßnahmen, auf dem zeitlichen Ablauf von Verträgen (Miet-, Pacht-, Leasing-, Franchiseverträge) oder Schutzrechten (Konzessionen, Patente, Lizenzen, Musterschutz) beruhen.

Die lineare Abschreibung verteilt die Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten gleichmäßig auf die voraussichtlichen Nutzungsjahre. Die degressive Abschreibung verteilt die entsprechenden Beträge in fallenden Raten über die voraussichtliche Nutzungsdauer. Eine Kombination der degressiven und der linearen Abschreibung ist unter bestimmten Bedingungen zulässig. Seltener wird eine Leistungsabschreibung verwendet, welche die Abschreibungen nach der verbrauchten Leistungsmenge bei einer vorher definierten Gesamtleistung ermittelt.

Abschreibungen mindern als Aufwand den ausgewiesenen Gewinn, der u. a. für Ausschüttungen und Steuerzahlungen maßgeblich ist. Durch die Wahl der Abschreibungsmethode und die Schätzung der betrieblichen Nutzungsdauer lässt sich der auszuweisende Periodengewinn beeinflussen. Damit wird den Unternehmen ein Bewertungsspielraum eingeräumt, durch den ein Unternehmen u. a. die Möglichkeit besitzt, stille Rücklagen (stille Reserven) zu bilden.

Anlagevermögen

Das Anlagevermögen bezeichnet die Teile des Vermögens eines Unternehmens, die nicht zur Veräußerung bestimmt sind und die dem Betriebszweck dauerhaft dienen. Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme (Vermögensstruktur) ist in der Regel in der Industrie erheblich höher als im Handel. Die Finanzierung des Anlagevermögens sollte mit langfristig dem Unternehmen zur Verfügung stehendem Kapital erfolgen (Eigenkapital und langfristiges Fremdkapital).

Es unterteilt sich in immaterielle Vermögensgegenstände (z. B. Konzessionen, Firmenwert, geleistete Anzahlungen), Sachanlagen (z. B. Grundstücke und Bauten, technische Anlagen und Maschinen, Betriebs- und Geschäftsausstattung) und Finanzanlagen (z. B. Beteiligungen, Wertpapiere des Anlagevermögens). Der Verbrauch bzw. Verschleiß des Anlagevermögens wird über Abschreibungen oder Wertberichtigungen abgebildet.



Bilanz

Die Bilanz ist eine Gegenüberstellung von Vermögen (Aktiva) und Kapital (Passiva) zu einem bestimmten Zeitpunkt (Bilanzstichtag). Dabei zeigt das Vermögen die Verwendung der eingesetzten Finanzmittel und das Kapital die Ansprüche der Gläubiger (Fremdkapital) und Unternehmer (Eigenkapital). Das Eigenkapital resultiert aus dem Saldo zwischen Vermögen und Fremdkapital. Es gilt die sogenannte Bilanzgleichung mit $Aktiva = Passiva$.

Cashflow

Der Cashflow gibt den in einer Periode erwirtschafteten Zahlungsmittelüberschuss an. Dieser steht dem Unternehmen u. a. für Investitionen, Kredittilgung und Ausschüttungen zur Verfügung. Er ist Indikator für die Innenfinanzierungskraft eines Unternehmens.

Die Cashflow-Analyse erlaubt gute Einsichten in die Aktivitäten eines Unternehmens. Weil die Cashflow-Analyse aber historische Daten verarbeitet, ist ihr Prognosewert begrenzt.

Gewinn- und Verlustrechnung (GuV)

Die GuV ist eine Gegenüberstellung von Aufwendungen und Erträgen einer Periode zur Ermittlung des Jahresergebnisses und der Darstellung seiner Quellen. Sie ist Pflichtbestandteil des Jahresabschlusses von Kaufleuten (§ 242 Abs. 3 HGB). Die GuV kann in Konto- oder Staffelform aufgestellt werden. Wegen der größeren Übersichtlichkeit ist für Kapitalgesellschaften die Staffelform zwingend vorgeschrieben (§ 275 Abs. 1 HGB). Dabei kann von ihnen entweder das Gesamtkostenverfahren oder das Umsatzkostenverfahren angewendet werden.

Investition

Zielgerichtete, in der Regel langfristige Kapitalbindung zur Erwirtschaftung zukünftiger Erträge. Nach ihrem Zweck ist zwischen Gründungs-, Ersatz-, Erweiterungs- und Rationalisierungsinvestition zu unterscheiden, wobei sich diese Zwecke zum Teil auch gegenseitig überlagern. Nach der Art kann zwischen Realinvestition (z. B. in Betriebs- und Geschäftsausstattung), Finanzinvestitionen (z. B. Beteiligungen an anderen Unternehmen) und immateriellen Investitionen (z. B. Software) unterschieden werden.

Jahresergebnis/Bilanzergebnis

Begriff der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) (§ 275 HGB) sowie der Bilanz (§ 266 HGB) von Kapitalgesellschaften. Das Jahresergebnis ergibt sich als Differenz zwischen Erträgen und Aufwendungen eines Geschäftsjahres. Ein Jahresüberschuss ergibt sich aus einer positiven Differenz, ein Jahresfehlbetrag aus einer negativen. Bei der Ermittlung des Jahresergebnisses werden Gewinn-/Verlustvortrag, Entnahmen aus bzw. Einstellungen in Rücklagen nicht berücksichtigt. Zur Ermittlung des Bilanzergebnisses wird der Jahresüberschuss unter Berücksichtigung der Ergebnisverwendung aufgestellt. In der GuV werden in diesem Fall unterhalb des Jahresergebnisses zusätzlich Ausschüttungen, Entnahmen oder Einstellungen aus bzw. in Rücklagen und der Gewinn- oder Verlustvortrag eingerechnet.



Rechnungsabgrenzungsposten (RAP)

Die Rechnungsabgrenzungsposten dienen der zeitlichen Zuordnung von Erträgen und Aufwendungen und somit der periodengerechten Erfolgsermittlung. Sie beinhalten Geschäftsvorfälle, die im alten Jahr zu Auszahlungen bzw. Einzahlungen geführt haben, deren Ergebniswirkung jedoch eine bestimmte Zeit nach dem Bilanzstichtag eintritt. Man unterscheidet in den aktiven RAP (auf künftige Jahre zuzurechnender Aufwand) und passiven RAP (auf künftige Jahre zuzurechnende Erträge).

Rückstellungen

Rückstellungen sind nach dem Handelsrecht Verbindlichkeiten, Verluste oder Aufwendungen, die hinsichtlich ihrer Entstehung oder Höhe ungewiss sind. Durch die Bildung der Rückstellungen sollen die später zu leistenden Ausgaben den Perioden zugerechnet werden, in denen sie wirtschaftlich verursacht wurden. Rückstellungen werden u. a. für Instandhaltungen, Prozesse, Garantieverpflichtungen und Pensionen gebildet. Üblich sind Rückstellungen für weitere Aufwendungen, die dem Geschäftsjahr oder einem früheren Geschäftsjahr zuzuordnen sind. Alle Rückstellungen sind bei Inanspruchnahme oder Wegfall des Grundes aufzulösen.

Sonderposten

Der Sonderposten stellt für das Unternehmen eine unversteuerte Rücklage dar, der erst bei seiner Auflösung das steuerliche Ergebnis wieder erhöht. Die Auflösung des Sonderpostens richtet sich nach den steuerrechtlichen Vorschriften. Im Fall von kommunalen Unternehmen enthält der Sonderposten häufig die für Investitionen in das Anlagevermögen erhaltenen Fördermittel und Zuschüsse. Der Sonderposten wird in diesem Fall analog der Abschreibung über den Nutzungszeitraum des Anlagevermögens ertragswirksam aufgelöst.

Umlaufvermögen

Vermögensgegenstände, die nicht dazu bestimmt sind, dem Geschäftsbetrieb dauerhaft zu dienen. Es enthält die Vermögensgegenstände, die relativ kurzfristig verbraucht bzw. umgesetzt werden, z. B. Vorräte, Forderungen, Bankguthaben, Schecks (Gegensatz: Anlagevermögen)

Verlustvortrag

Einkommens- und körperschaftsteuerrechtlicher Begriff. Verluste, die nicht durch Verlustrücktrag berücksichtigt sind, können in den dem Verlustentstehungsjahr folgenden Veranlagungszeiträumen vorrangig vor Sonderausgaben vom Gesamtbetrag der Einkünfte abgezogen werden. Ein Abzug ist nur zulässig, wenn die Verluste nicht in den vorangegangenen Veranlagungszeiträumen abgezogen wurden. Als Verlustvortrag ins nächste Jahr übertragen wird der nicht verbrauchte Rest des Verlustvortrags. Der zum Ende des Veranlagungszeitraums verbleibende Verlustvortrag ist gesondert festzustellen



2. Beteiligungen im Einzelnen

2.1 Abfallwirtschafts- und Beschäftigungsbetriebe LK Peine - Kommunale Anstalt des öffentlichen Rechts -

www.ab-peine.de

Stammkapital: 2.556.459,41 €

Beteiligungsverhältnisse: 100 % Landkreis Peine

Handelsregister: Amtsgericht Hildesheim, HRB 100948

Gründungsjahr: 2005



Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand der Anstalt ist gemäß § 2 der Satzung die Wahrnehmung von abfallwirtschaftlichen Aufgaben auf dem Gebiet des Landkreises Peine auf der Grundlage des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes und des Niedersächsischen Abfallgesetzes und weiterer abfallrechtlicher Vorschriften sowie die Schaffung und Durchführung von Arbeits- und Qualifizierungsangelegenheiten zur Förderung von Beschäftigung und des Abbaus von Arbeitslosigkeit im Landkreis Peine.

Besetzung der Organe (im Berichtszeitraum):

a) Als Vorstand ist bestellt:

Herr Olaf Eckardt

b) Mitglieder des Verwaltungsrates:

Herr Franz Einhaus (Vorsitzender, Landrat, bis 17.11.2021)

Herr Henning Heiß (Vorsitzender, Landrat, seit 17.11.2021)

Herr Stephan Nitsch (stellv. Vors., Kreistagsabgeordneter, bis 17.11.2021, CDU)

Herr Karsten Könnecker (stellv. Vors. seit 17.11.2021 Kreistagsabgeordneter, CDU)

Herr Sebastian Hebbelmann (Kreistagsabgeordneter, seit 17.11.2021, SPD)

Herr Carsten Heuer (Kreistagsabgeordneter, bis 17.11.2021, CDU)

Herr Hartmut Marotz (Kreistagsabgeordneter, bis 17.11.2021, SPD)

Frau Doris Meyermann (Kreistagsabgeordnete, bis 17.11.2021, Grüne)

Herr Matthias Möhle (Kreistagsabgeordneter, SPD)

Herr Uwe Semper (Kreistagsabgeordneter, bis 17.11.2021, SPD)

Herr Jan W. van Leeuwen (Kreistagsabgeordneter, seit 17.11.2021, FDP)

Frau Rosemarie Waldeck (Kreistagsabgeordneter, seit 17.11.2021, Grüne)



Herr Oliver Westphal (Kreistagsabgeordneter, bis 17.11.2021, AfD)
Herr Marcus Diedrich (Vertreter der Bediensteten)
Herr Karl-Heinrich Belte (Kreistagsabgeordneter, Grundmandat, FW-PB)
Herr Malte Cavalli (Kreistagsabgeordneter, Grundmandat, bis 17.11.2021, FDP)
Herr Andreas Tute (Kreistagsabgeordneter, Grundmandat, seit 17.11.2021, AfD)

Interessenwahrung:

Die Interessenwahrung des Landkreises Peine ist durch die Besetzung des Verwaltungsrates gewährleistet.

Beteiligungen des Unternehmens:

Die Anstalt ist seit dem 01.01.2014 alleinige Gesellschafterin der Peiner Entsorgungsgesellschaft mbH, deren Stammkapital 97.500 € beträgt.

Die PEG mbH versteht sich als Bindeglied zwischen Abfallerzeuger und Abfallverwerter. Sie deckt die Wertschöpfungskette im Bereich Abfallberatung, Erfassung, Transport und Behandlung ab und ist etablierter Lieferant der weiterverarbeitenden Industrie für Recyclingrohstoffe. Der Containerdienst der PEG mbH entsorgt Gewerbeabfälle aus dem Landkreis Peine. Die PEG mbH betreibt drei Abfallbehandlungsanlagen, die fortlaufend optimiert und erweitert werden sollen. Darüber hinaus bewirbt sie sich für kommunale Aufträge wie Winterdienst und Sperrmüllsammlung und liefert durch das Altholzrecycling einen erheblichen Beitrag zum Klima- und Ressourcenschutz.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erledigung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens wird seit Jahren hinlänglich und in unveränderter Weise verfolgt.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs:

Nach dem Abschluss des Wirtschaftsjahres 2021 ergab sich ein Jahresüberschuss von T€ 272. Ein Jahresfehlbetrag von T€ -138 war geplant. An den Landkreis Peine wurde – aufgrund des negativen Zinssatzes – für das Wirtschaftsjahr 2020 keine Eigenkapitalverzinsung abgeführt.

Im Vergleich zum Planergebnis erhöhten sich die Erträge (T€ 1.286) vor allem durch höhere Verkaufserlöse bei der Vermarktung des Altpapiers. Durch die höheren Erträge ergab sich jedoch gebührenrechtlich ein Gebührenüberschuss, so dass bei den Umsatzerlösen eine ungeplante Zuführung zur Gebührenausgleichsrückstellung zu bilden war. Der Aufwand blieb in Summe über den Planaufwendungen. Höhere Aufwendungen ergaben sich bei der Deponienachsorge (T€ 381) und beim Materialaufwand (T€ 728). Einsparungen konnten vor allem bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (T€ -222) sowie bei den Abschreibungen (T€ -169) realisiert werden. Dies hat insgesamt dazu geführt, dass gegenüber dem Plan ein um T€ 410 höheres Ergebnis erzielt wurde.



Nachfolgend werden die für die Beurteilung der Ertragslage wesentlichen Veränderungen der Ertrags -und Aufwandsposten beschrieben.

Die Umsatzerlöse wurden im Wesentlichen aus Behältergebühren und Erstattungen aus den Wertstoffsammlungen und Nebenleistungen im Rahmen des Dualen Systems erzielt.

Angaben zu den Erträgen aus Gebühren

	2021	2020
	T€	T€
Behältergebühren Restabfall	8.997	8.719
Behältergebühren Bioabfall	4.427	4.228
Gebühren Selbstanlieferung Restabfall	607	444
Gebühren Selbstanlieferung Bioabfall	607	338
Sonderleistungen	110	98
Gebühren Saisonbehälter Bioabfall	102	84
Sperrmüll- und Grobmüllgebühren	57	50
Gebühren für Restabfall- und Bioabfallsäcke	44	39
Gebühren für Sonderabfälle	34	23
Verwaltungsgebühren	24	31
Gebühren für Abholung Baum- und Strauchschnitt	9	10
	15.018	14.064
Entnahme aus Gebührenausgleichsrückstellung	236	326
Zuführung zur Gebührenausgleichsrückstellung	-969	-343
	14.285	14.047

Grundlage der Gebührenerhebung für die Restabfall- und Bioabfallbehälter, für Sonderleistungen der Abfallentsorgung (wie die Abfuhr von Abfallcontainern und die Selbstanlieferung von Abfällen) sowie die Entsorgung von Sonderabfallkleinmengen ist die jeweils geltende Abfallgebührensatzung. Im Jahr 2021 trat u. a. eine Gebührenerhöhung bei den Restabfall- und Bioabfallbehältern in Kraft, um planerisch einen ausgeglichenen Gebührenhaushalt zu gewährleisten.

Durch die o. a. beschriebene Entwicklung der Behälter- und Entleerungszahlen, wurden bei den Restabfall-Behältergebühren überplanmäßige Erträge erzielt (T€ 30). Dies gilt ebenso für die Bioabfallbehälter (T€ 194).

Aufgrund von gestiegenen Anlieferungsmengen lagen die Erträge für Strauchwerk-Anlieferungen über dem Plan (T€ 107).

Bedingt durch den ermittelten Überschuss in der Gebührennachkalkulation 2021 (T€ 969), war eine entsprechende Zuführung zur Gebührenausgleichsrückstellung zu bilden. Dieser Überschuss war nicht geplant, da die Gebührenkalkulation ein ausgeglichenes Ergebnis aufweisen musste.



Die dem Gebührenaufkommen zugrundeliegenden Abfallmengen betrafen:

	2021	2020
Abfallart	Tonnage	Tonnage
Hausmüll	16.878	16.541
Sperrmüll	6.219	6.138
Hausmüllähnlicher Gewerbeabfall	313	323
	23.410	23.002
An das Kompostwerk gelieferte Mengen		
aus der Biotonnenabfuhr	17.537	16.692
Grünabfälle	8.006	6.866
	25.543	23.558
	48.953	46.560

Angaben zu den übrigen Umsatzerlösen

	2021	2020
	T€	T€
Verkaufserlöse Wertstoffe	1.921	945
Erstattungen Duale Systembetreiber	821	357
Personal- und Sachkostenerstattungen	383	378
Mieterträge	304	304
Erlöse Dieselverkauf an PEG	145	174
Sonstiges	60	149
	3.634	2.307

Bei den übrigen Umsatzerlösen waren in 2021 positive Abweichungen gegenüber den geplanten Erlösen zu verzeichnen. Wesentliche Ursache hierfür waren die überplanmäßigen Erträge im Bereich des Altpapiers bzw. PPK (T€ 722). Aufgrund allgemein gestiegener Marktpreise konnten bei der Verwertung des hoheitlichen PPK überplanmäßige Erträge erzielt werden. In 2020 lagen die allgemeinen Vermarktungspreise für PPK auf einem sehr niedrigen Niveau. So konnte in weiten Teilen des Jahres 2020 nur der vertraglich vereinbarte Mindestpreis erzielt werden. Im Rahmen der kaufmännischen Vorsicht wurde im Wirtschaftsplan 2021 daher auch nur mit sehr niedrigen Erträgen gerechnet. In 2021 waren die Vermarktungspreise jedoch sprunghaft deutlich angestiegen. Im Schnitt konnte in 2021 pro t PPK rd. 110,-€ mehr erzielt werden, als ursprünglich für den Wirtschaftsplan 2021 angenommen wurde. Die hoheitlichen PPK-Mengen waren hingegen, gegenüber dem Plan, leicht rückläufig. Ein zusätzlicher Effekt hat sich aus der notwendigen Anpassung der Mengenanteile (Aufteilung in „hoheitliches PPK“ und „DSD-PPK“) zu Lasten des „hoheitlichen PPK“ ergeben („hoheitlich“ von 70% auf 64,5%; „DSD“ von 30% auf 35,5%), wobei dies in Summe erfolgsneutral war, da sich dementsprechend die Erträge bei „Umsatzerlöse im Betrieb gewerblicher Art“ erhöht hatten.

Ein ähnlicher Tatbestand konnte für die Verwertung des Metallschrotts verzeichnet werden. Bei leicht rückläufigen Mengen, lagen die Verwertungspreise deutlich über denen des Vorjahres. Hieraus ergab sich eine positive Budgetabweichung (T€ 57).

Wesentliche Planabweichungen im Bereich der Umsatzerlöse im Betrieb gewerblicher Art (BgA) ergaben sich u. a. bei den Erträgen aus der PPK-Vermarktung (T€ 300). Wie bereits o. a. bei den „übrigen Umsatzerlösen“ beschrieben, gab es einen Ertragszuwachs aufgrund der gestiegenen Vermarktungspreise sowie der Mengenverschiebung „hoheitliches PPK“ zu Gunsten „DSD-PPK“. Einen leichten negativen Einfluss auf die Erträge hatte der Umstand, dass ein Teil der PPK-Mengen



des BgA an die Dualen Systeme physisch herauszugeben war. Dieser Tatbestand war im geänderten Verpackungsgesetz geregelt. Mit Abschluss einer neuen Mitbenutzungsvereinbarung zwischen A+B und den Dualen Systemen zum 01.01.2021 hatten die einzelnen Dualen Systembetreiber ein entsprechendes einmaliges Wahlrecht zur Herausgabe ihres entsprechenden PPK-Anteils. Ein geringer Teil der Systembetreiber hatte für 2021 dieses Wahlrecht gezogen.

In Folge der o. a. neuen Mitbenutzungsvereinbarung fielen die Mitbenutzungsentgelte (Vergütung der Dualen Systembetreiber für die Erfassung des DSD-PPK) höher als ursprünglich geplant aus (T€ 356).

Die Erträge für die an die PEG verkauften Dieseldieselkraftstoffe verliefen unterplanmäßig. Durch gesunkene Verkaufsmengen (ca. 63.000 Liter weniger als im Vorjahr) lagen bei leicht gestiegenen Preisen die Erträge um T€ -58 unter dem Planansatz. Hierbei ist jedoch zu beachten, dass dies weitgehend erfolgsneutral war, da die gesunkene Menge an Dieseldieselkraftstoff ebenfalls Planabweichungen im Materialaufwand erzeugte.

Durch einen höheren Bestand an PPK aus der Altpapiererfassung gab es im Bereich der Bestandsveränderungen eine Planabweichung (T€ 69). Dies war durch die deutlich reduzierte Abholung von PPK durch den Verwerter im Dezember 2021 zwischen Weihnachten und Neujahr begründet. Der Bestand wurde im Januar 2022 nachträglich abgeholt.

Die sonstigen betrieblichen Erträge lagen nicht auf Planniveau. Durch einen größeren Brandschaden an einem Sperrmüllsammelfahrzeug, ergab sich bei den Ersatzleistungen durch Versicherungen eine deutliche Planüberschreitung (T€ 73). Die Erstattungssumme der Versicherung betrug allein für diesen Schadensfall rd. T€ 98. Hierbei war aber zu beachten, dass der Versicherungserstattung entsprechende Aufwendungen für die Fremdinstandhaltung des beschädigten Sperrmüllsammelfahrzeugs entgegenstanden. Die Budgetabweichung war daher weitgehend erfolgsneutral.

Der Materialaufwand entwickelte sich in Summe überplanmäßig. Bei einzelnen Aufwandspositionen ergaben sich jedoch Planüberschreitungen bzw. Planunterschreitungen. Wie zu den Umsatzerlösen ausgeführt, gab es eine Planunterschreitung bei den Dieseleinkäufen für den Weiterverkauf an die PEG (T€ -59).

Aufgrund einer Preisanpassung der BBg Landkreis Peine mbH für die Betreuung des Wertstoffhofes Stedum verliefen die diesbezüglichen Aufwendungen nicht planmäßig (T€ 110).

Bei den Aufwendungen für Fremdreparaturen des Fuhrparks Betriebshof Oberg war eine Budgetüberschreitung zu verzeichnen (T€ 103). Diese war, wie oben bei den „sonstigen betrieblichen Erträgen“ ausgeführt, im Wesentlichen durch die Fremdinstandhaltung eines beschädigten Sperrmüllfahrzeugs in Folge eines größeren Brandschadens entstanden.

Die Entsorgungsaufwendungen für Bioabfall verliefen nicht planmäßig. Die Planabweichung betrug hierbei T€ 165. Hintergrund war eine Mengensteigerung bei



den Bioabfällen, im Wesentlichen aus den Bioabfalltonnen. Dies korrelierte auch mit den gestiegenen Behälter- und Entleerungszahlen im Bioabfallbereich. Aber auch bei den Bioabfall-Selbstanlieferungen auf den Wertstoffhöfen und beim Biogenen Zentrum Peine waren Mengensteigerungen eingetreten. Während im Wirtschaftsplan 2021 noch mit einer prognostizierten Entsorgungsmenge von insgesamt rd. 22.400 t gerechnet wurde, ergab sich in 2021 eine tatsächliche Menge von insgesamt 25.543 t. Durch die gestiegene Menge kam jedoch gegenüber dem Plan ein niedrigerer Entsorgungspreis (Mengenstaffelpreis) zum Tragen, so dass die Aufwandssteigerungen teilweise relativiert werden konnten.

Eine Budgetüberschreitung in Höhe von T€ 124 hat sich bei der Entsorgung (inkl. der Transportaufwendungen) des Restabfalls beim Müllheizkraftwerk Magdeburg ergeben. In 2020 wurden ca. 22.937 t Restmüll in Magdeburg entsorgt. Als Planungsgrundlage für den Wirtschaftsplan 2021 diente (aufgrund einer damaligen Mengenprognose) eine Menge von ca. 22.445 t. Die tatsächlich entsorgte Restabfallmenge betrug in 2021 jedoch rd. 23.441 t, so dass die Entsorgungsaufwendungen höher als geplant ausfielen. Wie bei den Bioabfällen sind auch hier die gestiegenen Behälter- und Entleerungszahlen der Restabfalltonnen eine wesentliche Ursache.

Der Personalaufwand und die Entwicklung der Belegschaft zeigt folgendes Bild:

	2021	2020
	T€	T€
Bezüge tariflich Beschäftigter	2.374	2.263
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	511	475
Unfallversicherung, medizinische Untersuchungen, Beihilfen u.a.	18	15
Insgesamt	2.903	2.753

Die Bezüge der Beschäftigten wurden aufgrund des Tarifvertrags öffentliche Dienste (TVöD) gezahlt. Neben durchschnittlich 64 eigenen Beschäftigten (2020: 61) wurde für die Erfüllung der Aufgaben unverändert das ehemalige Personal des Abfallwirtschaftsbetriebes vom Landkreis Peine eingesetzt. Die Aufwendungen wurden in der Gewinn- und Verlustrechnung in dem Posten Materialaufwand gesondert gezeigt.

Die Personalaufwendungen und bezogenen Personalleistungen verliefen nicht planmäßig. Hier war in Summe eine Budgetüberschreitung zu verzeichnen (T€ 95). Bei einzelnen Aufwandspositionen ergaben sich jedoch Planüberschreitungen bzw. Planunterschreitungen.

Bei der Arbeitnehmerüberlassung vom Landkreis Peine gab es eine Budgetunterschreitung (T€ - 101). Wie in den Vorjahren auch, wirkten sich u. a. Langzeiterkrankungen durch den Wegfall der Lohnfortzahlung auf den Aufwand aus. Des Weiteren machte sich das ungeplante Ausscheiden eines Mitarbeiters bemerkbar.

Der Planansatz für externe Arbeitnehmerüberlassung wurde um T€ 211 überschritten. Für 2021 wurde der diesbezügliche Planansatz um T€ 50 reduziert. Aufgrund von weiterhin hohen – teilweise auch kurzfristig entstandenen – Krankheitsausfällen im gewerblichen Bereich war es jedoch notwendig, auch weiterhin auf kurzfristige Personalüberlassung von externen Dienstleistern



zurückzugreifen, um den Regelfuhrbetrieb aufrecht erhalten zu können. Darüber hinaus wurde ganzjährig eine zusätzliche Verwaltungskraft im Kundenzentrum/Empfang als Krankheitsvertretung und im Rahmen von organisatorischen Herausforderungen im Kontext COVID19 benötigt. Die geplante Aufwandsreduzierung konnte daher nicht realisiert werden.

Die Abschreibungen verliefen unterplanmäßig. Die wesentliche Planabweichung ergab sich bei den Abschreibungen auf Sachanlagen (T€ -136). Bedingt durch Baumängel konnte der Neubau des Wertstoffhofes Stedum in 2021 noch nicht in Betrieb genommen werden. Dies führte dazu, dass für das Wirtschaftsjahr diesbezüglich noch keine Abschreibungen anfielen. Im Wirtschaftsplan 2021 war für den Neubau Wertstoffhof Stedum eine Inbetriebnahme und Abschreibung ab 07/2021 prognostiziert und eingeplant gewesen.

Eine Planüberschreitung gab es bei den Aufwendungen für Deponienachsorge und Altlastensanierung. Durch neue ingenieurtechnische Erkenntnisse und Überprüfung der bisherigen Bedarfsermittlung für die Nachsorgeverpflichtungen der Deponien war eine höhere Zuführung zur Deponierückstellung notwendig. Hieraus ergab sich eine Planabweichung in Höhe von T€ 382.

Im Bereich der sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind vor allem bei den Beratungs-, Prüfungs- und Gutachterkosten geringere Aufwendungen als geplant entstanden (T€ -174). Ein wesentlicher Faktor hierfür sind geringere Aufwendungen für die allgemeine EDV-Betreuung durch externe Dienstleister als geplant.

Bei den Zinsen und ähnlichen Aufwendungen, war eine Planabweichung zu verzeichnen. Die o. a. höheren Zuführungen zur Deponierückstellung hatten zur Folge, dass sich die Aufwendungen aus der Abzinsung von Rückstellungen ebenfalls erhöht und somit eine Budgetabweichung (T€ 70) verursacht hatten



Bilanzdaten

Bilanz zum 31.12.2021

Aktiva	31.12.2021	31.12.2020
	€	€
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	95.293,39	106.483,39
II. Sachanlagen	13.840.605,29	10.910.487,07
III. Finanzanlagen	1.125.000,00	1.125.000,00
 B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte	159.102,25	68.305,40
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3.314.127,73	2.854.283,16
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	3.810.624,70	933.511,95
 C. Rechnungsabgrenzungsposten	23.391,13	39.484,32
	<u>22.368.144,49</u>	<u>16.037.555,29</u>
 Passiva	31.12.2021	31.12.2020
	€	€
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	2.556.459,41	2.556.459,41
II. Gewinnrücklagen	60.545,61	60.545,61
III. Gewinnvortrag	1.495.933,82	1.722.073,37
IV. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	272.289,41	-226.139,55
 B. Rückstellungen	8.180.318,49	6.784.111,91
C. Verbindlichkeiten	9.802.597,75	5.140.504,54
	<u>22.368.144,49</u>	<u>16.037.555,29</u>



Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01. bis 31.12.2021

	31.12.2021 €	31.12.2020 €
1. Umsatzerlöse	17.919.045,76	16.354.805,59
2. Erhöhung/Verminderung d. Bestandes a. fertigen Erzeugnissen	69.010,04	-23.103,09
3. Sonstige betriebliche Erträge	435.087,35	302.447,82
4. Materialaufwand	-12.079.491,36	-11.587.825,06
5. Personalaufwand	-2.902.679,37	-2.752.254,80
6. Abschreibungen	-1.040.169,27	-906.662,78
7. Aufw. Deponienachsorge und Altlastensanierung	-681.834,54	-230.827,51
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.188.634,78	-1.200.904,09
9. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	8.136,07	3.251,13
10. sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-235.267,97	-154.385,24
11. Ergebnis nach Steuern	303.201,93	-195.458,03
12. Sonstige Steuern	-30.912,52	-30.681,52
13. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	272.289,41	-226.139,55



Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2021

Abfallwirtschafts- und Beschäftigungsbetriebe Landkreis Peine

- Kommunale Anstalt des öffentlichen Rechts -

Allgemeines

Der Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2020 wurde gemäß § 10 der Satzung über die Abfallwirtschafts- und Beschäftigungsbetriebe (A+B) unter Beachtung der Vorgaben der Verordnung über kommunale Anstalten (KomAnstVO Nds) aufgestellt. Für die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurden die vorgeschriebenen Formblätter gemäß § 26 Eigenbetriebsverordnung (EigBetrVO Nds) verwendet.

Der für das Wirtschaftsjahr 2021 gemäß § 10 KomAnstVO Nds aufgestellte Wirtschaftsplan besteht aus dem Erfolgsplan und dem Vermögensplan. Weitere Teile sind die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung sowie der Stellenplan.

Controlling

Das Controlling erstellt regelmäßige Auswertungen und im Bedarfsfall Einzelkalkulationen, die zum Teil auch dem Verwaltungsrat zur Kenntnis gegeben werden. Verbesserungen und Verfeinerungen werden regelmäßig vorgenommen, dabei wird auch die Kostenträgerzeitrechnung und -stückrechnung den laufenden Gegebenheiten angepasst.

Einführung des Risikomanagements

Nach den Festlegungen des Haushaltsgrundsätzegesetzes ist der Betrieb als kommunale Anstalt des öffentlichen Rechts verpflichtet, ein Risikomanagement zu etablieren, welches über die klassischen Instrumente des (Finanz-) Controllings hinausgeht. Im Rahmen des Risikomanagements sind Risiken zu erfassen, zu klassifizieren, Gegenmaßnahmen festzulegen und deren Erfolg zu überwachen. Als ein besonderes Thema im Kontext des Risikomanagements ist das Tax-Compliance anzusehen. Zu diesem Thema wird mit Unterstützung einer Steuerfachkanzlei ein Tax-Compliance aufgebaut werden. Die Erkenntnisse, die in diesem Zusammenhang gewonnen werden, werden für das weitere Risikomanagementsystem genutzt.

Mittels der Managementinstrumente des Entsorgungsbetriebes werden risikobehaftete Prozesse durch Mitarbeiterschulung, Mitarbeiterereinsatz und Mitarbeiterqualifizierung überwacht. Schließlich wird mit Hilfe des finanzwirtschaftlichen Controllingsystems die Gesamtentwicklung des Unternehmens kontrolliert. Zeitgleich wurden bereits Genehmigungskataster erstellt um sicherzugehen, dass behördliche Auflagen vollständig und zeitgerecht umgesetzt werden. Auch der nächste Entwicklungsschritt, eine Übersicht der betrieblichen Dienstanweisungen, ist abgeschlossen worden.



Rechtliche Rahmenbedingungen

Das Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) ist die zentrale Grundlage für die Tätigkeit von A+B als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger. Diese Vorschrift wird ergänzt durch das Verpackungsgesetz (bis 31.12.2018 Verpackungsverordnung) und die Gewerbeabfallverordnung, jeweils Bundesvorschriften. Auf der Ebene des Landesrechtes ist vor allem das Niedersächsische Abfallgesetz (NAbfG) zu nennen. Grundlage der Gebührenkalkulation und -veranlagung ist das Niedersächsische Kommunalabgabengesetz. Diese Vorschriften werden ergänzt und ausgeführt durch die Abfallentsorgungs- und -gebührensatzung von A+B als kommunales Satzungsrecht für das Gebiet des Landkreises Peine. Es bleibt die Herausforderung für A+B, mit der Öffnung des KrWG für gewerbliche Sammlungen dem zunehmenden Konkurrenzdruck Rechnung zu tragen.

Entwicklung des Ident-Systems / EDV

Die Gebührenabrechnung 2021 sowie die Vorauszahlungs-Veranlagung für 2022 konnten wieder mit gutem Erfolg abgewickelt werden. Das Gesamtsystem arbeitet weiterhin stabil.

Zertifizierung

Im Rahmen der Überwachungsvereinbarung wurde in 2011 der Nachweis erbracht, dass der Betrieb die Anforderungen der Entsorgungsfachbetriebsverordnung und der Entsorgungsgemeinschaft erfüllt und daher nach §§ 56 und 57 KrWG berechtigt ist, die Bezeichnung „Entsorgungsfachbetrieb und das Überwachungszeichen der EdDE (Entsorgungsgemeinschaft der Deutschen Entsorgungswirtschaft e.V.)“ zu führen. Dieser Nachweis wird jährlich erneuert.

Im Berichtszeitraum wurde das Nachfolgeaudit erfolgreich durchgeführt. Das nächste Audit ist für Oktober 2022 vorgesehen.

Gebührenentwicklung

Der größte Teil der Gebühren wird über die Abfallbehälter (60 l bis 1.100 l) sowie die Bioabfallbehälter (60 l bis 240 l) erhoben. Seit Einführung des Ident-Systems kann der Kunde die Höhe der Gebühr nicht nur durch die verschiedenen Behältergrößen steuern, sondern auch durch die Anzahl der Leerungen. Zum 1. Januar 2005 wurde die Abfallentsorgungs- und Gebührensatzung dahingehend verändert, dass im Restabfallbereich 2 Leerungen pro Quartal als Pflichtentleerungen berechnet werden.



Behälter	Volumen in l	31.12.2020	31.12.2021	Veränderung	Veränderung
		Entleerungen Anzahl	Entleerungen Anzahl	Entleerungen Anzahl	Entleerungen in %
Restabfall	60	260.384	255.979	-4.405	-1,69%
	120	271.268	270.843	-425	-0,16%
	240	79.166	80.697	1.531	1,93%
	770	7.273	7.551	278	3,82%
	1.100	17.641	17.277	-364	-2,06%
Summe Restabfall		635.732	632.347	-3.385	-0,53%
Bioabfall	60	281.065	284.880	3.815	1,36%
	120	303.842	308.506	4.664	1,54%
	240	58.183	61.148	2.965	5,10%
Summe Bioabfall		643.090	654.534	11.444	1,78%
		1.278.822	1.286.881	8.059	0,63%

Die Entleerungszahlen im Restabfallbereich haben sich insgesamt verringert. Im Bioabfallbereich sind die Entleerungszahlen insgesamt wieder angestiegen. Die nachstehende Aufstellung zeigt einen Anstieg der Behälteranzahl bzw. eine Erhöhung des Gesamtvolumens der Behälter.

Behälter	Volumen in l	31.12.2020	31.12.2021	Veränderung	31.12.2020	31.12.2021	Veränderung	Veränderung
		Stück	Stück	Stück	Gesamtvolumen in l	Gesamtvolumen in l	Gesamtvolumen in l	Gesamtvolumen in %
Restabfall	60	22.453	22.405	-48	1.347.180	1.344.300	-2.880	-0,21%
	120	19.670	19.995	325	2.360.400	2.399.400	39.000	1,65%
	240	4.545	4.731	186	1.090.800	1.135.440	44.640	4,09%
	770	261	298	37	200.970	229.460	28.490	14,18%
	1.100	572	552	-20	629.200	607.200	-22.000	-3,50%
Summe Restabfall		47.501	47.981	480	5.628.550	5.715.800	87.250	1,55%
Bioabfall	60	16.924	17.121	197	1.015.440	1.027.260	11.820	1,16%
	120	17.040	17.321	281	2.044.800	2.078.520	33.720	1,65%
	240	3.161	3.332	171	758.640	799.680	41.040	5,41%
Summe Bioabfall		37.125	37.774	649	3.818.880	3.905.460	86.580	2,27%
		84.626	85.755	1.129	9.447.430	9.621.260	173.830	1,84%

Wird die Entwicklung der Entleerungszahlen und die des Behälterbestandes zusammen betrachtet, ergab sich für A+B insgesamt weitgehend eine steigende Tendenz. Im Restabfallbereich wiesen die mittleren Behältergrößen (120 l, 240 l und 770 l) steigende Behälterzahlen und auch weitgehend steigende Entleerungszahlen auf. Die kleinste Behältergröße (60 l) und die größte Behältergröße (1.100 l) waren



hingegen beim Restabfall, sowohl bei den Behälter- als auch bei den Entleerungszahlen, leicht rückläufig. Die Veränderung der Behälterzahlen bei den 4-Rad- Restabfallbehältern (Reduzierung 1.100 l und Erhöhung 770 l), war im Wesentlichen auf die veränderte Behältergestaltung bei einem Großkunden zurückzuführen. Mehrere Behälter wurden gemäß seiner Bestellung von 1.100 l in 770 l umgewandelt. Bei den Bioabfallbehältern ergaben sich für alle Behältergrößen Steigerungen bei der Behälteranzahl und auch bei der Entleerungszahl. Die gestiegenen Entleerungszahlen im Rest- und im Bioabfallbereich waren u. a. eine Folge der gestiegenen Behälterzahlen. Aber auch andere Faktoren haben hier vermutlich eine beeinflussende Rolle gespielt. Während in den Jahren 2018 und 2019, bedingt durch den sehr trockenen und heißen Sommer, im Bioabfallbereich rückläufige Entleerungszahlen zu verzeichnen waren, dürften die moderaten Temperaturen in 2021 auch weiterhin zu einer Stabilisierung der Entleerungszahlen geführt haben.

Abfallmengen

Gegenüber dem Vorjahr ist die Summe aller Abfälle zur Beseitigung in 2021 leicht gestiegen auf insgesamt 23.410 Mg (2020: 23.002 Mg) und die Summe aller Abfälle zur Verwertung leicht gestiegen auf 55.536 Mg (2020: 54.313 Mg). Die Einwohnerzahl ist vom 30.06.2020 (135.181 Einwohner) bis zum 30.12.2021 auf 135.844 gestiegen. Somit ergibt sich ein Anstieg der Abfälle zur Verwertung von 1,8% auf 409 kg pro Einwohner.

Die Gesamtmenge aller erfassten Abfälle in 2021 erhöhte sich gegenüber dem Vorjahreszeitraum auf 78.946 Mg (2020: 77.315 Mg). Damit liegt die spezifische Abfallmenge pro Einwohner aktuell bei 584 kg/E*a.

Für einzelne Abfallarten sind mehr oder weniger starke Veränderungen je Abfallart festzustellen. Bei den Abfällen zur Beseitigung verringerte sich die Menge der Fraktion ‚hausmüllähnlicher Gewerbeabfall‘ bei kleiner Tonnage um - 14,7 %, während die Menge der krankenhausspezifischen Abfälle hingegen, wahrscheinlich Corona bedingt, um 295 % angestiegen ist. Die Sammelmengen bei der ‚Sperrmüllabfuhr durch den öRE‘ ist um - 2,9 % gesunken. Die Althölzer aus dem Sperrmüll werden durch die Tochtergesellschaft PEG separat erfasst/verwertet und sind in der hier genannten Tonnage nicht enthalten. Gleichzeitig erhöhten sich die Mengen der ‚Sperrmüll- Selbstanlieferung‘ durch die Kundschaft der A+B Landkreis Peine im Betrachtungszeitraum um + 4,7 %.

Die o.a. Veränderungen zeigen deutlich die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf. So hat das Einkaufsverhalten im Lock-Down das Kleingewerbe ausgebremst. Die gestiegenen hygienischen Anforderungen und gestiegenen Patientenzahlen, so wie der wieder aufgenommenen, allgemeinen Krankenhausbetrieb zu Gunsten der Behandlung von normalen Patienten, haben zum Anstieg von Abfallströmen geführt.

Insgesamt hat sich die Menge aller Abfälle zur Verwertung im Jahr 2021 gegenüber dem Vorjahreszeitraum in Summe um + 2,1 % erhöht. Dabei waren Mehrmengen bei jeweils großer Tonnage der Fraktionen ‚Bioabfall‘ (+ 8,4 %), ‚Altholz‘ (-2,6 %) und ‚Leichtstoffverpackungen‘ (+1,1 %) sowie bei kleiner Tonnage der Fraktion ‚Metallschrott‘ (+ 14,2 %) zu verzeichnen.



Mindermengen waren bei jeweils großer Tonnage der Fraktionen ‚Bauschutt‘ (- 4,4 %), ‚Altpapier‘ (-1,5 %) und ‚Altglas‘ (- 7,0 %) sowie bei mittlerer Tonnage der Fraktion ‚Alttextilien und Altschuhe‘ (+19,5 %) zu verzeichnen.

Da es im Landkreis Peine keine Bauschuttdeponie mehr gibt und im Kreisgebiet keine freien Kapazitäten in Bauschutt-Recyclinganlagen existieren, werden größere ‚Bauschutt‘-Mengen an Anlagen in den Nachbarkommunen verwiesen. Besitzer von Bauschutt-Kleinmengen nutzten in 2021 wieder die Möglichkeit der Selbstanlieferung dieser Kleinmengen zu den Wertstoffhöfen im Landkreis Peine. Den hier angenommenen Bauschutt lieferte die A+B Landkreis Peine seit September 2021 an die Recyclingbetrieb Hanusa GmbH in Vechelde.

Bei der Abfallfraktion ‚Altkleider & Altschuhe‘ resultiert die Mengenzunahme in 2021 wesentlich aus dem geänderten Einkaufsverhalten und der zusätzlich aufgestellten Container in Vorausplanung für Gesetzesänderungen 2025. Unser momentaner Verwerter von Alttextilien und Altschuhen, die Fa. TopTex in Salzgitter hat selbst Probleme mit der Vermarktung schlechter werdender Textilqualitäten und deren Absatz.

Die Fraktionen ‚Altpapier‘ und ‚LVP‘ liegen bereits seit mehreren Jahren auf einem mengenmäßig hohen Niveau und schwanken in der Regel nur mit kleiner Amplitude. Im Jahr 2021 ist bei der Fraktion ‚Altpapier‘ ein Mengenrückgang gegenüber dem Vorjahr festzustellen. Dieses ist im Wesentlichen den geringeren Mengen bei der PPK-Tonnensammlung zuzuschreiben.

Gleichzeitig erhöhte sich die Menge an Leichtverpackungen aus dem Gelber Sack geringfügig. Da die Sammlung ganzjährig durch die Fa. PreZero Service Mitte GmbH & Co. KG durchgeführt wurde und der A+B nur die jeweiligen monatlichen Sammelmengen bekannt gegeben wurden, gibt es hier keine Erkenntnisse über die Gründe für die Mengensteigerung.

Nach einer leichten Mengensteigerung in den letzten zwei Jahren stagnieren die Mengen der Fraktion ‚Altglas‘ erneut. Die spezifische Sammelmenge ist etwa um 7% gegenüber dem Vorjahr auf ca. 22 kg pro Einwohner und Jahr gesunken.

Der Trend zur Abfüllung von Getränken in die, gegenüber einer Glasflasche leichtere, PET-Flasche ist weiterhin ungebrochen. Behältergläser für Obst- oder Gemüsekonserven haben seit jeher einen in etwa gleichbleibenden Marktanteil.

Die Gesamtmengen der Schadstoffsammlung haben sich im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um + 12,39% erhöht. Auch die Mengen der anderen nicht reaktiven gefährlichen Abfälle (z. Bsp. asbesthaltige Baustoffe, Dachpappe, Isolierstoffe) und der ‚Problemabfälle aus privaten Haushalten‘ haben sich deutlich erhöht. Weiterhin bestand mehr als die Hälfte aller angelieferten Schadstoffe aus nicht reaktiven gefährlichen Abfällen.



Deponien (Restabfallbehandlung)

Seit dem 01.06.2005 gilt der Entsorgungsvertrag mit der MHKW Rothensee GmbH, Magdeburg. Seit diesem Datum werden Abfälle zur Beseitigung in der Umladestation auf dem Gelände des Abfallentsorgungszentrums Stedum umgeschlagen und per LKW diversen thermischen Abfallbehandlungsanlagen zugeführt. Im Berichtszeitraum wurden 23.441 Mg (Vorjahr: 22.937 Mg) zur thermischen Behandlung geliefert.

Die Deponie Stedum wurde zum 31.05.2005 geschlossen. Ein Weiterbetrieb zur Ablagerung vorbehandelter Abfälle war aufgrund der fehlenden Kombinations-Basisabdichtung rechtlich nicht möglich. Die formelle Voraussetzung, um die technisch notwendigen Maßnahmen zur Oberflächenabdichtung durchführen bzw. beauftragen zu können, ist durch die Genehmigung gemäß § 14 Abs. 6 Deponieverordnung geschaffen worden. Die vorhandenen Rückstellungen für die Re- kultivierungs- und Nachsorgeverpflichtungen reichten nicht aus, um die Aufwendungen der in den vergangenen Jahren begonnenen Rekultivierungsmaßnahmen zu decken. Durch neue ingenieurtechnische Erkenntnisse ergab sich ein höherer Rückstellungsbedarf. Weitere Zuführungen - auch aus gebührenrechtlichen Gründen - werden in Zukunft erforderlich sein, um die Finanzierung der erwarteten Aufwendungen zu decken. Aufgrund der Änderung des NAbfG ist es seit 2003 gebührenrechtlich zulässig, noch während der Zeit der Sicherung und Sanierung der Deponie die jährlich notwendigen Aufwendungen in die Gebührenkalkulation einzustellen. Die tatsächliche Finanzierung der Aufwendungen für die Sicherung und Sanierung ist somit sichergestellt. Eine Überprüfung der bisherigen Bedarfsermittlung für die Nachsorgeverpflichtungen der Deponien wurde im Wirtschaftsjahr 2021 vorgenommen.

Die Deponien werden kontinuierlich entsprechend der Vorgaben eigen- und fremdüberwacht. A+B steht dabei im engen Kontakt mit den Überwachungsbehörden.

Der Eingangsbereich der Deponie Wedtlenstedt wird weiterhin als Wertstoffhof genutzt.

Vermögens- und Finanzlage

Gegenüber dem Vorjahresbilanzstichtag erhöhte sich die Bilanzsumme um € 6,3 Mio auf € 22,4 Mio.

Das Anlagevermögen von € 15,1 Mio (Vorjahr € 12,1 Mio) nimmt 67,4 % (Vorjahr 75,7 %) der Bilanzsumme ein. Hiervon entfallen auf Grundstücke und Bauten € 5,4 Mio sowie auf Fahrzeuge und Abfallbehälter € 2,7 Mio.

Die im Berichtsjahr getätigten Investitionen von € 4,0 Mio wurden aus eigenen Mitteln und mit € 4,5 Mio über Darlehen finanziert. Hierbei ist zu beachten, dass einige Fahrzeuginvestitionen mit eigenen Mitteln zum Jahreswechsel 2020/2021 kurz zwischenfinanziert wurden und die geplante Darlehensfinanzierung erst Anfang des Folgejahres 2021 erfolgte.

Zahlungsschwierigkeiten sind zu keinem Zeitpunkt aufgetreten. Außer den in der Bilanz ausgewiesenen flüssigen Mitteln bestehen kurzfristige Forderungen aus einem verzinslich gewährten Kassenkredit an die PEG sowie aus einer Tagesgeldanlage. Das bilanzielle Eigenkapital hat sich wie folgt entwickelt:



	31.12.2021	31.12.2020
	T€	T€
I. Stammkapital	2.556	2.556
II. Rücklagen		
Freie Rücklage	61	61
	61	61
III. Gewinnvortrag		
Übernommener Gewinnvortrag	1.496	1.722
Abführung der Eigenkapitalverzinsung	0	0
	1.496	1.722
IV. Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	272	-226
Summe Eigenkapital	4.385	4.113

Der Anteil des Eigenkapitals an der höheren Bilanzsumme verringerte sich von 25,6 % auf 19,6 %.

Unter den sonstigen Rückstellungen werden die Rekultivierungs- und Nachsorgeverpflichtungen für die stillgelegten Deponien in Stedum, Schwicheldt und Wedtlenstedt mit T€ 5.792 (Vorjahr T€ 5.263) erfasst. Im Berichtsjahr wurden T€ 272 (Vorjahr T€ 231) verbraucht bzw. ertragswirksam aufgelöst sowie Zuführungen von T€ 801 (davon Aufzinsung von T€ 120) vorgenommen. Die Gebührenausgleichsrückstellung erhöhte sich zum Bilanzstichtag im Saldo durch die Entnahme der Gebührenüberdeckungen aus dem Wirtschaftsjahr 2019 von T€ 236 sowie durch die Zuführung der Gebührenüberdeckung des Wirtschaftsjahres 2021 von T€ 969 auf T€ 1.312 (Vorjahr T€ 579). Des Weiteren sind Rückstellungen für Urlaubs-Gleitzeit- und Altersteilzeitverpflichtungen, für ausstehende Rechnungen sowie für den Jahresabschluss dotiert.

Der Gesamtbetrag der sonstigen Rückstellungen hat sich wie folgt entwickelt:

	2021	2020
	T€	T€
Stand 01.01.	6.784	6.606
Inanspruchnahmen	1.108	1.004
Auflösungen	330	82
Zuführungen	2.834	1.264
Stand 31.12.	8.180	6.784

Umweltschutzmaßnahmen

Die Überwachung der außer Betrieb genommenen Deponien wird kontinuierlich fortgeführt.

Von drei Deponien befinden sich zwei in der Nachsorgephase (Schwicheldt und Stedum) und eine Deponie befindet sich wegen der noch nicht abgeschlossenen Profilierung in der Stilllegungsphase (Bauschuttdeponie Wedtlenstedt).

Die Deponie in Stedum besteht aus mehreren Schüttfeldern. Schüttfeld A besteht aus Hausmüll und Schüttfeld B und C aus inerten Abfällen. Um den Deponiekörper in Stedum in ein chemisch stabiles Gleichgewicht zu bringen, wird das angefallene Sickerwasser im Kreislauf geführt.



Diese Maßnahme soll prognostisch dazu beitragen, mögliche Schadstoffe aus dem Deponiekörper schneller zu entfernen. Gelingt die Umsetzung des Konzeptes, wird nach verhältnismäßig kurzer Zeit ein umweltneutrales Bauwerk hergestellt.

Durch das umgesetzte Löschwasserrückhaltungskonzept wird dafür Sorge getragen, dass im Falle des Einsatzes von Löschmitteln auf dem Betriebsgrundstück in Stedum keine negativen Beeinträchtigungen von Nachbargrundstücken bzw. des Grundwassers zu erwarten sind.

Die ehemalige Sickerwasserkläranlage in Equord ist stillgelegt und wird zurückgebaut. Die Sickerwasserentsorgung der Altdeponie Schwicheldt ist neu zu konzeptionieren. Dabei ist die Frage des Umschlages des Sickerwassers in Transportfahrzeuge maßgebend. Die Behandlung des Sickerwassers der Altdeponie Schwicheldt erfolgt in der Sickerwasserkläranlage Heinde des Abfallzweckverbandes Hildesheim, Bad Salzdetfurth.

Der Deponiekörper der ehemaligen Bauschuttdeponie Wedtlenstedt und die schon erstellte Erdabdeckung werden nach den Vorgaben der Fachbehörden neugestaltet. Akut ist der Bestand des Japanischen Staudenknöterichs auf dem Deponiekörper als invasive Art festgestellt worden. Der Staudenknöterich („Fallopia japonica“) wird nach gesetzlichen Maßgaben bekämpft und der Status regelmäßig überwacht.

Erst mit Erlaubnis der unteren Naturschutzbehörde und des GAA darf die weitere Abdeckung des Deponiekörpers durchgeführt werden.

Vorschau auf das Wirtschaftsjahr 2022 und zukünftige Entwicklung mit ihren Chancen und Risiken

Im Wirtschaftsjahr 2022 sind Investitionen von T€ 1.806 geplant. Diese Investitionen setzen sich im Wesentlichen aus den folgenden Maßnahmen zusammen:

- Erwerb von Anlagen der Abfallbeseitigung (u. a. Fahrzeuge)
- Erwerb von EDV-Programmen und Lizenzen
- Erwerb von Betriebs- und Geschäftsausstattung
- Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau (Planungskosten Neubau Verwaltungsgebäude)

Für die Maßnahmen, die im Zusammenhang mit der Rekultivierung der Deponien stehen, wird im Wirtschaftsjahr 2022 mit einem Mittelabfluss von T€ 493 gerechnet.

Die Finanzierung der Investitionen sowie der Aufwendungen für die Rekultivierung soll aus eigenen Mitteln sowie über Darlehensaufnahme erfolgen.

Unter Beachtung des NKAG arbeitet A+B ohne Gewinnerzielungsabsicht, d.h. mittelfristig sind die aus den gebührenpflichtigen Bereichen erzielten Gebührenüber- und -unterdeckungen auszugleichen. Zum 01.01.2022 mussten die Behältergebühren nicht angehoben werden, um einen ausgeglichenen Gebührenhaushalt darzustellen. Für das Wirtschaftsjahr 2022 wird mit einem Jahresüberschuss von T€ 131 gerechnet.



Die Erkenntnisse des Controllings werden in die Vorschläge zur Gebührenkalkulation einbezogen und im Verwaltungsrat zur Diskussion gestellt. Im Rahmen der Vorgaben des NAbfG und des NKAG (z.B. ökologische Aspekte und Äquivalenzprinzip) müssen künftig die möglichen Zielkonflikte zwischen betriebswirtschaftlichen Notwendigkeiten auf der einen und Fragen der Gebührengerechtigkeit und der besonderen Berücksichtigung von sozialen Belangen auf der anderen Seite aufgelöst werden. In Zukunft werden Investitionen im Rahmen der geplanten Standortkonsolidierung sowie vor allem die geforderten Klimaschutzmaßnahmen den Gebührenbedarf erhöhen. Ein weiterer perspektivischer Faktor, der zu Gebührenbedarf führen wird, ist die Umsetzung des § 2 b Umsatzsteuergesetz, welches ab 01.01.2023 umfänglich wirken wird. A+B ist in diesem Kontext durch die Überlassung von Mitarbeitenden des Landkreises Peine an die Kommunale Anstalt betroffen. Diese Überlassung wird ab dem genannten Zeitpunkt eine steuerbare Dienstleistung darstellen. Es wird z. Zt. geprüft, ob durch den Einsatz der Mitarbeitenden des Landkreises ausschließlich im hoheitlichen Bereich die Steuerlast eingegrenzt werden kann.

Des Weiteren ist daran zu arbeiten, das hohe Maß an Kundenzufriedenheit weiter auszubauen. Es wird künftig eine immer größere Herausforderung werden, in Anbetracht der Folgen des demographischen Wandels, insbesondere der veränderten physischen Leistungsfähigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, das Dienstleistungsangebot aufrecht zu erhalten. Im Zusammenhang mit dieser Problematik prüft A+B intensiv die Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit der BBg, um bestimmte Dienstleistungen der Daseinsvorsorge so zu erledigen, dass langzeitarbeitslose Menschen eine Beschäftigungsperspektive finden. Diese Zusammenarbeit hat sich im Bereich der Pflege der Wertstoffinseln verstetigt.

Unkalkulierbar und somit risikobehaftet bleibt die Menge der zu entsorgenden Abfälle über die Abfallbehälter. Nach wie vor ist der im Umlauf befindliche Behälterbestand dadurch gekennzeichnet, dass die kleineren 60 l und 120 l Behälter dominieren. Das durch den Landkreis Peine seinerzeit eingeführte Ident-System verstärkt dieses Kundenverhalten. Diese Tendenz verliert seine Gültigkeit auch nicht durch kurzfristige Behälterzuwächse im gesamten Sortiment, wie es zuletzt zu beobachten war. Auf die Risiken aus gewerblichen Sammlungen bzw. die Zulassung derselben durch den Gesetzgeber wurde an anderer Stelle hingewiesen.

Im Zuge der Planung und Errichtung des neu gestalteten Wertstoffhofes auf dem Standort in Stedum ist das bestehende Brandschutzkonzept weiter ergänzt worden.

Das von dem zuständigen Gewerbeaufsichtsamt Braunschweig unter Auflagen genehmigte Konzept wurde weiterhin abgearbeitet.

Die wirtschaftliche Verwertung von bestimmten Stoffströmen wird keine Erlöse in bestimmten Größenordnungen garantieren können (volatile Märkte). Aktuell profitiert A+B von den Altpapierpreisen auf beachtlichem Niveau. Dies ist aber eine Momentaufnahme und lässt keine Rückschlüsse für die Preisentwicklung der Zukunft zu. Die entsprechenden Deckungsbeiträge können somit auch wieder rückläufig sein; auf der anderen Seite stehen die besonderen Aufwendungen, da die genannten Stoffströme gesondert erfasst werden müssen.

Durch die in 2020 in Deutschland ausgebrochene Corona-Pandemie ist auch A+B betroffen. Die in diesem Zusammenhang getroffenen behördlichen Anordnungen



wurden umgesetzt. Die Mitarbeiter, die für die Leerung der Abfallbehälter zuständig waren, wurden in Gruppen eingeteilt, um mögliche Sozialkontakte zu reduzieren, um im Infektionsfall eines Mitarbeiters lediglich überschaubare Mitarbeitergruppen in Quarantäne stellen zu müssen. Planerisch war somit immer gewährleistet, dass die Kerndienstleistungen vollzogen werden konnten. Die Wertstoffhöfe mussten im Vergleich zum Vorjahr nicht geschlossen werden.

In der Verwaltung von A+B wurde die Tätigkeit teilweise in das Home-Office verlegt. Dadurch konnte die Verwaltung unter Berücksichtigung von ausreichenden Sicherheitsabständen im Verwaltungsgebäude in Peine weiterarbeiten. Während des landesweiten Betretungsverbot von öffentlichen Gebäuden war auch die Verwaltung von A+B für den Besucherverkehr gesperrt.

Für alle Bereiche von A+B wurden Hygienepläne erstellt, die mit der zuständigen Betriebsärztin und der Verwaltung des Landkreises Peine abgestimmt worden sind. Die Öffentlichkeit wurde über die Tageszeitungen und den eigenen Internetauftritt regelmäßig über die ergriffenen Maßnahmen informiert. Die telefonische Erreichbarkeit des Unternehmens war nicht zu jeder Zeit zufriedenstellend. Bei dieser Frage wird zukünftig organisatorisch und technisch gegenzusteuern sein.

Zum Zeitpunkt der Berichterstellung sind Corona Pandemie-bedingte Ausgaben von weniger als 0,5 % des Wirtschaftsplanvolumens zu verzeichnen. Die geplante Erlösseite konnte durch die Aufrechterhaltung der Behälterabfuhr stabil gehalten werden, da die geplanten Erlöse mittels Ident-System realisiert werden konnten.

Die Auswirkungen des Ukraine-Krieges auf die zukünftige Entwicklung der Gesellschaft lassen sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht abschätzen. Zum jetzigen Zeitpunkt ergeben sich daraus keine wesentlichen Auswirkungen auf die Gesellschaft.



2.2 Berufsbildungs- und Beschäftigungsgesellschaft LK Peine mbH

www.bbg-peine.de

Stammkapital: 25.564,59 €



- Recycling und Entsorgung
- Landschaftsschutz / Renaturierung
- Bildung und Soziales
- Personaldienstleistungen

Beteiligungsverhältnisse: 100 % Landkreis Peine

Handelsregister: Amtsgericht Hildesheim, HRB 100936

Gründungsjahr: 1988

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Schaffung von Arbeits- und Qualifizierungsgelegenheiten vorrangig für (langzeit-) arbeitslose Personen auf der Grundlage der Möglichkeiten des Sozialgesetzbuches II und III durch Vorhalten verschiedener Arbeitsmarktinstrumente und die operative Umsetzung von Arbeitsmarktmaßnahmen. Zweck ist nicht die wirtschaftliche Gewinnoptimierung oder die kontinuierliche Steigerung eines Unternehmensgewinns. Wirtschaftliche Erlöse durch unternehmerische Tätigkeit stocken öffentliche bereitgestellte Arbeitsmarktmittel kostendeckend auf und führen zu einer effizienten Nutzung für den Landkreis Peine. Diese Unternehmensstrategie ermöglicht und sichert die Gemeinnützigkeit.

Besetzung der Organe (im Berichtszeitraum):

a) Als Geschäftsführer sind bestellt:

Herr Olaf Eckardt
Herr Mike Maczollek

b) Mitglieder des Aufsichtsrates:

Herr Matthias Möhle (Vorsitzender, Kreistagsabgeordneter, SPD)
Frau Doris Meyermann (stellv. Vors., Kreistagsabgeordnete, bis 23.02.2022, Grüne)
Herr Malte Cavalli (Kreistagsabgeordneter, bis 23.02.2022, FDP)
Herr Franz Einhaus (Landrat, bis 23.02.2022)
Frau Dr. Katrin Esser-Mönning (Kreistagsabgeordnete, bis 23.02.2022, SPD)
Herr Henning Heiß (Landrat, ab 23.02.2022)
Herr Hartmut Marotz (Kreistagsabgeordneter, ab 23.02.2022, SPD)
Herr Stephan Nitsch (Kreistagsabgeordneter, bis 23.02.2022, CDU)
Frau Marion Övermöhle-Mühlbach (Kreistagsabgeordnete, ab 23.02.2022, CDU)
Herr Georg Raabe (Kreistagsabgeordneter, CDU)
Herr Andreas Salzmann (Arbeitnehmersvertreter)
Herr Thomas Schellhorn (Kreistagsabgeordneter, ab 23.02.2022, FDP)
Herr Uwe Semper (Kreistagsabgeordneter, bis 23.02.2022, SPD)
Herr Andreas Tute (Kreistagsabgeordneter, ab 23.02.2022, AfD)
Herr Oliver Westphal (Kreistagsabgeordneter, bis 23.02.2022, AfD)
Frau Claudia Wilke (Kreistagsabgeordnete, ab 23.02.2022, Grüne)



Interessenwahrung:

Die Interessenwahrung des Landkreises Peine ist durch die Besetzung des Aufsichtsrates gewährleistet.

Allgemeines:

Die Berufsbildungs- und Beschäftigungsgesellschaft Landkreis Peine mbH (BBg) ist eine gemeinnützige Unternehmung des Landkreises Peine, die seit 1989 die Aufgaben verfolgt, Qualifizierungs- und Beschäftigungsangebote vornehmlich für langzeitarbeitslose Bürger und Bürgerinnen des Landkreises Peine vorzuhalten.

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich das arbeitsmarktliche Angebot der BBg nur wenig verändert. Im Rahmen der thematisch eingeschränkt zur Verfügung stehenden Förderung von Beschäftigungsmaßnahmen konzentriert sich das für die BBg tradierte Aktionsfeld auf Beschäftigungsangebote nach § 16i SGB II und den sogenannten Arbeitsgelegenheiten. Diese werden in der Regel mit (zusätzlichen) Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge verknüpft. Zu diesen gehören abfallwirtschaftliche Dienstleistungen wie die Betreuung des zentralen Wertstoffhofs im Landkreis Peine, die Haushaltsentrümpelung, die Reinigung von Wertstoffinseln sowie die zusätzliche Gestaltung kommunaler Grün- und Sportanlagen. Diese Themen untergliedern sich wiederum in konkrete Projekte wie dem Recyclen von E- Schrott bis hin zur Abgabe von Spielzeugen und Büchern, Holzausstattungen für Kindergärten und einiges mehr.

Beratend ist die BBg vor allem in der Schul- und Ausbildungsbegleitung junger Menschen und der allgemeinen und beruflichen Integration von Flüchtlingen tätig.

Zweck des Unternehmens ist nicht die wirtschaftliche Gewinnoptimierung oder die kontinuierliche Steigerung eines Unternehmensgewinns. Das Unternehmen benötigt wirtschaftliche Erlöse durch unternehmerische Tätigkeit als steuerlicher Zweckbetrieb allein dazu, um öffentlich bereitgestellte Arbeitsmarktmittel möglichst bis zur Kostendeckung aufzustocken und damit einer möglichst effizienten Nutzung für den Landkreis Peine zuzuführen.

Darstellung des Geschäftsverlaufs:

In Zusammenarbeit mit dem Jugendamt und dem Fachdienst Arbeit des Landkreises Peine hat die BBg ihre unter der Abteilungsbezeichnung Jugend und Beruf (JuB) zusammengefassten Beratungsaktivitäten zur Betreuung und Aktivierung von Schülern und ausbildungssuchenden Jugendlichen kontinuierlich fortsetzen können und in 2021 mit 9 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erfolgreich weiter in das regionale Beratungsangebot implementiert.

Die Einzelmaßnahmen/Projekte im Bereich JuB firmieren als: „Pro Aktiv Center“, „Wegweiser“, „Primus“ sowie „Jugend Stärken im Quartier“. Insgesamt konnten hierbei 350 junge Menschen mit Beratungsbedarf versorgt werden.

Im Rahmen des Projekts Ausbildungsdienstleistungen Audiel für unterstützungsbedürftige Auszubildende wurde im Ausbildungsjahr 2021 insgesamt 48 Ausbildungsverhältnisse begleitet. Dazu gehörten 12 Ausbildungsverhältnisse die



von der BBg selbst vertraglich vorgehalten worden sind. In den Projekten „Last minute für Ausbildung“ = Lafa1 und 2) wurden jeweils 18 zusätzliche Ausbildungsverhältnisse in regionalen Unternehmen unterstützt.

Ergänzend für das Angebot Integration in Arbeit und Ausbildung steht der Peiner Start Guide (PSG). Das Beratungsangebot des Start Guides steht als Nachfolge zu dem von der BBg durchgeführten Programm des Integrationsmoderators und verfolgt in gleicher Weise das Ziel, durch Beratung und Begleitung Geflüchtete in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt zu integrieren. Insgesamt wurden 70 Geflüchtete beraten, 26 wurden in Praktika vermittelt, 23 haben eine Arbeit aufgenommen und 7 eine Ausbildung begonnen. 98 Unternehmen wurden zu dem Thema beraten.

Ab dem 04.10.2021 startete die Maßnahme zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung von Langzeitleistungsbeziehern aus dem Jobcenter „Fit für Lager und Logistik“ als direkte Nachfolge zu der bis zum 30.09.2021 umgesetzten Maßnahme nach § 45 „Ihr Plan - wie geht's weiter“, mit einer fast identischen Teilnehmer-Belegung von 10 bis maximal 14 Teilnehmern.

Mit dem Förderinstrument nach § 16e SGBII und §16i SGBII hat der Gesetzgeber die Möglichkeit geschaffen, besonders marktferne Leistungsberechtigte in eine langjährige geförderte Beschäftigung zu integrieren. Die Förderung erfolgt einerseits durch den finanziellen Zuschuss an den Arbeitgeber und andererseits durch eine beschäftigungsbegleitende Unterstützung. Im Rahmen der konzeptionellen Ausgestaltung kümmert sich das Coachingteam der BBg in der Zuweisung vom Landkreis um 50 Arbeitnehmer*innen und deren Arbeitgeber und begleitet den Integrationsprozess.

Mit drei Fachkräften unterstützte die BBg erfolgreich aber letztmalig die EDV-Infrastrukturen der vom Landkreis Peine getragenen Schulen. Die Aufgabe wird ab 2021 bei Übernahme des Personals von der Landkreisverwaltung selbst durchgeführt.

Als Träger arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen bietet die BBg darüber hinaus vor allem Qualifizierungs- und Beschäftigungsstellen im Rahmen von Arbeitsgelegenheiten nach der Systematik des SGB II an. Alle möglichen Varianten von der sozialversicherungspflichtigen Entgeltvariante bis zur Mehraufwandsentschädigung werden dabei genutzt. In der Qualifizierungs- und Beschäftigungswerkstatt wurden 90 Maßnahmen-Teilnahmeplätze vorgehalten, die von 154 Teilnehmenden genutzt wurden. Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen wurden von 11 Anleitern und Anleiterinnen betreut und qualifiziert.

Im Bereich der Grünpflege (24), dem Betrieb des Wertstoffhofs (5) in Stedum sowie der Elektrogerätedemontage (4), der Fahrradwerkstatt (2) und dem Sozialkaufhaus (3) sind insgesamt 38 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen eingesetzt worden, die außerhalb von speziellen Förderkonzepten unter Inanspruchnahme individualisierter

Förderungen (z.B. Eingliederungszuschuss) oder ohne Zuschussleistungen beschäftigt worden sind. 21 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen waren hier im Rahmen von Fördermaßnahmen nach § 16i SGB II tätig.



Die arbeitsmarktpolitische Aufgabenstellung war damit insgesamt weiter stabil wie auch die Verfügbarkeit von Fördermitteln für die Beschäftigung von langzeitarbeitslosen Menschen.

Die Akquisition zusätzlicher Fördermittel konzentriert sich auf betreuende und infrastrukturschaffende Maßnahmen, häufig im Bereich Jugendarbeitslosigkeit und Integration von geflüchteten Menschen, in den Arbeitsmarkt mit zahlenmäßig geringen Auswirkungen auf die bei der BBg zur Verfügung stehenden Stellen.



Bilanzdaten

Bilanz zum 31.12.2021

Aktiva	31.12.2021	31.12.2020
	€	€
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	5.002,00	5.021,00
II. Sachanlagen	469.782,99	530.849,99
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte	6.338,50	9.252,46
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	813.723,97	848.192,43
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	474.961,36	292.264,19
C. Rechnungsabgrenzungsposten	5.963,60	1.572,40
	<u>1.775.772,42</u>	<u>1.687.152,47</u>
Passiva	31.12.2021	31.12.2020
	€	€
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	25.564,59	25.564,59
II. Gewinnrücklagen	756.891,50	2.223.687,60
III. Verlustvortrag	0,00	-1.375.593,53
IV. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-21.211,09	-91.202,57
B. Rückstellungen	341.290,00	276.790,00
C. Verbindlichkeiten	673.237,42	627.906,38
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
	<u>1.775.772,42</u>	<u>1.687.152,47</u>



Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01. bis 31.12.2021

	31.12.2021 €	31.12.2020 €
1. Umsatzerlöse	1.249.889,80	1.297.511,97
2. Zuschüsse	2.198.117,75	2.435.891,99
3. Sonstige betriebliche Erträge	564.331,68	607.496,52
4. Materialaufwand	-879.834,02	-900.574,55
5. Personalaufwand	-2.717.294,37	-3.089.289,98
6. Abschreibungen	-60.362,53	-67.331,69
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-365.002,89	-361.516,14
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,05
9. sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.928,24	-4.021,95
10. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-229,99	-196,00
11. Ergebnis nach Steuern	-12.312,81	-82.029,78
12. Sonstige Steuern	-8.898,28	-9.172,79
13. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-21.211,09	-91.202,57



Lagebericht:

Ertragslage

Unter Einbeziehung der Ausgleichszahlung des Landkreises Peine für das Geschäftsjahr 2021 (T€ 400) schließt das Geschäftsjahr 2021 der BBg mit einer zum Vorjahr deutlich gesunkenen Gesamtleistung von rund € 4,01 Mio. Euro.

Neben der schwankenden Verfügbarkeit von Fördermitteln waren operativ folgende Ereignisse mitursächlich für den Umsatzrückgang. Die als Zweckbetrieb „Regiopolis-Peine“ durchgeführten EDV-Dienstleistungen gegenüber öffentlichen Stellen und Einrichtungen, insbesondere der vom Landkreis Peine getragenen Schulen mit zuletzt 188 € Jahresumsatz wurde zum Beginn des Geschäftsjahres ebenso eingestellt, wie die Zusammenarbeit im Bereich des Sozialen Kaufhauses.

Der Materialaufwand ist um T€ 20 auf insgesamt T€ 880 wie auch im Vorjahr gesunken. Auch in diesem Jahr ragen vor allem die Fremdleistungen der PEG in Höhe von T€ 302 für Entsorgungsdienstleistungen (z.B. Altholz) heraus. Durch den Betrieb des Wertstoffhofs Stedum ist hier jedoch größtenteils eine Weiterberechnung an die A+B möglich. In stabiler Höhe von T€ 203 sind Mietaufwendungen für die Unterbringung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen enthalten.

Der Personalaufwand ist aufgrund geringerer Beschäftigungszahlen um T€ 370 auf 2,72 Mio.€ gesunken.

Die Abschreibungen auf das Anlagevermögen sind zwar leicht gestiegen, blieben mit T€ 60 aber auf vergleichbarem Vorjahresniveau.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind in 2021 mit T€ 365 (Vorjahr T€ 361) moderat gestiegen, insbesondere durch singuläre arbeitsrechtlich veranlasste Abfindungszahlungen.

Das Geschäftsjahr 2021 schließt mit einem Jahresverlust von rund T€ 21 (Vorjahr Verlust von T€ 91). Es enthält die Ausgleichszahlung des Landkreises Peine für das Geschäftsjahr 2021 in Höhe von T€ 400. Damit konnte der Verlust zwar, im zweiten Jahr in Folge, verringert, jedoch kein positives Geschäftsergebnis erzielt werden.

Im Wirtschaftsplan für das Jahr 2021 wurde mit einer Gesamtleistung von T€ 4.133 ein ausgeglichenes Jahresergebnis kalkuliert. Dieser Ansatz wurde um das negative Jahresergebnis nur moderat verfehlt.

Vermögens- und Finanzlage

Die Investitionen von T€ 13 in das Anlagevermögen (Vorjahr: T€ 62) wurden aus eigenen Mitteln finanziert.

Die Eigenkapitalquote an der um T€ 86 auf T€ 1.776 gestiegene Bilanzsumme reduzierte sich um 3,4 %-Punkte auf 42,9 %. Die Fremdverschuldung durch Darlehen bei Kreditinstituten verringerte sich zum Bilanzstichtag um T€ 26. Das



Anlagevermögen ist durch Eigenkapital und langfristige Darlehen langfristig finanziert. Die Zahlungsfähigkeit war während des Berichtsjahres und danach jederzeit gegeben.

Risikobericht:

Das Unternehmen ist entsprechend seiner arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Aufgabenstellung in Abhängigkeit zu verfügbaren Fördermitteln ausgleichsbedürftig. Eine Situationsverbesserung ist weder durch eine Verbesserung der Förderlandschaft noch durch eine ertragskräftige Umsatzsteigerung abzusehen.

Da ein ausgeglichenes Ergebnis auch vor dem Hintergrund dieser spezifischen Aufgabenstellung des Unternehmens nicht absehbar ist, besteht zur Vermeidung des weiteren Abschmelzens der Rücklagen eine Unterstützungsvereinbarung mit dem Gesellschafter. Danach erhält die BBg einen Betrag zum Verlustausgleich durch den Landkreis Peine. Für 2021 hat die BBg, wie in den beiden Vorjahren, T€ 400 als Ausgleichszahlung vom Landkreis Peine erhalten. Mit diesem Zuschuß kann die BBg in der vorhandenen Konstellation gesteuert werden. Es ist durch den Lagebericht deutlich geworden, dass zusätzliche Maßnahmen zur Optimierung der personellen und sachlichen Ressourcen nötig sind, um die BBg so aufzustellen, dass sie zukunftsfähig anstehende Herausforderungen leisten kann. Dazu bedarf es eines auch finanziell größeren Engagements des Gesellschafters.

Das Geschäftsjahr 2021 schließt mit einem Jahresverlust in Höhe von T€ 21. Das Ziel eines nahezu ausgeglichenen Jahresergebnisses wurde damit nicht erreicht. Waren es im letzten Jahr noch pandemiebedingte Verwerfungen, die für die wirtschaftliche Situation ausschlaggebend waren, standen hier in 2021 arbeitsrechtliche Auseinandersetzungen im Vordergrund, die zu erheblichen Förderausfällen und Kosten arbeitsgerichtlicher Auseinandersetzungen geführt haben. Diese ziehen sich bis in das Frühjahr 2022 hinein, werden daher das Ergebnis 2022 noch beeinflussen. In der zweiten Jahreshälfte hat sich die diesbezügliche Situation aber beruhigt, so dass weitere Belastungen nicht zu erwarten sind.

Durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie war die BBg stark betroffen. Alle Fördermaßnahmen konnten im Verlauf des Jahres 2021 wiederaufgenommen werden; eine ausreichende Anzahl an besetzten Teilnahmeplätzen konnte jedoch nur selten erreicht werden. Bei gleichsam erhöhten Hygienekosten entwickeln sich diese Maßnahmen zunehmend defizitär.

Die BBg wird auch in 2022 von den Auswirkungen des Fachkräftemangels betroffen sein. Freiwerdende Betreuerstelle können nur sehr zeitverzögert oder gar nicht besetzt werden. Die Aufgabe von Themenfeldern aus Personalmangel ist nicht mehr

ausgeschlossen. Durch eine Verbesserung der Arbeitsbedingung soll hier möglichst entgegengewirkt werden. Dieser Prozess wird aber unter dem Eindruck der teilweise bereits wirkenden Umstellung der ALG-II Reformen stehen. Für die Arbeit der BBg sind dadurch Risiken in der Teilnehmergeinnung verbunden. Diese könnten durch eine direkte Ansprache der BBg an potentielle Teilnehmende kompensiert werden. Es muss der Versuch unternommen werden, durch direkte Ansprache der Teilnehmenden diese von der Vorteilhaftigkeit der Teilnahme an AGH-Maßnahmen für die eigene



persönliche Entwicklung zu überzeugen. Für diese erweiterte Funktion sind die Strukturen vorzubereiten.

Kurzfristig eintretende bestandsgefährdende Risiken sind zurzeit nicht erkennbar, die Energiekrise seit Spätsommer 2021 hat aber das Potential, die Arbeit der BBg durch erhöhte Kosten einerseits und verringerte Haushaltsmittel für Arbeitsmarktpolitik andererseits zu belasten.

Prognosebericht:

Der genehmigte Wirtschaftsplan 2022 der BBg schließt unter Berücksichtigung der vom Landkreis Peine zu gewährenden Ausgleichszahlung (T€ 400) mit einem ausgeglichenen Ergebnis. Durch die im Risikobericht angeführten Rahmenbedingungen muss auch in 2022 mit einem negativen Jahresergebnis gerechnet werden.

Größere Investitionen sind nicht veranschlagt, da sie bei der Neuaufnahme von Projekten nur schwer planbar sind. Gegebenenfalls anfallende Investitionen werden in den Aufsichtsratssitzungen zur Sprache gebracht.

Die BBg hat ihre interne Führungsstruktur durch Stärkung der zweiten Führungsebene umstrukturiert. Der Prozess gestaltet sich angesichts der unruhigen Gesamtsituation schwieriger als erwartet, durch erfolgtes und anstehendes Ausscheiden von Personal gelingt es nur unter großen Mühen die Neustruktur aufrecht zu erhalten.



2.3 Wirtschafts- und Tourismusfördergesellschaft mbH

www.wito-gmbh.de

Stammkapital: 25.000 €

w;to

Wirtschafts- und
Tourismusfördergesellschaft
Landkreis Peine mbH

Beteiligungsverhältnisse: 51 % Landkreis Peine

Handelsregister: Amtsgericht Hildesheim, HRB 101559

Gründungsjahr: 2003

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung und Durchführung aller Maßnahmen, die der Stärkung der Wirtschaftskraft und der Entwicklung des Arbeitsmarktes im Landkreis Peine, der Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur und der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen dienen. Die Förderung der Wirtschaft soll neben der intensiven Begleitung und Betreuung ansässiger Unternehmen insbesondere durch die Neuansiedlung von Gewerbe und Industriebetrieben, die Unterstützung bei der Neugründung von Unternehmen sowie durch unternehmensnahe Bildungs- und Qualifizierungsangebote erfolgen. Darüber hinaus sollen Maßnahmen und Aktivitäten zur Vermarktung und gezielten Positionierung des Wirtschaftsstandortes Landkreis Peine initiiert und durchgeführt werden. Weiterhin sollen der Fremdenverkehr und die touristische Entwicklung im Landkreis gefördert und durch gezielte Angebote und Aktivitäten aktiv weiterentwickelt werden.

Gesellschafter:

Gesellschafter der wito gmbh sind: der Landkreis Peine (51%), die Stadt Peine (14%), die Gemeinde Ilsede (5,84%) sowie die Gemeinden Edemissen, Hohenhameln, Lengede, Vechelde und Wendeburg mit jeweils 5,832 %.

Besetzung der Organe (im Berichtszeitraum):

a) Als Geschäftsführer ist bestellt:

Herr Matthias Adamski



b) Mitglieder des Aufsichtsrates (bis 25.02.2022)

Herr Franz Einhaus (Landrat - Vorsitzender)
Herr Henning Heiß (Erster Kreisrat Landkreis Peine)
Herr Gerd Albrecht (Bürgermeister Gemeinde Wendeburg)
Herr Frank Bertram (Bürgermeister Gemeinde Edemissen)
Herr Lutz Erwig (Bürgermeister Gemeinde Hohenhameln)
Herr Otto-Heinz Fründt (Bürgermeister Gemeinde Ilsede)
Herr Klaus Saemann (Bürgermeister Stadt Peine, stellv. Vorsitzender)
Frau Maren Wegener (Bürgermeisterin Gemeinde Lengede)
Herr Ralf Werner (Bürgermeister Gemeinde Vechelde)
Herr Frank Hoffmann (Kreistagsabgeordneter, SPD)
Herr Stephan Nitsch (Kreistagsabgeordneter, CDU)
Herr Carsten Rieck (Kreistagsabgeordneter, SPD)
Herr Michael Senft (Vorstand Sparkasse Hildesheim Goslar Peine)

c) Mitglieder des Aufsichtsrates (nachrichtlich ab 25.02.2022)

Herr Henning Heiß (Landrat - Vorsitzender)
Herr Gerd Albrecht (Bürgermeister Gemeinde Wendeburg)
Herr Tobias Faust (Bürgermeister Gemeinde Edemissen)
Herr Tobias Grünert (Bürgermeister Gemeinde Vechelde)
Herr Nils Neuhäuser genannt Holtbrügge (Bürgermeister Gemeinde Ilsede)
Herr Klaus Saemann (Bürgermeister Stadt Peine, stellv. Vorsitzender)
Herr Uwe Semper (Bürgermeister Gemeinde Hohenhameln)
Frau Maren Wegener (Bürgermeisterin Gemeinde Lengede)
Herr Frank Hoffmann (Kreistagsabgeordneter, SPD)
Herr Thomas Kirchmann (Kreistagsabgeordneter, SPD)
Frau Stefanie Weigand (Kreistagsabgeordnete, Grüne)
Herr Karsten Könnecker (Kreistagsabgeordneter, CDU)
Herr Ingmar Müller (Vorstand Sparkasse Hildesheim Goslar Peine)

Interessenwahrung:

Die Interessenwahrung des Landkreises Peine ist durch die Besetzung des Aufsichtsrates gewährleistet. Der Landkreis Peine wurde im Berichtsjahr in der Gesellschafterversammlung von Herrn Landrat Einhaus vertreten.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die formulierten Aufgaben werden erfolgreich umgesetzt.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs:

Der Wirtschaftsprüfer attestiert der wito gmbh, dass sich die einzelnen Geschäftsbereiche bedingt durch die Corona-Pandemie weiterhin mäßig entwickeln. Die Ertragslage konnte durch die Gesellschafterzuschüsse zwar ausgeglichen gestaltet werden, allerdings wird die Gesellschaft auch zukünftig wirtschaftlich von den Zuschüssen der Gesellschafter abhängig sein. Ab 2022 ist davon auszugehen, dass diese nicht mehr



ausreichen, um den Aufwand zu decken. Grund sind insbesondere steigende Personalkosten, Ersatzinvestitionen und, teilweise inflationsbedingt, steigende Sachkosten.

Unklar ist, welche kurz- und mittelfristigen Folgen die temporäre Umnutzung der Gebläsehalle als Flüchtlingsunterkunft, die Energiekrise und weitere Kriegsfolgen auf das laufende Geschäft der Gebläsehalle zeigen werden.

Die Umsatzerlöse und betrieblichen Erträge waren in 2021 mit 1.530 TE nochmals niedriger als im Vorjahr mit 1.637 TE. Grund sind vor allem die Corona-bedingten Umsatzeinbrüche der Gebläsehalle. Diese wurden durch eine einmalige Zuschusserhöhung des Landkreises in Höhe von 60 TE aufgefangen.

Da gleichzeitig der Aufwand überproportional zum Umsatz/zu den Erträgen gesenkt werden konnte - insbesondere durch geringere Personalkosten als geplant (vor allem durch Kurzarbeit), Einsparungen bei den internationalen Partnerschaften, geringere Abschreibungen sowie durch Einsparungen bei sonstigen betrieblichen Aufwendungen - mussten nicht die kompletten Zuschüsse zur Deckung der Aufwendungen verwendet werden, 170 TE stehen künftigen Projekten zur Verfügung.

Bis zum Abschluss des sog. 5-Mio.-Programms des Landkreises Peine im Jahr 2021 hat die wito die sich hieraus ergebenden Mittel für kommunale Investitionsprojekte verwaltet. In 2021 wurden den Kommunen die verbliebenden 728 TE ausgezahlt, dass korrespondierende. Dies führte zu einer deutlich gesunkenen Bilanzsumme von 970 TE in 2021 gegenüber 1.460 TE in 2020.



Bilanzdaten

Bilanz zum 31.12.2021

Aktiva	31.12.2021	31.12.2020
	€	€
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	652,00	5.221,00
II. Sachanlagen	54.616,00	87.304,00
III. Finanzanlagen	0,00	25.000,00
 B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte	36.066,13	14.762,58
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	428.774,60	789.997,26
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	434.461,40	538.181,67
 C. Rechnungsabgrenzungsposten	15.476,44	0,00
	<u>970.046,57</u>	<u>1.460.466,51</u>
 Passiva	31.12.2021	31.12.2020
	€	€
A. Eigenkapital		
I. Stammkapital	25.000,00	25.000,00
II. Gewinnrücklagen	291.789,32	291.789,32
III. Gewinnvortrag	21.470,58	21.470,58
IV. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	0,00	0,00
 B. Rückstellungen	48.015,94	46.356,53
C. Verbindlichkeiten	574.270,73	1.075.850,08
D. Rechnungsabgrenzungsposten	9.500,00	0,00
	<u>970.046,57</u>	<u>1.460.466,51</u>



**Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 01.01. bis 31.12.2021**

	31.12.2021	31.12.2020
	€	€
1. Umsatzerlöse	498.724,42	590.836,85
2. Sonstige betriebliche Erträge	1.036.006,03	1.045.711,71
3. Materialaufwand	122.945,96	265.235,00
4. Personalaufwand	920.826,02	873.749,43
5. Abschreibungen	49.984,65	61.012,92
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	439.886,47	435.180,22
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	182,20	379,56
8. sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00
9. Ergebnis nach Steuern	1.269,55	1.750,55
10. Sonstige Steuern	1.269,55	1.750,55
11. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>



Lagebericht:

Allgemeines

Das Jahr 2021 war das 19. Geschäftsjahr der Wirtschafts- und Tourismusfördergesellschaft Landkreis Peine mbH (im Folgenden kurz wito). Auch 2021 wurde von der Corona-Krise und den sich daraus ergebenden Konsequenzen in allen Tätigkeitsbereichen bestimmt. Gesamt betrachtet wurden die Herausforderungen gut bewältigt, die wito gmbh entwickelte sich positiv.

Es fanden lediglich zwei Aufsichtsratssitzungen statt, im März und im Juli. Im Oktober 2021 gab es im Kreis Peine Kommunalwahlen sowie die Landratswahl. Einige der Bürgermeister und der Landrat, die in der wito im Aufsichtsrat vertreten waren, traten nicht erneut zur Wahl an, aber auch die politischen Mehrheitsverhältnisse änderten sich teilweise. Im Ergebnis führten die Wahlen dazu, dass in den Aufsichtsrat größtenteils neue Personen zu berufen waren. Aus terminlichen Gründen konnten diese Neuberufungen nicht mehr wie geplant im Dezember 2021 stattfinden, sondern erst im Februar 2022. Ende 2021 schied der Aufsichtsratsvertreter des Hauptsponsors Sparkasse HGP aus, er wurde durch seinen Nachfolger bei der Sparkasse HGP ersetzt.

Auch in 2021 arbeiteten die Mitarbeiter*Innen den größten Teil der Arbeitszeit im Homeoffice, Einschränkungen bezüglich der Arbeitsleistung und der Motivation des Teams konnten nicht festgestellt werden.

Wirtschaftsförderung

Im Bereich der Wirtschaftsförderung wurde die erfolgreiche Arbeit des vorangegangenen Jahres fortgesetzt. So wurde deutlich intensiver das Thema „Klimawandel“ gespielt. In Absprache mit der Klimaschutzagentur des Landkreises kümmert sich die wito um die Wirtschaft, die Klimaschutzagentur um die Bürger und die Kommunen. Erste Veranstaltungen - zum Teil in Kooperation mit der Klimaschutzagentur des Landkreises - wurden gemeinsam mit der Regionalen EnergieAgentur e.V., dessen Mitglied die wito in 2021 geworden sind, durchgeführt. Ergänzend werden Betriebe über die Kommunikationskanäle regelmäßig über relevante Entwicklungen informiert.

Auch in 2021 galt es, die sich laufend ändernden Corona-Verordnungen und rechtlichen Rahmenbedingungen in ein verständliches Deutsch zu „übersetzen“ und die Wirtschaft zeitnah zu informieren. Neben der von der wito etablierten Hotline wurden regelmäßig Newsletter verschickt, die Homepage auf tagesaktuellem Stand gehalten und die sozialen Medien bespielt. Intensiviert wurde auch die Zusammenarbeit mit dem vier Mal jährlich erscheinenden „Peiner Wirtschaftsspiegel“, dem Magazin der PAZ für die Wirtschaft des Peiner Landes. Hier stellt die wito die Co-Moderatorin bei der Präsentation des jeweils neuen Magazins und hat deutlich mehr redaktionelle Artikel als in der Vergangenheit.

Parallel zu der Etablierung der Kommunikationskanäle hat sich die wito weiter erfolgreich mit der Wirtschaft des Peiner Landes - insbesondere mit den Gewerbevereinen (bspw. der Kaufmann Gilde) in den Kommunen - aber auch mit dem Landkreis und dessen Töchtern vernetzt.



Beispielhaft sei die auf wito-Initiative neu gegründete Arbeitsgemeinschaft mit dem Jobcenter, der Arbeitsagentur, der BBG und anderen genannt, dessen Arbeitsschwerpunkt das Thema „Fachkräftemangel“ ist. In einem weiteren Projekt werden in Kooperation mit dem Jobcenter und der VHS ALG 11-Aufstocker gecoacht, mit dem Ziel, diese auf Dauer aus dem ALG II-Bezug zu bringen.

Dank der erfolgreichen Arbeit der Wirtschaftsförderung in den letzten beiden Jahren konnte die wito deutlich an Bedeutung und Image gewinnen. Auf dieser Basis werden die drei prägenden aktuellen und Zukunftsthemen Fachkräftemangel, Digitalisierung und Klimawandel weiterhin erfolgreich im Interesse der Peiner Wirtschaft bespielt werden können.

Gebälsehalle

Auch der Bereich „Gebälsehalle“ wurde weiterhin durch die Corona-Pandemie und ihren Folgen geprägt: Buchungen von unterhaltenden Veranstaltungsformaten, welche i.d.R. ca. 50% des Jahresertrages umfassen, blieben vollständig aus.

Vor

diesem Hintergrund wurde die Teilnahme am Kurzarbeits-Programm bis weit in die zweite Jahreshälfte verlängert. Durch die parallel mit der Agentur für Arbeit abgestimmte Wiedereinstellung von 450 € Kräften konnten vormals outgesourcete Reinigungsleistungen größtenteils hausintern erbracht und so Kosten gesenkt werden.

Die weiterhin herrschende Vorsicht bei Veranstaltern in Verbindung mit sich regelmäßig und kurzfristig ändernden Verordnungen sorgten für Planungsunsicherheit, woraus ein stark reduziertes Buchungsverhalten resultierte. Dies hatte zur Folge, dass bis weit in die zweite Jahreshälfte hinein ertragsrelevante Buchungen größtenteils ausblieben - deutlich unter 20 % des Jahresertrages entfielen auf die ersten sechs Monate.

Finanziell äußerst positiv gestaltete sich das zweite Halbjahr - insbesondere durch die Buchung vom VW-Konzern, dessen Nutzung sich mit ca. 40% des Jahresergebnisses rentierte, aber auch zwei Veranstaltungen von Neukunden, die bereits häufiger angefragt hatten.

Weiterhin positiv wirkten sich die Erstellung eines weiteren Social-Media Accounts zur Ansprache von Kunden im Bereich Film-/Foto aus, für die auch gesonderte Angebote und Kundeninformationen erstellt wurden - knapp 10% der erwirtschafteten Erträge entfielen auf diesen Bereich.

Unter Einbeziehung der VW-Veranstaltung, welche auch in diesem Segment eingeordnet werden kann, beträgt der Anteil von Medienproduktionen am Gesamtertrag rund 50%.

Als nicht geschäftsrelevant haben sich weder Sitzungen von lokalen Vereinen und Verbänden noch Streaming Events erwiesen: Für beide Formate wurden gesonderte Angebote erstellt und Maßnahmen preislicher und vertrieblicher Art ein- geleitet. Vor diesem Hintergrund werden vorerst keine weiteren Maßnahmen in diesen Geschäftsbe- reichen erfolgen.



Tourismus

Im Tourismus- und Freizeitbereich wurde 2021 die attraktive Freizeitgestaltung und Naherholung für das Peiner Land weiter ausgebaut.

Die Corona-Krise hat den Freizeitbereich stark betroffen, da vielzählige Angebote nicht mehr möglich waren und zum Teil die Krise nicht überstanden haben. Die wito hat in dieser Zeit die Anbieter von Freizeit- und Übernachtungsangeboten unterstützt, zum Beispiel durch Informationen zu Förderungen, aktuellen gesetzlichen Bestimmungen und natürlich die Vermarktung der aktuellen Angebote.

Im Weiteren hat die wito neue oder noch unbekannte Anbieter und Angebote akquiriert und in die Vermarktung aufgenommen.

Die wito hat vorbereitet, die verschiedenen Leistungsanbieter im Landkreis Peine für den Bereich Digitalisierung zu aktivieren, um sie mit in die Zukunft zu nehmen u.a. durch den Niedersachsen Hub.

Die wito hat die Kampagne STADTRADELN erstmalig im Landkreis Peine organisiert, begleitet und vermarktet. Hierbei wurden die Kommunen, Radler und Programmanbieter durch unterschiedliche Formate mobilisiert und eine erfolgreiche Kampagne erzielt. Das bestehende Netzwerk der wito konnte hierbei noch ausgebaut werden. Gemeinsam wurde am Ziel Klimaschutz und Gesundheitsprävention gearbeitet. Das Thema Radfahren wird hierbei stetig ausgestaltet und die damit verbundenen Angebote (Radler-Pass, Tourenangebote, etc.) und Radrouten vermarktet. Innerhalb von LEADER wurde eine neue Freizeit-Radkarte erstellt, die wito hat dabei die Koordination und inhaltliche Ausarbeitung übernommen. Die beschilderten Radrouten wurden instandgehalten und die Netzwerkarbeit zum Thema Rad (RGB, EWH) ausgebaut.

Neben dem Internetportal, den Social-Media Kanälen (Facebook, Instagram) und Flyern wurden die Bevölkerung und überregionale Interessengruppen mit umfangreicher PR, TV-Berichten (NDR), bei verschiedenen Veranstaltungen und mit Gewinnspielen über das vielfältige Angebot des Peiner Landes informiert (Vernetzung mit Partnern). Im Social Media-Bereich hat sich die Anzahl der Reaktionen (Likes, Kommentare, geteilte Inhalte etc.) im Vergleich zum Vorjahr weiterhin deutlich erhöht.

Die Aktualisierung und Modernisierung von Produkten und die strategische Ausrichtung auf Zukunftsthemen wird sowohl intern als auch in der Arbeit mit verschiedenen Netzwerken geleistet und zur Überprüfung der eigenen Themenschwerpunkte genutzt.

Internationale Partnerschaften

Die Partnerschaft des Landkreises Peine mit der chinesischen Großstadt Nanchang einschließlich Schulaustausch pausierte Corona-bedingt. Offizielle Delegationsreisen konnten nicht stattfinden. Beide Partner pflegten einen regelmäßigen Austausch über die Pandemielage im Landkreis Peine und Nanchang.

Aus Anlass des 30-jährigen Jubiläums mit Heinola war für Juni 2020 der Besuch einer 8-köpfigen Delegation aus der finnischen Partnerstadt des Landkreises geplant, der



aufgrund der Pandemie auch 2021 verschoben wurde. Der Austausch des Ratsgymnasiums Peine mit dem Gymnasium in Heinola konnte Coronabedingt ebenfalls nicht wie gewohnt stattfinden.

Die Sitzungen der gemeinnützigen Fördervereine, „Schulpartnerschaften Nanchang e.V.“ und „Verein zur Förderung der Partnerschaft mit Heinola / Finnland e.V.“ wurden regulär durchgeführt.

Eixer See

Auch im zweiten Corona-Jahr 2021 wurde der Eixer See deutlich stärker von der Bevölkerung genutzt als in den Vor-Corona-Jahren, er wurde - auch dank des erfolgreichen Pächters des gastronomischen Betriebes - als Naherholungsgebiet von der Peiner Bevölkerung nachhaltig „wiederentdeckt“. Dementsprechend ist auch der Betreuungs- und finanzielle Aufwand der wito erheblich gestiegen (Wachdienste, Vermüllung, Baumschnitt, Eichenprozessionsspinner, Rattenbefall, etc.). Vor diesem Hintergrund wurden die reservierten Finanzmittel beim Landkreis für den Eixer See um ZOTE ab 2022 aufgestockt.

Zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichtes zeichnen sich weitere Kostensteigerungen durch teilweise massive Preissteigerungen bei den Dienstleistern und Lieferanten ab.

Trotz der Coronabedingten Restriktionen konnte der Pächter den Betrieb der Gaststätte auch in 2021 rechtskonform und nachhaltig aufrecht halten. Die Zuständigkeit für die Gebäude am Eixer See und deren Verpachtung wurde zum Jahresende 2021 dauerhaft an den Immobilienwirtschaftsbetrieb (IWB) des Landkreises übergeben. Die Verantwortung für den Bau der mit LEADER-Mitteln zu bauenden Terrasse hat in 2021 ebenfalls der IWB übernommen.

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die wito gmbh ist ein rein kommunales Unternehmen. Die Gesellschafter sind der Landkreis Peine, die Stadt Peine sowie die Gemeinden des Landkreises. Die Finanzierung der Aufgaben und Projekte erfolgt über Zuschüsse der Gesellschafter, Sponsorenbeiträgen und Einnahmen aus wirtschaftlicher Geschäftstätigkeit.

Wesentliche Geschäftsfelder bilden die Wirtschaftsförderung, die Strukturentwicklung, die Förderung des Tourismus, der Naherholung und eines „lebenswerten Landkreises“, mit Einschränkungen das Standortmarketing sowie die Vermarktung und der Betrieb der Eventlocation „Gebälsehalle“. Weitere Aufgaben sind die Verwaltung und der Betrieb des Naherholungsgebiets Eixer See, die Betreuung und Umsetzung der Partnerschaften des Landkreises Peine, Ausschnitte aus den Bereichen Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik sowie die regionale und überregionale Interessenvertretung des Landkreises.

Im Rahmen dieser Aufgaben geht die wito gmbh Kooperationen mit regionalen, überregionalen und internationalen Partnern ein bzw. arbeitet in Vereinen und Verbänden sowie Arbeitsgruppen mit. Alle Aufgaben und Aktivitäten zielen darauf ab, die positive Entwicklung des Landkreises Peine in den unterschiedlichsten Themenfeldern voran zu treiben.



Die Gesellschaft verfügt über einen Aufsichtsrat, in dem Vertreter des Landkreises, der Kommunen und der Politik vertreten sind. Die operative Leitung erfolgt über einen Geschäftsführer.

Die wito gmbh agiert unter den gegebenen Rahmenbedingungen erfolgreich. Sie ist auf Grund ihrer speziellen Ausrichtung und Aufgabenstellungen nicht gewinnorientiert ausgerichtet, das finanzielle Ziel ist ein ausgeglichenes Ergebnis. Der Großteil der Kosten ist durch Zuschüsse und Sponsorengelder gedeckt, lediglich im Bereich der Gebläsehalle ist ein Deckungsbeitrag im niedrigen sechsstelligen Bereich zur Kostendeckung des Betriebs der Halle zu erzielen.

Wirtschaftsbericht

Ertragslage

Zuschüsse und die Einnahmen aus Sponsorengeldern bilden, neben den Umsätzen der Gebläsehalle, die finanzielle Basis der wito gmbh. Die Umsatzerlöse und betrieblichen Erträge waren in 2021 mit 1.530 TE nochmals niedriger als im Vorjahr mit 1.637 TE. Grund sind vor allem die Corona-bedingten Umsatzeinbrüche der Gebläsehalle. Diese wurden durch eine einmalige Zuschusserhöhung des Landkreises in Höhe von 60 TE aufgefangen.

Da gleichzeitig der Aufwand überproportional zum Umsatz/zu den Erträgen gesenkt werden konnte - insbesondere durch geringere Personalkosten als geplant (vor allem durch Kurzarbeit), Einsparungen bei den internationalen Partnerschaften, geringere Abschreibungen sowie durch Einsparungen bei sonstigen betrieblichen Aufwendungen - mussten nicht die kompletten Zuschüsse zur Deckung der Aufwendungen verwendet werden, 170 TE stehen künftigen Projekten zur Verfügung.

Vor diesem Hintergrund ist die Ertragslage in 2021 als sehr gut zu bezeichnen.

Finanzlage

Der Cashflow aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit ist mit -465 TE in 2021 negativ (Vorjahr: -1.605 TE).

Das Jahresergebnis fällt 2021 ausgeglichen aus, Entnahmen aus der der Kapitalrücklage sind nicht zu tätigen.

Da in den letzten Jahren die Zuschüsse nicht komplett verausgabt wurden, konnten Reserven aufgebaut werden. Daher ist die Liquiditätslage aktuell sehr gut.

Vermögenslage

Die Vermögenswerte der wito gmbh basieren in erster Linie auf dem Equipment und der Technik der Gebläsehalle, der IT- und Büroinfrastruktur eines typischen Dienstleistungsunternehmens sowie Equipment zur Erstellung von Videos.



Bei dem unter „11.2 sonstige Vermögensgegenstände“ ausgewiesenen Konto 1291 handelt es sich um eine risikolose, kurzfristig liquidierbare Finanzanlage bei der Allianz Versicherung. Diese wurde auf Empfehlung der Hausbank getätigt, um sonst anfallende Negativzinsen zu vermeiden.

Einem großen Teil des Umlaufvermögens bzw. dem Guthaben bei Kreditinstituten und der Finanzanlage bei der Allianz stehen Verbindlichkeiten gegenüber den kommunalen Gesellschaftern entgegen. Diese Mittel sind für Dienstleistungen im Rahmen der Wirtschafts- und Tourismusförderung gebunden, die die wito gemäß Aufgabenstellung für die Gesellschafter zu erbringen hat.

Bis zum Abschluss des Projektes in 2021 hat die wito Mittel für kommunale Investitionsprojekte verwaltet. In 2021 wurden den Kommunen die verbliebenden 728 TE ausbezahlt, das korrespondierende Verbindlichkeitskonto (Verb. Ggü. GmbH-Gesellschaftern - RLZ kleiner 1 Jahr) steht zum Jahresende daher auf null und das Umlaufvermögen sank. Dies führte zu einer deutlich gesunkenen Bilanzsumme von 970 TE in 2021 gegenüber 1.460 TE in 2020.

Das Eigenkapital bleibt mit 338 TE unverändert hoch.

Gesamtaussage zur Lage des Unternehmens

Insgesamt betrachtet ist die Lage des Unternehmens als gut zu bezeichnen, die finanzielle Lage ist bis einschließlich 2022 gesichert. Allerdings werden die Zuschüsse nicht mehr ausreichen, die Reserven werden aller Voraussicht nach angegriffen werden müssen.

Prognose-, Risiko- und Chancenbericht

Risiken und Chancen

Falschberatungen im Bereich Fördermittel- und Unternehmensberatung sowie fehlerhaftes Handeln des Personals u.a. im Bereich der Geschäftstätigkeit rund um die Gebläsehalle könnten grundsätzlich zu Regressforderungen führen.

Internes Risikomanagement, regelmäßige Schulungen und Weiterbildungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Zusammenarbeit mit Fachfirmen, die allgemeinen Geschäftsbedingungen, entsprechende Verträge mit unseren Kunden sowie Versicherungen inkl. einer Eigenschadenversicherung (die schon mehrfach in Anspruch genommen wurde) reduzieren die potentiellen Risiken auf ein übliches Maß.

Ein wesentliches wirtschaftliches Risiko resultiert aus dem Betrieb der Gebläsehalle. Deren Umsätze entwickeln sich erfahrungsgemäß in Abhängigkeit von der konjunkturellen Lage bzw. unplanbaren Ereignissen und sind somit für die wito gmbh kaum beeinflussbar.

So wird zum Zeitpunkt der Berichterstellung die Gebläsehalle seit Mai 2022 als Flüchtlingsunterkunft für ukrainische Flüchtlinge genutzt. Es ist offen, wie lange diese Situation anhalten wird, da sie von der Entwicklung bzw. vom Kriegsverlauf in der Ukraine abhängt. Die der wito entstehenden Kosten und entgangene Deckungsbeiträge werden vom Landkreis getragen. Nach der Umnutzung wird es mehrere Monate Vorlauf



brauchen, bis sich die Halle wieder am Markt etabliert und Umsätze wie vor der Umnutzung erwirtschaftet werden können. Erschwerend könnte für den Hallenbetrieb die Energiekrise und die absehbare mangelhafte Gasversorgung Deutschlands 2022/2023 werden. Es ist davon auszugehen, dass die Halle nicht mehr oder mit sehr teurem Gas versorgt wird. Ein Veranstaltungsbetrieb in der kalten Jahreszeit wäre dadurch kaum noch möglich. Allerdings ist davon auszugehen, dass der wito fehlende Mittel auch in Zukunft vom Landkreis erstattet werden.

Bisher wird der Betrieb der Halle, dessen Eigentümerin die Gemeinde Ilsede ist, vom Landkreis auf Basis eines „Zukunftsvertrages“ mit der Gemeinde grundfinanziert. Dieser Zukunftsvertrag läuft aus und ist neu zu verhandeln. Wer und in welcher Höhe die Grundfinanzierung der Gebläsehalle auf Dauer sicherstellt, ist derzeit völlig offen. Im für die wito schlechtesten Fall wird die Halle einer anderen Nutzung zugeführt oder es wird keine Einigung bezüglich der Grundfinanzierung erzielt.

Des Weiteren könnten Bauerhaltungs-, Energie- und andere Betriebskosten der denkmalgeschützten Halle Dimensionen annehmen, die weder durch Einsparungen noch durch Erhöhung der Einnahmen durch Geschäfte mit Dritten ohne weiteres ausgeglichen werden können. Aktuell ist insbesondere die für den Betrieb der Halle notwendige Hebebühne austauschbedürftig, die Kosten werden jedoch größtenteils von der Gemeinde Ilsede übernommen. Die nächste Investition im 6-stelligen Bereich betrifft die Verdunkelung der Hallendachfenster, hier sind die Verdunkelungsfolien auszutauschen oder bereits verdunkelte Fenster einzusetzen. Die Finanzierung dieses Projektes ist noch offen. Weitere, notwendige Ersatzinvestitionen in die Heizung und in andere, kleinere Maßnahmen sind absehbar.

Augenmerk wird insbesondere auf die Zahlungsfähigkeit bei Kunden und Dienstleistern aus dem Bereich der Gebläsehalle gelegt. Ein striktes Forderungsmanagement kommt konsequent zum Einsatz. Die Zusammenarbeit mit einem Inkasso-Unternehmen ergänzt die internen Maßnahmen.

Regelmäßig diskutieren die Finanzbehörden eine Umsatzbesteuerung von Zuschüssen öffentlicher Aufgabenträger an ihre Töchter. Sollte es hier zu einer Umsatzbesteuerung kommen und die Zuschüsse des Landkreises mit 19% MwSt. belegt werden, wäre eine Unterfinanzierung der wito gmbh im 6-stelligen Bereich die Folge.

Die Höhe des Sponsorings der Sparkasse HGP in Höhe von jährlich 131 TE netto wird derzeit nicht diskutiert, jedoch ist nicht auszuschließen, dass vor dem Hintergrund der angespannten finanziellen Lage des Bankensektors in den kommenden Jahren neu verhandelt wird.

Von der Finanzbehörde wurde bereits 2019 angekündigt, dass die wito gmbh nach §130 und §30 OWiG wegen der Aufsichtspflichtverletzung im Rahmen des Veruntreuungsfalles der Buchhalterin von der Finanzbehörde mit einer Geldbuße in im mittleren 5-stelligen Bereich belegt werden wird. Das ist bislang nicht erfolgt. Wann und ob tatsächlich die Geldbuße verhängt wird, ist aktuell nicht absehbar, finanzielle Reserven stehen jedoch ausreichend zur Verfügung.

Die wito gmbh hält dank des Aufbaus von Reserven nach aktuellem Stand ausreichend liquide Mittel vor, die Notwendigkeit einer Kreditaufnahme zwecks Finanzierung von Investitionen ist derzeit nicht gegeben.



Wie eingangs dargestellt, waren wegen der Kommunalwahlen im Herbst 2021 neue Personen für die Gesellschafterversammlung und den Aufsichtsrat zu benennen. Die erste Gesellschafterversammlung mit den neuen Vertretern der Gesellschafter und der Berufung des neuen Aufsichtsrates fand im Februar 2022 statt. Wie sich die Neubesetzungen auf die strategische Ausrichtung der wito und die einzelnen Tätigkeitsbereiche perspektivisch auswirkt, ist noch offen. Bislang zeichnen sich keine kritischen Diskussionen ab, eher im Gegenteil. Die wito kooperiert verstärkt bei wichtigen Themen mit dem Landkreis und auch die Kommunen nehmen die Dienstleistungen der wito verstärkt in Anspruch. Für 2023 zeichnet sich eine Teilnahme des Landkreises an der Expo Real ab. Eine erfolgreiche Messteilnahme setzt voraus, dass eine passende Landkreisstrategie erarbeitet wird. Diese Strategie soll auf Wunsch der Kommunen unter der Federführung der wito entwickelt werden. Es ergeben sich somit weitere Chancen für die wito sich zu etablieren und eine wichtige Rolle im Peiner Land einzunehmen.

Prognose

Ab 2022 ist die wito unterfinanziert und wird seine relativ hohen finanziellen Reserven angreifen müssen. Vor dem Hintergrund der hohen Inflation, deutlich steigender (fixer) Sachkosten und automatisch steigender Gehälter (da die wito sich am TVöD orientiert), die nur teilweise vom Landkreis kompensiert werden, wird sich die Unterfinanzierung in den kommenden Jahren verstärken. Wegen der angespannten finanziellen Situation in den Kommunen und dem Landkreis ist mit einer kurzfristigen Zuschusserhöhung nicht zu rechnen. Einsparpotentiale sind nur in geringem Ausmaß vorhanden, eine Personalreduzierung müsste mit einem Streichen von Aufgaben der wito einhergehen.

Die Ausrichtung, in möglichst allen Geschäftsfeldern Deckungsbeiträge zur Eigenfinanzierung zu erzielen, wird weiterverfolgt werden, stößt aber an natürliche und politisch-strukturelle Grenzen.

Der Geschäftsbereich „Gebälsehalle“ hatte sich in den Jahren vor Corona unter Deckungsbeitragsgesichtspunkten positiv entwickelt und auf einem guten Niveau stabilisiert. Nach Einbrüchen in den Corona-Jahren 2020 und 2021, hätte die Gebälsehalle in 2022 einen Rekord-Deckungsbeitrag erzielt, wenn sie nicht ab Mai als Flüchtlingsunterkunft genutzt werden würde. Von anderen Locations ist bekannt, dass sich die Auftragssituation außerordentlich gut entwickelt, das heißt, der Markt entwickelt sich günstig. Ob die wito an der Entwicklung partizipieren kann, ist jedoch von Entwicklungen abhängig, die von der wito nicht zu beeinflussen sind. Niemand kann aktuell vorhersagen, wie sich der Krieg in der Ukraine und die Energieversorgungssituation entwickelt. Im ungünstigsten Szenario entwickelt sich kriegsbedingt eine Hungerkatastrophe in Afrika und Nahen Osten mit der Folge neuer Flüchtlingsströme. Mangels alternativer Erstunterbringungsmöglichkeiten im Landkreis besteht permanent die Gefahr, dass die Halle erneut als Unterkunft genutzt wird. Hier eine Prognose abzugeben ist nicht möglich.

Wie bereits in den Vorjahren gerät die wito auch bei der Baubetreuung der Halle bei notwendigen Bauhaltungsmaßnahmen an fachliche und zeitliche Grenzen. Erschwerend kommt die hohe Auslastung potentieller externer Partner, insbesondere von Architekten, hinzu, die schlichtweg kein Interesse an einer Baubetreuung haben. Hier ist weiterhin an einer gemeinsamen Lösung mit der Gemeinde zu arbeiten.



Die Aufgabenstellungen der wito gmbh sind eng mit dem Aufsichtsrat und somit mit der Politik des Landkreises abgestimmt. Diese Aufgaben sind mit dem geplanten Mitarbeiterstamm und dessen Qualifikationen aktuell gut zu erfüllen, die zeitlichen Ressourcen sind jedoch ausgelastet. Die Übernahme neuer, zeitlich anspruchsvoller Aufgaben würde zwangsweise entweder mit der Abgabe anderer Aufgaben einhergehen oder das Personal müsste aufgestockt werden. Dies betrifft insbesondere den Bereich „Tourismus“ (hier kommt erschwerend hinzu, dass der Weggang der leistungsstarken Auszubildenden nicht adäquat kompensiert werden konnte) aber auch in der allgemeinen Verwaltung zeichnen sich Engpässe ab, da der Eixer See sehr betreuungsintensiv ist und auch hier die leistungsstarke Auszubildende in 2023 ihre Ausbildung abschließt. Für sie einen passenden Ersatz zu finden, wird schwierig werden.

Ab Ende 2021 wird die Gaststätte am Eixer See der Verantwortung des Immobilienwirtschaftsbetriebes (IWB) des Landkreises übergeben. Pachtzahlungen werden künftig dem IWB zufließen und stehen somit der wito nicht mehr zur Verfügung.

Gesamt betrachtet geht die Geschäftsführung aber davon aus, dass sich für die finanziellen Herausforderungen der kommenden Jahre auf Basis der guten Arbeit der wito für das Peiner Land Lösungen finden werden.



2.4 Avacon AG

www.avacon.de

avacon

Stammkapital: 357.615.620 €

Beteiligungsverhältnisse: 0,90 % Landkreis Peine

Handelsregister: Amtsgericht Braunschweig, HRB 100769

Gründungsjahr: 1999

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung, Förderung, Gewinnung, Speicherung, Fortleitung und Verteilung von elektrischer Energie, Gas, Wasserstoff, Wasser, Dampf und Wärme, zur Abwasserbehandlung und -entsorgung sowie von Entsorgungsanlagen, der An- und Verkauf von elektrischer Energie, Gas, Wasserstoff und Wasser sowie Dampf und Wärme, die Betätigung auf dem Gebiet der Informationsverarbeitung und der Telekommunikation, die Erbringung von Dienstleistungen aller Art in den vorgenannten und in damit zusammenhängenden Geschäftsfeldern, die Vornahme aller sonstigen Geschäfte, die mit der Betätigung in den vorgenannten Geschäftsfeldern zusammenhängen oder geeignet sind, diese zu fördern.

Aktien des Landkreises Peine:

Der Landkreis Peine hält 3.205.423 € am Stammkapital. Dies entspricht 1.297.742 Stückaktien. Der Wert beträgt 19.050.852,56 €. Er beruht auf dem zuletzt für Aktienverkäufe zugrunde gelegten Wert von 14,68 € je Aktie.

Gesellschafter:

Private Gesellschafter der Avacon AG sind die E.ON Beteiligungen GmbH (40 %) und die Bayernwerk AG (21,5 %).

Der Anteil der kommunalen Aktionäre beträgt 38,5 %.

Besetzung der Organe (im Berichtszeitraum):

Der Vorstand besteht aus Herrn Marten Bunnemann (Vorsitzender und Finanzvorstand), Frau Julia Kranenberg (Personalvorständin und Arbeitsdirektorin) und Herrn Dr. Stephan Tenge (Technikvorstand).



Der Aufsichtsrat setzt sich wie folgt zusammen:

Dr. Thomas König

Aufsichtsratsvorsitzender
Mitglied des Vorstands der E.ON SE
Chief Operating Officer – Networks

Jan Rücker

stv. Aufsichtsratsvorsitzender
Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats /
Vorsitzender des Betriebsrats Hannover Süd
Avacon Netz GmbH

Ulrich Mäde

stv. Aufsichtsratsvorsitzender
ehemaliger Oberbürgermeister der
Hansestadt Lüneburg

Cord Bockhop

Landrat des Landkreises Diepholz

Uwe Bornholdt

stv. Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats /
Vorsitzender des Betriebsrats Lüneburg
Avacon Netz GmbH

Cesareo Fernandez Fernandez

Mitglied des Betriebsrats Salzgitter
Avacon Netz GmbH

Katrin Görnitz

Vorsitzende des Betriebsrats Helmstedt
Avacon Netz GmbH

Dirk Heidmann

stv. Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats /
Vorsitzender des Betriebsrats Genthin/Barleben
Avacon Netz GmbH

Kathrin Kalkstein

Mitglied des Betriebsrats Salzwedel/Gardelegen
Avacon Netz GmbH

Dr. Ingo Luge

Aufsichtsrat und Unternehmensberater

Dr. Alexander Montebaur

Vorsitzender des Vorstands der E.DIS AG

Sigrid Nagl

Mitglied des Vorstands der
envia Mitteldeutsche Energie AG

Dr. Jörg Nigge

Oberbürgermeister der Stadt Celle

Dr. Theresa Noll

(seit 8. Juli 2021)
Head of Innovation Management Westnetz GmbH

Anike Ostrowski

Geschäftsführerin der
KBA Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH
an der Avacon AG

Dirk Reimers

Gewerkschaftssekretär der
ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
Bezirk Hannover-Heide-Weser

Christina Scheidt

Gewerkschaftssekretärin der IG BCE –
Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie
Bezirk Halle-Magdeburg

Christiana Steinbrügge

Landrätin des Landkreises Wolfenbüttel

Rolf Sunderbrink

Abteilungsleiter Unternehmenscontrolling
Avacon AG

Annette Walter

(bis 30. April 2021)
ehemalige Angestellte E.ON SE

Melina Wulf

Gewerkschaftssekretärin der
ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
Bezirk Region Süd-Ost-Niedersachsen

Interessenwahrung:

Der Landkreis Peine wurde im Berichtsjahr 2021 in der Hauptversammlung und im Beirat von Herrn Landrat Einhaus vertreten. Am 17.11.2021 hat der Kreistag Herrn Landrat Henning Heiß und Herrn Kreistagsabgeordneten Jan Wouter van Leeuwen in die Hauptversammlung berufen.



Beteiligungen des Unternehmens:

In Summe zählt das Beteiligungsportfolio der Avacon 55 Beteiligungen.

Die Übersicht zeigt die konsolidierten acht Mehrheitsbeteiligungen.

Unternehmen	Geschäftsfelder	Beteiligung
Avacon Beteiligungen GmbH*, Helmstedt	Strom, Gas, Wasser, Wärme, Abwasser, Telekommunikation	100 %
Avacon Connect GmbH, Laatzen	Telekommunikation	100 %
Avacon Natur GmbH, Sarstedt	Wärme- und Kälteversorgung, Stromerzeugung und Contracting	100 %
Avacon Netz GmbH, Helmstedt	Netzgeschäft Strom und Gas, Infrastrukturdienstleistungen	100 %
LandE GmbH**, Wolfsburg	Strom, Gas, Wasser, Wärme	69,57 %
Purena GmbH, Wolfenbüttel	Wasser, Abwasser	94,06 %
SVO Holding GmbH***, Celle	Strom, Gas, Wasser, Wärme	50,10 %
WEVG Salzgitter GmbH & Co. KG, Salzgitter	Strom, Gas, Wasser, Wärme	50,22 %

* hält Beteiligung an der Städtische Werke Magdeburg GmbH & Co. KG (26,67 %)

** hält Mehrheitsbeteiligung an LSW Holding GmbH & Co. KG (57 %)

*** hält Mehrheitsbeteiligungen an Celle-Uelzen Netz GmbH (94,90 %) und SVO Vertrieb GmbH (100 %) und der SVO Access GmbH (100 %)

Der Schwerpunkt des Beteiligungsportfolios liegt in den Kerngeschäftsfeldern Strom, Gas, Wärme, Wasser und Telekommunikation. Über die acht konsolidierten Mehrheitsbeteiligungen hinaus war Avacon zum Bilanzstichtag an 11 kommunalen und regionalen Energieversorgern sowie an 17 Netzkooperationsgesellschaften beteiligt.

Während Avacon bei den Netzkooperationen grundsätzlich die gesellschaftsrechtliche Beteiligung hält, werden die Strom- bzw. Gasnetze von der Tochtergesellschaft Avacon Netz GmbH als Netzbetreiber langfristig gepachtet.

Weiterhin hält Avacon Anteile an der e.kundenservice Netz GmbH (Servicedienstleister) sowie an der GasLINE Telekommunikationsnetzgesellschaft deutscher Gasversorgungsunternehmen mbH & Co. KG und der FEVA Infrastrukturgesellschaft mbH.

Die übrigen Beteiligungen umfassen 16 Gesellschaften. Hierunter fallen Unternehmen, die energie- nahe Dienstleistungen erbringen (z. B. in dem Bereich Klimaschutz).

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erledigung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens wird seit Jahren hinlänglich und in unveränderter Weise verfolgt. Der Unternehmenszweck rechtfertigt die wirtschaftliche Betätigung des Landkreises Peine, die nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu seiner Leistungsfähigkeit und zum voraussichtlichen Bedarf steht.



Grundzüge des Geschäftsverlaufs:

Ertragslage:

Die Ertragslage stellt sich für das Jahr 2021 wie folgt dar:

in Mio. €	2021	2020	Veränderung
Umsatzerlöse	12,1	16,0	-3,9
Sonstige Erträge	2,5	9,4	-6,9
Materialaufwand	0,5	0,2	0,3
Personalaufwand	6,5	10,6	-4,1
Sonstige betriebliche Aufwendungen	6,3	7,1	-0,8
Finanzergebnis	120,4	153,6	-33,2
	121,7	161,1	-39,4
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	15,7	47,9	-32,2
Ergebnis nach Steuern / Jahresüberschuss	106,0	113,2	-7,2

Die Umsatzerlöse sanken im Vergleich zum Vorjahr um 3,9 Mio. € auf 12,1 Mio. € im Wesentlichen aufgrund reduzierter Dienstleistungen.

Die sonstigen Erträge gingen um 6,9 Mio. € auf 2,5 Mio. € zurück. Die Verringerung beruht im Wesentlichen auf gesunkenen Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen (-4,7 Mio. €).

Der Materialaufwand wuchs um 0,3 Mio. € auf 0,5 Mio. € in Folge gestiegener Bezugskosten für den Webshop.

Der Personalaufwand verminderte sich um 4,1 Mio. € auf 6,5 Mio. €. Im Wesentlichen lässt sich der Rückgang zurückführen auf Mitarbeiterübertragungen von Avacon auf andere Gesellschaften der Avacon-Gruppe. Hieraus resultierten zum einen niedrigere Aufwendungen für Löhne und Gehälter (-3,3 Mio. €) sowie geringere Aufwendungen für Soziale Abgaben (-0,4 Mio. €). Der ebenfalls mit den Mitarbeiterübertragungen im Zusammenhang stehende Rückgang der Anzahl von Anwartschaften im Berichtsjahr führte darüber hinaus zu einer Verminderung der Aufwendungen für Altersversorgung (-0,3 Mio. €).

Ebenso sanken die sonstigen betrieblichen Aufwendungen um 0,8 Mio. € auf 6,3 Mio. €. Die Minderung resultierte insbesondere aus dem Wegfall eines Einmaleffektes des Vorjahres, der die Ausbuchung des Darlehens an die b.ventus GmbH aufgrund von Insolvenzeröffnung umfasste (-0,6 Mio. €). Zudem sanken die Aufwendungen aus Dienstleistungsvereinbarungen (-0,5 Mio. €). Gegenläufig stieg der Aufwand zur Förderung von Innovations-, Forschungs- und Entwicklungsleistungen (+0,2 Mio. €).

Das Finanzergebnis teilt sich wie folgt auf:



in Mio. €	2021	2020	Veränderung
Beteiligungsergebnis	118,3	156,3	-38,0
davon Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	75,1	120,9	-45,8
davon Erträge aus anderen Beteiligungen	43,2	35,4	7,8
Zinsergebnis	2,1	-2,7	4,8
Finanzergebnis	120,4	153,6	-33,2

Das Finanzergebnis, bestehend aus dem Beteiligungs- und Zinsergebnis, ging um insgesamt 33,2 Mio. € auf 120,4 Mio. € zurück.

Der Rückgang des Beteiligungsergebnisses um 38,0 Mio. € gegenüber dem Vorjahr auf 118,3 Mio. € wird größtenteils durch die gesunkene Gewinnabführung der Avacon Netz GmbH (-45,7 Mio. €) begründet. Der Ergebnisbeitrag aus den anderen Beteiligungen lag bei 43,2 Mio. € und damit um 7,8 Mio. € über Vorjahresniveau. Begründet wird der Anstieg im Wesentlichen mit der Ausschüttung einer Sonderdividende der LandE GmbH, dessen Anteil für Avacon bei 7,0 Mio. € lag.

Das Zinsergebnis erhöhte sich um 4,8 Mio. € auf 2,1 Mio. €. Der Anwuchs wurde hauptsächlich hervorgerufen durch gestiegene Erträge aus der Marktpreisbewertung und höhere Ausschüttungen aus den im Rahmen des CTA erfolgten Fondsanlagen (+2,2 Mio. €). Zudem sanken zum einen die Zinsaufwendungen aus Steuern (+1,2 Mio. €) und zum anderen erhöhten sich die Zinserträge aufgrund der Auflösung der Rückstellung für Nachforderungszinsen aus der Betriebsprüfung (+1,1 Mio. €). Ebenso führten gesunkene Aufwendungen aus der Aufzinsung von Pensionsrückstellungen (+0,4 Mio. €) zu einer Erhöhung des Zinsergebnisses.

Insgesamt erzielte Avacon nach Abzug der Steuern in Höhe von 15,7 Mio. € einen Jahresüberschuss in Höhe von 106,0 Mio. €.

Die Minderung der Steuerbelastung um 32,2 Mio. € auf 15,7 Mio. € resultiert im Wesentlichen aus der geringeren steuerlichen Bemessungsgrundlage der Avacon Netz GmbH (-32,0 Mio. €). Die Minderung der steuerlichen Bemessungsgrundlage des Berichtsjahres der Avacon Netz GmbH begründet sich überwiegend mit dem geringeren Jahresergebnis vor Steuern der Avacon Netz GmbH sowie durch die steuerlich abweichende Bewertung der CTA-Fondsanlagen.

Finanzlage

Zum Bilanzstichtag befand sich Avacon in einer kurzfristigen Geldaufnahme bei der E.ON SE in Höhe von 419,6 Mio. € (Vorjahr 117,3 Mio. €). Der Anstieg lässt sich im Wesentlichen begründen mit einem höheren Finanzmittelbedarf der Avacon Netz GmbH. Die kurzfristigen Geldanlagen/-aufnahmen im Rahmen des E.ON-Konzern Cash-Poolings erfolgten zu marktüblichen Konditionen. Es besteht bei der E.ON SE eine hinreichende Kreditlinie mit einem Volumen von 470 Mio. €.



Der Vorschlag an die Hauptversammlung sieht vor, aus dem Bilanzgewinn von 134,9 Mio. € auf Basis des dividendenberechtigten Kapitals zum 31. Dezember 2021 einen Betrag von 130,9 Mio. € (0,91 € je dividendenberechtigte Aktie) auszuschütten. Der verbleibende Betrag in Höhe von 4,0 Mio. € ist auf neue Rechnung vorzutragen.

Investitionen und Finanzierung

Die Investitionen in Finanzanlagen betragen 151,6 Mio. €. Sie betrafen in erster Linie Zuzahlungen in das Eigenkapital der Avacon Netz GmbH in Höhe von 150,0 Mio. €, in das Eigenkapital der GasLine GmbH & Co. KG in Höhe von 0,7 Mio. € sowie in das Eigenkapital der Stromnetze Peiner Land GmbH in Höhe von 0,7 Mio. €.

Der Finanzbedarf für die Investitionen konnte zu großen Teilen aus eigenen Mitteln sowie durch die Inanspruchnahme der Kreditlinie bei E.ON SE gedeckt werden.

Vermögenslage

Die Vermögenslage stellt sich wie folgt dar:

in Mio. €	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung
Anlagevermögen	1.683,0	1.530,9	152,1
Umlaufvermögen	125,6	102,8	22,8
Übrige Aktiva	8,7	2,2	6,5
Aktiva	1.817,3	1.635,9	181,4

in Mio. €	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung
Eigenkapital	1.265,8	1.290,7	-24,9
Zuschüsse	0,1	0,0	0,1
Rückstellungen	59,8	63,5	-3,7
Verbindlichkeiten	491,6	281,7	209,9
Passiva	1.817,3	1.635,9	181,4

Das Anlagevermögen erhöhte sich um 152,1 Mio. € im Wesentlichen infolge der Zuzahlung in die Kapitalrücklage der Avacon Netz GmbH in Höhe von 150,0 Mio. €. Des Weiteren erfolgten Zuzahlungen in Höhe von jeweils 0,7 Mio. € in das Eigenkapital der GasLine GmbH & Co. KG sowie in das Eigenkapital der Stromnetze Peiner Land GmbH.

Des Weiteren stieg das Umlaufvermögen um 22,8 Mio. € auf 125,6 Mio. €. Darin enthalten war der Anwuchs der Forderungen gegen verbundene Unternehmen um 17,6 Mio. €, welcher größtenteils auf die Erhöhung der Finanzforderungen gegen die Avacon Connect GmbH um 14,2 Mio. € sowie der Steigerung der Finanzforderungen gegen die Avacon Natur GmbH um 5,9 Mio. € zurückzuführen ist. Gegenläufig entfielen die Forderungen aus den Gewinnabführungsverträgen mit der Avacon Netz GmbH in Höhe von 3,1 Mio. €. Darüber hinaus erhöhten sich die sonstigen Vermögensgegenstände um 5,5 Mio. € im Wesentlichen aufgrund von Steuererstattungsansprüchen aus Körperschaft- und Gewerbesteuer in Höhe von 4,2 Mio. € sowie gestiegener Kapitalertragsteuerforderungen um 1,3 Mio. €.



In den übrigen Aktiva beruhte der Anwuchs um 6,5 Mio. € auf einem gestiegenen aktiven Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung. Dieser ergab sich sowohl aus der Verrechnung des beizulegenden Zeitwerts der im Rahmen des CTA erfolgten Fondsanlagen mit den Versorgungs- und Pensionsverpflichtungen, die gemäß Treuhandvertrag Past Service gesichert sind, als auch aus der Verrechnung des beizulegenden Zeitwerts der im Rahmen des CTA erfolgten Fondsanlagen mit den Versorgungs- und Pensionsverpflichtungen, die nicht über den Treuhandvertrag Past Service gesichert sind.

Der Rückgang des Eigenkapitals um 24,9 Mio. € auf 1.265,8 Mio. € resultierte aus der Ausschüttung in Höhe von 130,9 Mio. € für das Geschäftsjahr 2020. Gegenläufig wirkte im Berichtsjahr der Jahresüberschuss 2021 in Höhe von 106,0 Mio. €.

Die bilanzielle Eigenkapitalquote betrug 69,7 % (Vorjahr 78,9 %). Das Anlagevermögen war zum Stichtag 31. Dezember 2021 zu 75,2 % (Vorjahr 84,3 %) durch Eigenkapital gedeckt.

Die Rückstellungen verringerten sich um 3,7 Mio. € auf 59,8 Mio. €. Davon entfielen 3,6 Mio. € auf sonstige Rückstellungen sowie 0,1 Mio. € auf Steuerrückstellungen.

Aufgrund der Verrechnung des beizulegenden Zeitwerts der im Rahmen des CTA erfolgten Fondsanlagen mit den Pensionsverpflichtungen wurden auch im aktuellen Geschäftsjahr keine Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen ausgewiesen.

Die Steuerrückstellungen blieben mit 41,1 Mio. € weitestgehend auf Vorjahresniveau. Die Minderung um 0,1 Mio. € resultiert aus der Anpassung der Steuern für Vorjahre.

Die sonstigen Rückstellungen verringerten sich um 3,6 Mio. € auf 18,7 Mio. €. Ursächlich waren im Wesentlichen planmäßige Inanspruchnahmen, insbesondere eine um 1,5 Mio. € verminderte Rückstellung für Rückpachtmodelle.

Die Verbindlichkeiten wuchsen im Geschäftsjahr um 209,9 Mio. € auf 491,6 Mio. €. Die darin enthaltene Erhöhung in den Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen von 210,0 Mio. € entstand überwiegend aufgrund gesteigerter Finanzverbindlichkeiten gegenüber der E.ON SE um 302,3 Mio. €. Gegenläufig sanken die Finanzverbindlichkeiten gegenüber der Avacon Netz GmbH um 100,7 Mio. €.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Das Geschäft von Avacon wird im Wesentlichen auf Basis der Größe Jahresüberschuss gesteuert. Der Jahresüberschuss für das Jahr 2021 in Höhe von 106,0 Mio. € übertraf um 46,0 Mio. € bzw. 76,7 % den Prognosewert des Vorjahres in Höhe von 60,0 Mio. €.

Der Ergebnisbeitrag der Avacon Netz GmbH lag um 13,4 Mio. € über dem Zielwert. Positiv wirkten höhere Erträge aus der Marktpreisbewertung und der Ausschüttung aus den im Rahmen des Contractual Trust Arrangement (CTA) erfolgten Fondsanlagen. Im Gegenzug belasteten höhere Aufwendungen für die Instandhaltung der Strom- und Gasnetze und Gebäude sowie gestiegene Zinsaufwendungen aus der Aufzinsung von Pensionsrückstellungen das Ergebnis der Avacon Netz GmbH.



Zusätzlich führten eine geringere Steuerbelastung insbesondere aus der geringeren steuerlichen Ergebniszurechnung der Avacon Netz GmbH, als auch die Zahlung einer Sonderdividende der LandE GmbH in Höhe von 7 Mio. € zu einem Ergebniszuwachs bei Avacon.

Prognosebericht

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Prognosen zur wirtschaftlichen Entwicklung bleiben angesichts der schwer vorhersehbaren Entwicklung der Covid-19-Pandemie und deren Auswirkungen mit Unsicherheit behaftet. Zuletzt breitet sich seit Jahresende 2021 die unter dem Namen Omikron bekannte Variante des Covid-19-Virus rasant in Deutschland, Europa und weiten Teilen der Welt aus. Solange weite Teile der Bevölkerung nicht geimpft sind und die Gefahr neuer Ausbrüche besteht, wird auch die Erholung der Wirtschaft ungleichmäßig verlaufen und anfällig für Rückschläge bleiben.

Neben weiteren Impferfolgen würde die Wieder-belebung der Wirtschaft durch weiter steigenden Konsum beflügelt; hohe Ersparnisse der privaten Haushalte, niedrige Finanzierungskosten aber auch politische Impulse könnten der Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft ebenfalls einen Schub verleihen.

In ihrem Wirtschaftsausblick vom Dezember 2021 geht die OECD im Jahr 2022 von einem globalen Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 4,5 % aus. Für den Euro-Raum rechnet die OECD mit einer Steigerung von 4,3 % im Jahr 2022 und für Deutschland im selben Zeitraum mit einem Wachstum des BIP um 4,1 %. Die deutsche Wirtschaft könnte im Verlauf des Jahres 2022 wieder die Normalauslastung erreichen.

Insgesamt nahm das Infektionsgeschehen insbesondere im vierten Quartal 2021 jedoch wieder stark zu. In der Folge wurde das öffentliche Leben erneut eingeschränkt: So mussten zum Beispiel Besucher von Großveranstaltungen oder Arbeitnehmer am Arbeitsplatz ihren Impf- bzw. Gesundheitszustand nachweisen. Inwieweit solche Restriktionen Auswirkungen auf das wirtschaftliche Geschehen hatten und zukünftig haben werden, ist zum Jahresende nicht vollständig absehbar.

Für das Jahr 2022 ergeben sich insbesondere infolge der geringeren EEG-Umlage niedrigere Belastungen durch die gesetzlichen Abgaben und Umlagen. Bei den Netznutzungsentgelten ist zwischen den einzelnen Netzbetreibern und den unterschiedlichen Kundengruppen je nach Spannungs- und Druckebenen zu differenzieren, wobei sich insgesamt höhere Netz- entgelte ergeben. Wesentlicher Preistreiber ist jedoch die Entwicklung an den Großhandelsmärkten für Strom und Gas. Hierbei zeichnet sich die Marktlage weiterhin durch tendenziell volatile Preise aus.

Geschäftsentwicklung

Die Prognose der gesamten Ergebnisentwicklung von Avacon ist weiterhin von den vielfältigen Veränderungen der Energiewirtschaft geprägt.

Für das Jahr 2022 erwartet Avacon einen signifikanten Anstieg des Jahresüberschusses gegenüber dem Vorjahr um 71 Mio. € auf rund 177 Mio. €



hauptsächlich aufgrund des unterstellten höheren Ergebnisbeitrages der Avacon Netz GmbH. Hier wirken unter anderem steigende Netzentgelte aufgrund höherer Rückflüsse aus dem Aufwuchs der Investitionstätigkeit und aus den Personalzusatzkosten.

Risiken- und Chancenbericht

Um bestandsgefährdende Risiken frühzeitig zu erkennen und rechtzeitig angemessene Gegensteuerungsmaßnahmen ergreifen zu können, ist bei Avacon entsprechend aktienrechtlicher Anforderungen ein Risikomanagementsystem implementiert. Über die reine Erfüllung der gesetzlichen Mindestanforderungen hinaus soll ein Chancen- und Risikobewusstsein auf allen Ebenen der Mitarbeiter gefestigt werden. Bei der unternehmerischen Entscheidungsfindung werden systematisch die Chancen- und Risikoaspekte einbezogen.

Die Risiken werden von den operativen Unternehmenseinheiten identifiziert und dokumentiert. Sie werden hinsichtlich ihrer Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit bewertet. Die Berichterstattung über die aktuelle Risikosituation erfolgt in regelmäßigen Abständen gegenüber Vorstand und Aufsichtsrat. Das System wird regelmäßig entsprechend der aktuellen Anforderungen angepasst und weiterentwickelt.

Die Überprüfung der Gesamtrisikolage von Avacon hat zum Ergebnis geführt, dass aus heutiger Sicht keine den Fortbestand gefährdenden Risiken für die Gesellschaft bestehen. Das vorhandene Eigenkapital in Höhe von 1.265,8 Mio. € übersteigt deutlich die Kumulation aller Nettorisiken (Worst Case-Betrachtung) über die nächsten drei Jahre mit 666,1 Mio. €.

Im Folgenden werden die wesentlichsten Risiken der Avacon-Gruppe absteigend beginnend mit der höchsten Bedeutung dargestellt:

Das wertmäßig größte Risiko resultiert aus Mengenänderungen im Strom- und Gasbereich bei der Avacon Netz GmbH. Die Erlösbergrenze wird im Rahmen der Netzentgeltkalkulation durch eine prognostizierte Absatzstruktur erlöst. Weicht die tatsächliche Absatzstruktur von der prognostizierten, z. B. durch Witterungs- oder Konjunkturfaktoren ab, entsteht in dem Jahr ein Liquiditäts- und Ergebnisrisiko bzw. -chance. Die Abweichung wird in den Folgejahren über das Regulierungskonto ausgeglichen. Es handelt sich hierbei nur um ein temporäres Risiko.

Ein weiteres wesentliches Risiko ergibt sich aus einer möglichen Nichterreicherung der geplanten Erlösbergrenzen im Strom- und Gasgeschäft, sofern beispielsweise bestimmte Kostenelemente im Rahmen der anstehenden Kostenprüfungen seitens der BNetzA nicht anerkannt werden.

Mögliche Verluste von Konzessionsgebieten könnten aufgrund von Abgängen der entsprechenden Erlösbergrenzen und Wegfall von weiteren Sachverhalten zu geringeren Ergebnissen in den Folgejahren führen.

Im Zusammenhang mit den in 1996 übernommenen Anteilen an der Harzwasserwerke GmbH hat die ehemalige HASTRA AG gegenüber dem Land Niedersachsen eine gesamtschuldnerische Bürgschaft (Haftung für die Erfüllung der Verpflichtungen der



Harzwasserwerke GmbH) übernommen. Die Beteiligung an der Harzwasserwerke GmbH wird inzwischen bei der Purena GmbH gehalten. Avacon haftet jedoch ebenfalls für einen Großteil der Verpflichtung über eine Patronatserklärung.

Unter dem Risiko „Versorgungssicherheit Netzbetrieb“ sind alle Schäden, die durch Beschädigungen und Ausfällen von Netzanlagen sowie durch Ausfälle in der Strom- und Gasversorgung durch höhere Gewalt entstehen könnten, zusammengefasst. Höhere Gewalt wird hierbei definiert als ein betriebs- fremdes von außen durch Naturkräfte oder durch Handlungen Dritter herbeigeführtes Ereignis, das nach menschlichem Ermessen und Erfahrung nahe- zu unvorhersehbar ist.

Weitere Chancen und Risiken für das Ergebnis von Avacon resultieren aus den Marktwertveränderungen der CTA-Fondsanlagen.

Ebenso können sich bei der Bilanzkreisbewirtschaftung (insbesondere bei der Verlustenergie und beim Differenzbilanzkreis) Abweichungen zu den geplanten Mengen und Werten ergeben.

Risiken aus Zahlungsstromschwankungen und damit verbundene Liquiditätsrisiken verringern sich durch die Einbindung in das Cash-Pooling des E.ON-Konzerns. Zudem ist zur Überwachung von Ausfallrisiken ein unternehmensweites Forderungsmanagement implementiert. Sämtliche Forderungen sind branchenübliche Inlandsforderungen und enthalten kein Währungsrisiko. Erkennbaren Risiken wird durch entsprechende Wertberichtigungen bzw. Rückstellungen Rechnung getragen.

Zur Minimierung der Bruttoisiken ist die Gesellschaft dennoch gegen eintretende Schadensfälle versichert.

Die Gesellschaft verfügt zum Stichtag über keine Derivate.

Die Entwicklung in der Politik bestärkt Avacon in der strategischen Ausrichtung des Geschäfts. Die langfristige Orientierung der Avacon-Gruppe sowie die Umsetzung vielfältiger Innovationsvorhaben zielen unter anderem darauf ab, die Energiewende erfolgreich zu gestalten sowie die CO₂-Emissionen zu reduzieren. Diese Ziele spiegeln sich ebenfalls unter anderem im Klimaschutzprogramm der Bundesregierung als auch im „Fit-for-55“-Paket der Europäischen Union wider.

Durch die Erhöhung der Ausschreibungsvolumina für Windanlagen (Onshore) und Photovoltaik in 2022 im Zuge der EEG-Novelle 2021 als auch durch die Umsetzung der Ziele der neuen Bundesregierung wird ein deutlicher Zuwachs beim Zubau von EEG- Anlagen erwartet. Es besteht die Gefahr, dass der Ausbau der Netze vom Zubau der Erneuerbare Energien-Anlagen noch weiter abgehängt wird und das Redispatch Volumen weiter stetig anwächst.

Seitens des Gesetzgebers bzw. der neuen Koalition ist erkannt worden, dass dringend die Planungsphasen für Erneuerbare Energien vereinfacht und beschleunigt werden müssen. Hierin besteht für die Avacon Netz GmbH die Chance, dass die erforderlichen Planungen und Umsetzungen von Netzaus- bauten ebenfalls zügiger vorangehen.



Durch die Erhöhung des EEG-Eigenversorgungsprivilegs auf 30 kW vereinfachen sich bis zu dieser Grenze die Messkonzepte, da die Strommengen für die EEG-Umlage nicht mehr gemessen werden müssen.

Sollte – wie im Koalitionsvertrag vereinbart – die Finanzierung des Erneuerbaren Energie Gesetzes ab 2023 nicht mehr über eine Umlage, sondern vollständig über den Bundeshaushalt erfolgen, wäre wie schon im EEG 2021 eine beihilferechtliche Genehmigung der EU erforderlich. Die Verzögerung der Ratifizierung nach Gesetzgebung um viele Monate bzw. die nachträglichen Anpassungen der Gesetzgebung auf eine durch die EU genehmigungsfähige Version bergen verschiedene Risiken. Die Gesetzgebung würde teilweise durch die nächsten Novellierungen überholt werden, die Netzbetreiber haben parallele systemtechnische Entwicklungen und Korrekturen zu gewährleisten. Aufgrund der unübersichtlichen Gesetzeslage wird eine wachsende Verunsicherung der Anlagenbetreiber und -planer sowie eine höhere Unzufriedenheit mit dem Netzbetreiber verbunden mit höheren Aufwendungen beim Netzbetreiber erwartet.

Die Berufung der Bundesnetzagentur vor dem BGH zum generellen sektoralen Produktivitätsfaktor für Gas (Xgen) bedeutet eine Chance für die Ertragslage von der Avacon Netz GmbH.

Mit der Beschwerdeeinreichung gegen die Festlegung der Eigenkapitalverzinsung für Energienetze wahrt die Avacon Netz GmbH die Chance einer besseren Verzinsung.

Grüne Gase, insbesondere Wasserstoff, bieten ein großes Potenzial in der Realisierung einer klimaneutralen Zukunft. Gemeinsam mit Ökostrom kann CO₂-frei produzierter Wasserstoff die tragende Säule zum Gelingen der Energiewende bilden. Allerdings scheitert der breite Einsatz von Wasserstoff derzeit noch an der Verfügbarkeit und den Erzeugungskosten. Gleichwohl trauen Fachleute dem Energieträger zu, dass grüner Wasserstoff bei konsequenter Förderung im Jahr 2050 etwa die Hälfte des weltweiten Energiebedarfs decken kann. Durch die künftige voraussichtliche Befreiung von mit erneuerbarem Strom erzeugtem Wasserstoff von der EEG-Umlage wird Strom aus Erneuerbaren Energien zukünftig nicht vollumfänglich durch das Netz aufgenommen, sondern in Wasserstoff umgewandelt werden. Dies entlastet die Stromnetze. Ob und in welcher Menge dieser Wasserstoff in das Gasnetz eingespeist werden kann und welche Anpassungen an das Gasnetz hierfür vorgenommen werden müssen, wird lokal erprobt.

Der Ausbau der Elektromobilität wird mit einem weiteren Hochlauf der Nachfrage nach Ladeinfrastruktur einhergehen. Dazu gehört der Bau, Betrieb und Anschluss der Ladeinfrastruktur und auch der damit langfristig einhergehenden Herausforderung der Abwicklung der vielfältigen Anfragen und Aufgaben für die Avacon Netz GmbH als Netzbetreiber.

Chancen ergeben sich für Avacon auf dem Gebiet der Digitalisierung. Dies spiegelt sich im Einsatz vielfältiger neuer digitaler Technologien zur Verbesserung des Geschäfts und zur nachhaltigen Weiterentwicklung der Arbeitsweise wider. Um die damit verbundenen Herausforderungen zu bewältigen, forciert Avacon die Digitalisierung des bestehenden Geschäfts. Gestützt wird dieses Vorgehen durch die konsequente Umsetzung der Digitalen Vision der Avacon-Gruppe, welche die Leitwerte „gemeinsam. gestalten. mutig. vernetzen“ in den Mittelpunkt stellt.



Langfristiges Ziel ist es, die digitale Kompetenz von Avacon nachhaltig zu erhöhen und zukunftsweisende, innovative und erfolgreiche Lösungen und Services für Kunden und Mitarbeiter zu entwickeln. Die im aktuellen Geschäftsjahr erfolgreich weitergeführten und neu gestarteten Initiativen zur Erhöhung des Digitalisierungsgrades konnten durchgängig ihren Mehrwert nachweisen. Der Fokus lag hierbei auf der Automatisierung von repetitiven Tätigkeiten durch digitale Roboter. Darüber hinaus wurden über das Digital Leadership Programm nachhaltige Weiterbildungsmaßnahmen für Führungskräfte weitergeführt.



Bilanzdaten

Bilanz zum 31.12.2021

Aktiva	31.12.2021 T€	31.12.2020 T€
A. Anlagevermögen		
I. Sachanlagen	522	64
II. Finanzanlagen	1.682.445	1.530.853
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	125.444	102.287
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	113	474
C. Rechnungsabgrenzungsposten	-	-
D. Unterschied Vermögensrechnung	8.726	2.230
	1.817.250	1.635.908

Passiva	31.12.2021 T€	31.12.2020 T€
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	357.616	357.616
II. Eigene Anteile	- 2.275	- 2.275
III. Kapitalrücklage	349.451	349.451
IV. Gewinnrücklagen	426.095	426.095
V. Bilanzgewinn	134.907	159.835
B. Zuschüsse	71	
C. Rückstellungen	59.798	63.479
D. Verbindlichkeiten	491.587	281.707
E. Rechnungsabgrenzungsposten	-	-
	1.817.250	1.635.908



Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01. bis 31.12.2021

	31.12.2021 T€	31.12.2020 T€
1. Umsatzerlöse	12.136	16.000
2. Sonstige betriebliche Erträge	2.528	9.410
3. Materialaufwand	494	227
4. Personalaufwand	6.520	10.586
5. Abschreibungen	42	18
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	6.328	7.130
7. Finanzergebnis	120.428	153.616
8. Ergebnis vor Steuern	121.708	161.065
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	15.722	47.815
10. Ergebnis nach Steuern/Jahresüberschuss	105.986	113.250
11. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	28.921	46.585
11. Bilanzgewinn	<u>134.907,00</u>	<u>159.835,00</u>

2.5 Allianz für die Region GmbH

www.allianz-fuer-die-region.de

Stammkapital: 27.600 €

Beteiligungsverhältnisse: 3,99 % Landkreis Peine

Handelsregister: Amtsgericht Braunschweig, HRB 9371

Gründungsjahr: 2002, Umfirmierung 2005



Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens sind Projektmanagement und -umsetzung, Marketing sowie Forschung und Wissensmanagement für die Region, die aus den Städten Braunschweig, Salzgitter und Wolfsburg und den Landkreisen Gifhorn, Goslar, Helmstedt, Peine und Wolfenbüttel gebildet wird. Zu diesem Zweck wird die Gesellschaft über Aktivitäten in den Bereichen Fachkräftesicherung und -gewinnung, Regionalmarketing, Wirtschaftsförderung und Ansiedlung sowie Mobilität auf eine Stärkung der regionalen Wirtschaft und die Förderung nachhaltigen Wirtschaftswachstums hinwirken, und hierdurch bestehende Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen. Diese Aktivitäten beschreiben zugleich den öffentlichen Zweck der Gesellschaft.

Gesellschafter:

	EUR	%
Wolfsburg AG	2.600,00	9,41
VW Financial Services Aktiengesellschaft	2.400,00	8,69
Salzgitter AG	1.100,00	3,99
Öffentliche Sachversicherung Braunschweig	1.100,00	3,99
Arbeitgeberverband Braunschweig	1.100,00	3,99
IG Metall Deutschland	1.100,00	3,99
Volksbank eG Braunschweig Wolfsburg	2.400,00	8,69
Sparkasse Gifhorn-Wolfsburg	1.100,00	3,99
Stadt Braunschweig	3.700,00	13,40
Stadt Salzgitter	1.100,00	3,99
Stadt Wolfsburg	1.100,00	3,99
Landkreis Gifhorn	1.100,00	3,99
Landkreis Goslar	1.100,00	3,99
Landkreis Helmstedt	1.100,00	3,99
Landkreis Peine	1.100,00	3,99
Landkreis Wolfenbüttel	1.100,00	3,99
Regionalverband Großraum Braunschweig	1.100,00	3,99
IHK Braunschweig	550,00	1,98
IHK Lüneburg - Wolfenbüttel	550,00	1,98
Madsack Mediengruppe Ostniedersachsen	350,00	1,26
BZV Medienhaus	750,00	2,72
	<u>27.600,00</u>	<u>100,00</u>



Besetzung der Organe (im Berichtszeitraum):

a) Geschäftsführer der Allianz für die Region GmbH sind:

- Herr Dr. Wendelin Göbel
- Herr Dr. Manfred Günterberg

Gesamtprokura gemeinsam mit einem Geschäftsführer wurde erteilt an:

- Herrn Thomas Krause.

b) Der Aufsichtsrat der Gesellschaft setzt sich aus Vertretern der Wirtschaft sowie Vertretern der kommunalen Gebietskörperschaften zusammen.

Interessenwahrung:

Der Landkreis Peine wird im Aufsichtsrat und in der Gesellschafterversammlung von Herrn Landrat Henning Heiß vertreten.



Beteiligungen des Unternehmens:

Die Finanzanlagen beinhalten folgende Beteiligungen:

- PROSPER X GmbH, Braunschweig
- DLAC Dienstleistungsagentur Chemie GmbH, Braunschweig

Gegenstand der im Jahr 2007 gegründeten PROSPER X GmbH, Braunschweig ist die Anbahnung und Umsetzung von Projekten und die Bereitstellung von Beratungs- und Servicedienstleistungen in den Bereichen Fahrzeugentwicklung, Verkehr & Mobilität und Energiewesen.

Die in 2006 gegründete DLAC Dienstleistungsagentur Chemie GmbH, Braunschweig, erbringt Dienstleistungen im Bereich der Chemikaliensicherheit.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erledigung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens wird seit Jahren hinlänglich und in unveränderter Weise verfolgt.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Im Geschäftsjahr 2021 wurde trotz der immensen Herausforderungen durch die Auswirkungen des „zweiten Corona-Jahres“ ein positives Ergebnis erzielt. Insgesamt ergibt sich aufgrund des bereits dargestellten Einmaleffektes ein Jahresüberschuss von 61 TEUR. Der Gewinnvortrag 2021 beträgt 938 TEUR (Vorjahr 970 TEUR). Die ausgewiesene Liquidität dient der Sicherstellung des laufenden Geschäfts und ist unabdingbar, um handlungsfähig zu bleiben.

Bedingt durch das Geschäftsmodell, welches in Projekten und Maßnahmen eine Vorfinanzierung erfordert, ist in der Aufsichtsratssitzung vom 20.11.2017 die Möglichkeit zur kurzfristigen Aufnahme von Geldern über eine Kontokorrentlinie von bis zu 2,0 Mio. EUR vom Aufsichtsrat genehmigt worden.

Dadurch ist es der Gesellschaft möglich, im Vorgriff auf verbindlich zugesagte Einnahmen Projekte und Maßnahmen in größerem Maße vorzufinanzieren und den Zeitraum bis zum Mittelrückfluss zu überbrücken. Im Geschäftsjahr 2021 war es jedoch nicht notwendig, auf diese Kreditlinie zurückgreifen zu müssen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass zwar nicht alle im Wirtschaftsplan vorgesehenen Zielsetzungen erreicht werden konnten, dies ist aber durch die Auswirkungen des zweiten Corona-Jahres in Folge plausibel erklärbar.

Das positive Ergebnis des Geschäftsjahrs ist im Wesentlichen durch die Auflösung einer Rückstellung erreicht worden, welche in Abstimmung mit den Steuerberatern und Wirtschaftsprüfern erfolgt ist. Somit kann das Geschäftsjahr 2021 als zufriedenstellend bezeichnet werden..



Bilanzdaten

Bilanz zum 31.12.2021

Aktiva	31.12.2021	31.12.2020
	€	€
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	15.846,00	31.955,00
II. Sachanlagen	85.193,00	100.061,00
III. Finanzanlagen	183.070,60	183.070,60
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.023.926,19	780.577,18
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	681.739,06	940.400,19
C. Rechnungsabgrenzungsposten	11.148,71	7.118,05
D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	13.680,67	15.397,85
	<u>2.014.604,23</u>	<u>2.058.579,87</u>
Passiva	31.12.2021	31.12.2020
	€	€
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	27.600,00	27.600,00
II. Gewinnvortrag	937.565,78	969.629,86
III. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	60.575,16	-32.064,08
B. Rückstellungen	226.955,27	494.475,55
C. Verbindlichkeiten	761.908,02	596.938,54
	<u>2.014.604,23</u>	<u>2.056.579,87</u>



**Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 01.01. bis 31.12.2021**

	31.12.2021 €	31.12.2020 €
1. Umsatzerlöse	5.862.044,23	4.958.448,84
2. Sonstige betriebliche Erträge	302.877,48	139.542,43
3. Materialaufwand	2.129.944,26	1.414.388,79
4. Personalaufwand	3.123.312,56	2.650.233,74
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	36.534,27	162.316,75
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	820.152,55	907.363,37
7. Erträge aus Beteiligungen	6.980,00	13.300,00
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	134,42	0,71
9. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	415,74	186,59
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	206,47	7.821,85
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,88	119,75
12. Ergebnis nach Steuern	61.471,16	-31.138,86
13. Sonstige Steuern	896,00	925,22
14. Jahresfehlbetrag	<u>60.575,16</u>	<u>-32.064,08</u>



Lagebericht für das Geschäftsjahr 2021 der Allianz für die Region GmbH

Grundlage des Unternehmens

Der Südosten von Niedersachsen mit den Städten und Landkreisen Braunschweig, Gifhorn, Goslar, Helmstedt, Peine, Salzgitter, Wolfenbüttel und Wolfsburg ist Industrie- und Forschungsregion, Dienstleistungs- und Freizeitregion, Bildungs- und Kulturregion zugleich. Der Standort verknüpft traditionelle Wirtschaftszweige mit neuen Branchen, innovative Forschungsschwerpunkte mit vorhandenen Stärken. Die Allianz für die Region GmbH bündelt Kräfte aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik, Verwaltung, Wirtschaftsverbänden sowie Gewerkschaften und schafft so wichtige Voraussetzungen für eine starke Region. In zahlreichen Initiativen ebnet sie den Weg, um Leben, Arbeit und Wirtschaft noch attraktiver zu gestalten. Dafür organisiert und realisiert das Unternehmen gemeinsam mit Partnern Projekte und Programme in neu definierten Aktionsfeldern. In der Aufsichtsratssitzung vom 12.12.2018 wurde die neue strategische Ausrichtung der Allianz für die Region GmbH vorgestellt und beschlossen. Ziel der neuen Strategie ist unter anderem die Fokussierung der Tätigkeiten der Allianz für die Region GmbH.

Regionale Zusammenarbeit – Allianz für die Region GmbH und Wolfsburg AG

Die Wolfsburg AG ist Gesellschafter der Allianz für die Region GmbH. Vorrangige strategische Ziele dieses Engagements sind die Steigerung der Lebensqualität, die Sicherung beziehungsweise Schaffung von Arbeitsplätzen in den Städten Braunschweig, Wolfsburg und Salzgitter sowie den Landkreisen Gifhorn, Goslar, Helmstedt, Peine und Wolfenbüttel sowie die Gewinnung von Fachkräften. Synergieeffekte aus der Zusammenarbeit beider Unternehmen werden als Wachstumsmotor für die regionale Entwicklung und die eigene unternehmerische Tätigkeit genutzt. Beide Gesellschaften sind wirtschaftlich und rechtlich eigenständig. Gemeinsam engagieren sie sich mit zahlreichen Partnern über politische und kommunale Grenzen hinweg, um eine stabile Basis für die regionale Entwicklung und das regionale Zusammenwachsen zu schaffen. Die Arbeitsorganisation orientiert sich dabei in beiden Gesellschaften konsequent an den genannten Handlungsfeldern. Die Geschäftsleitung der Allianz für die Region GmbH wird seit 1. November 2020 in Personalunion durch die Mitglieder des Vorstandes der Wolfsburg AG, Herrn Wendelin Göbel und Herrn Manfred Günterberg (beide Geschäftsführer) sowie Herrn Thomas Krause (Prokurist), ausgeübt.

Um die Region weiterhin als zukunftssicheren und dauerhaft wettbewerbsfähigen Standort weiterzuentwickeln, gilt es, Antworten auf neue Herausforderungen zu finden. Das betrifft insbesondere die aus dem demografischen Wandel resultierenden Fachkräfteengpässe sowie die mit der digitalen Transformation einhergehenden Veränderungen und neuen Anforderungen an Unternehmen, Arbeitnehmer, Bildung und Mobilität und andere Lebensbereiche. Vor diesem Hintergrund hat sich die Allianz für die Region GmbH im Jahr 2018 mit der Integration und Fokussierung dieser Themen in der Unternehmensstrategie beschäftigt. Außerdem wurde ein Prozess zur Anpassung des Aktivitätsportfolios sowie der Organisationsstruktur und Unternehmenskultur angestoßen und neue Aktionsfelder definiert:



Die Aktionsfelder im Überblick:

Aktionsfeld „Fachkräfte sichern und gewinnen“

Voraussetzung für einen innovativen Wirtschafts- und attraktiven Lebensstandort sind prosperierende Unternehmen mit sicheren und innovativen Arbeitsplätzen. Zentrales Anliegen ist dabei die Fachkräftegewinnung, -bindung und -sicherung. Die Allianz für die Region GmbH verantwortet umfassende Entwicklungs- und Beratungsleistungen in eigener Trägerschaft und in Kooperation mit regionalen Partnern. Seit August 2015 ist die Allianz für die Region GmbH vom Land Niedersachsen als Geschäftsstelle für das Fachkräftebündnis SüdOstNiedersachsen akkreditiert, die Projekte zur Verbesserung regionaler Strukturen, Qualifizierung und Weiterbildung von Arbeitslosen und Beschäftigten zur Fachkräftesicherung berät, plant, entwickelt und realisiert.

Zur Bewältigung des immer größer werdenden Fachkräftemangels in kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) bietet die Allianz für die Region GmbH Beratung von Doppelkarrierepaaren, Beratung und Unterstützung von ausländischen Fach- und Führungskräften sowie Unterstützung von Betrieben mit dem Wunsch, ausländische Mitarbeiter einzustellen und zu integrieren. Die Chancen, die sich durch das neue Fachkräfteeinwanderungsgesetz für die Region Braunschweig-Wolfsburg ergeben, sollen bestmöglich genutzt werden. Im Projekt StrAuS wird der dafür notwendige Strukturaufbau der zuständigen Stellen, Institutionen und Kammern unterstützt.

Das Projekt „Kompetent in Pflege – KOPF“ verbessert die regionale Kooperation und Vernetzung in der Pflege durch Testen und Einrichten von Online-Tools, unterstützt Pflegeeinrichtungen bei der Weiterentwicklung des betrieblichen Gesundheitsmanagements und der interkulturellen Öffnung und entwickelt Strategien für die Durchlässigkeit zwischen beruflicher und hochschulischer Bildung. Mit dem im August 2021 ins Leben gerufenen Weiterbildungsverbund SüdOstNiedersachsen entsteht eine von der Region getragene Struktur, die insbesondere Unterstützung und Beratung für Unternehmen und Beschäftigte leisten soll. Unternehmen, Gewerkschaften, Hochschulen, Weiterbildungsträgern und weiteren Arbeitsmarktakteuren bietet der Verbund neben Austausch und Netzwerkanalysen regionaler Weiterbildungsbedarfe, gemeinsame Entwicklung bedarfsgerechter Weiterbildungs- und Beratungsangebote und Transparenz durch eine Weiterbildungsplattform.

Digitalisierung und die damit verbundenen Veränderungen für Unternehmen im Bereich ihrer Prozesse, Produkte, Dienstleistungen und Geschäftsmodelle sind zu einem beherrschenden Thema geworden. Die sich daraus ergebenden neuen Anforderungen an die fachlichen Kompetenzen von Beschäftigten sowie an deren Veränderungs- und Mitgestaltungsbereitschaft werden im Projekt TransformationsHub durch bedarfsgerechte Qualifikationsmaßnahmen und die Vermittlung zwischen Unternehmen und Bildungseinrichtungen beantwortet.

Berufsorientierung: In allen acht Gebietskörperschaften laufen verstetigte und systematische Berufsorientierungsprogramme, die gemeinsam mit den regionalen Arbeitsagenturen, den Schulträgern und z.T. Sponsoren aus der Wirtschaft betrieben werden. Insgesamt nehmen ca. 13.000 Schülerinnen und Schüler aus über 90 Schulen teil, dies entspricht ca. 53 % der Zielgruppe.

Darüber hinaus sind über 1000 Betriebe der Region im Rahmen von Betriebspraxistagen, Techniktagen und Berufsorientierungsmessen eingebunden. Bedingt durch die



Corona Pandemie und die dadurch immer wieder wechselnden Lockdown- und Kohortenregelungen an den Schulen mussten die Aktivitäten flexibel und zum Teil sehr kurzfristig umgeplant werden.

Dennoch ist es gelungen, nahezu alle geplanten Module umzusetzen. Alle angebotenen Module sind alternativ auch rein digital verfügbar, allerdings verfügen nicht alle Schulen der Region über die entsprechend notwendig digitale Infrastruktur bzw. Bandbreite. Die Schulen, in denen eine digitale Durchführung nicht möglich war, konnten jedoch überwiegend in den „lockdown-Pausen“ mit Präsenzangeboten versorgt werden.

Aktionsfeld „Wirtschaft fördern und Ansiedlung unterstützen“

Mittelständische Unternehmen wurden auch 2021 erfolgreich bei der Suche nach einem geeigneten Nachfolger unterstützt und im Nachfolgeprozess begleitet.

Das Projektbüro Südostniedersachsen als gemeinsame Initiative des Amtes für regionale Landesentwicklung Braunschweig und der Allianz für die Region GmbH hat den Auftrag, Leuchtturmprojekte mit regionaler Bedeutung und überregionaler Strahlkraft zu entwickeln und zu begleiten. Diese Leuchtturmprojekte können thematisch auch außerhalb der Aktionsfelder der Allianz für die Region GmbH verortet sein.

Der Bereich Gewerbeflächenentwicklung und Ansiedlung der Allianz für die Region GmbH verfolgt die Aufgabe, Kommunen bei der Entwicklung und Vermarktung von Gewerbeflächen bedarfsgerecht zu unterstützen. Auch in diesem Jahr konnten Gebietskörperschaften und regionale Unternehmen bei Vermarktungs- und Ansiedlungsvorhaben unterstützt werden. Das bestehende Gewerbegebiet Ochsendorf an der A2 im Landkreis Helmstedt (Gemarkung Königslutter am Elm) wurde durch die Unterstützung des Fachbereichs um weitere 9,1 ha an einen regionalen Projektentwickler vermarktet. Mit diesem Verkauf sind in dem bestehenden Geltungsbereich (ca. 17 ha) alle Flächen erfolgreich vermittelt und veräußert. Die Gemeinde Sassenburg aus dem Landkreis Gifhorn arbeitete eng mit der Ansiedlungsabteilung zusammen. Bei der Investorenansprache für eine 13 ha große Potenzialflächen für die Gewerbegebietserweiterung Triangel erfolgte die Investorenansprache und engmaschige Begleitung des Vermarktungsprozesses durch die Allianz für die Region GmbH. Die Veräußerung der Fläche an einen regionalen Projektentwickler ist für das Jahr 2022 geplant. Im Bereich der Revitalisierung und Umnutzung von Gewerbeflächen erfolgte durch die Gemeinde Ilsede eine Beauftragung für die Erstellung eines Nutzungskonzeptes im Jahr 2022 für den Gigapark+. Dabei werden in mehreren Workshops zusammen mit der Politik, der Verwaltung und den Anrainern ein gemeinsames Meinungsbild erarbeitet und auf dieser Basis Vergabekriterien und Vermarktungsgrundlagen abgeleitet. Für die Gebietskörperschaft Peine wurde im Auftrag der Wirtschafts- und Tourismusfördergesellschaft Landkreis Peine GmbH ein Exposé für den Industriestandort Mehrum erarbeitet, um die Nachnutzung bzw. Vermarktung des Gebiets um das Steinkohlekraftwerk Mehrum zu forcieren.

Auf Europas größter internationaler Fachmesse für Immobilien und Investitionen, der Expo Real in München, konnte die Region durch den Fachbereich als Mitaussteller (Premiumpartner) auf dem Stand der Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg repräsentiert werden. Nach dem coronabedingten Ausfall im Jahr 2021 standen die Vermarktung und der Ausbau der immanent wichtigen Investorenkontakte im Fokus. In diesem Zusammenhang erschien die Broschüre „Gewerbegebiete in der

Region Braunschweig-Wolfsburg“ mit Bestands- und Potenzialflächen aus 6 Gebietskörperschaften. Des Weiteren wurde der Ansatz eines regionsumfassenden gemeinsamen Auftritts auf der Real Estate Arena Hannover 2021 und 2022 bei den Gebietskörperschaften angefragt. Im Bereich der größeren Ansiedlungsanfragen wurden die folgenden Anfragen regionsweit platziert:

- Sondierung möglicher regionaler Standort für die Ansiedlungsanfrage des Volkswagenwerks Trinity
- Ansiedlungsanfrage Elektrolyseurfertigung (16-24 ha / Invest 250 Mio. EUR / Arbeitsplätze 340)

Unter der Federführung der Allianz für die Region GmbH konnte der Abstimmungsprozesses für die Erstellung einer Machbarkeitsstudie „Gewerbeflächenentwicklung A2 / A39“ mit den Gebietskörperschaften BS, HE, WOB, WF initiiert werden. Ferner unterstützte die Fachabteilung die Gemeinde Wittingen im Bereich der Investorensuche sowie über die Mithilfe bei der Erstellung von Ausschreibungsunterlagen für die Machbarkeitsstudie der Erweiterung des Gewerbegebiets Wittingen Hafen.

Aktionsfeld „Region vermarkten“

Im Aktionsfeld „Region vermarkten“ werden innovative Kommunikationsstrategien zur Positionierung der lebenswerten und wirtschaftsstarken Region Braunschweig-Wolfsburg entwickelt und durch unser einheitliches Regionalmarketing gesteuert. Hinter dem Aktionsfeld steht ein einzigartiger Zusammenschluss von Wirtschaft und Wissenschaft sowie der öffentlichen Hand. Unter dem Motto „Look-and-see“ plante, entwickelte und launchte das Team Regionalmarketing im Jahr 2021 ihre Personal- und Standortmarketingkampagne. Seither profitieren regionale Unternehmen unter anderem von einer Online-Toolbox, in der sie lizenzfreies Bildmaterial, Videos, Logos, nützliche Links sowie Textbausteine zur Region finden. Indem sie die Inhalte auf ihren Karriereseiten, Social-Media-Kanälen oder in ihren Stellenanzeigen platzieren, machen sie die Stärken der Region sichtbar und beeinflussen die Standortentscheidungen externer Bewerber: innen bestenfalls positiv. Der Rollout der Kampagne erfolgte über mehrere Wege: Neben einem offiziellen Presseauftakt, redaktionellen Beiträgen und Print-Anzeigen in verschiedenen Publikationen sowie Online-Anzeigen auf den Social-Media-Kanälen und Google Ads, wurden die Unternehmen über eine große Mailingaktion auf das kostenfreie Angebot aufmerksam gemacht.

Weiterhin erstellte das Team Regionalmarketing auch im Jahr 2021 redaktionelle Beiträge für das Regionalportal die-region.de sowie für die Social-Media-Kanäle Facebook, Instagram und LinkedIn, um auf die Vorzüge und Gegebenheiten der Region Braunschweig-Wolfsburg als starken, attraktiven Lebens- und Arbeitsstandort aufmerksam zu machen. Das Regionalportal, das redaktionell in Quartalsthemen aufgestellt ist, wurde laufend aktualisiert. Thematisch standen 2021 folgende Themen im Fokus: Q1: New Work in der Region, Q2: Genuss in der Region, Q3: Nachhaltigkeit und Transformation, Q4: Engagement und Miteinander. Überdies informierte ein monatlich erscheinender Newsletter die Zielgruppen über aktuelle Beiträge und die Angebote des Regionalmarketings. In einem weiteren Schritt bereitete das Regionalmarketing den Relaunch des Portals www.die-region.de vor, um die Services und Inhalte zukünftig noch zielgruppengerechter aufbereiten und präsentieren zu können. Mit dem Relaunch des Portals im Jahr 2022 erfolgt der Betrieb über einen neuen, regionalen Dienstleister.



Zur weiteren Etablierung der Marke „Die Region“ ergriff das Team Regionalmarketing 2021 folgende, weitere Maßnahmen (Auswahl):

- Aufbereitung der Datenbanken für den Export strukturierter Daten in den Niedersachsen Hub (Kooperation TourismusRegion BSLAND e.V.); Einbindung der Datenbanken in verschiedene Applikationen der Kooperationspartner.
- Übernahme des Veranstaltungskalenders der Stadt Braunschweig inklusive redaktionellem Betrieb.
- Überarbeitung des Jobportal inklusive diverser Services.

Aktionsfeld „Mobilität gestalten“

Die Allianz für die Region GmbH ist im Jahr 2021 weiterhin Konsortialpartner in dem vom Land Niedersachsen geförderten Innovationsnetzwerk „Allianz für intelligente und vernetzte Mobilität in Niedersachsen“. Bei einem Gesamtfördervolumen in Höhe von 374.000 EUR beträgt das Fördervolumen der Allianz für die Region GmbH 128.000 EUR. Im Jahr 2021 wurden elf Fachveranstaltungen im Digitalformat durchgeführt. Wir sind nach wie vor die zentrale Steuerungseinheit beim Ausbau des Netzwerkes ITS mobility (größtes Netzwerk für intelligente Mobilität in Norddeutschland mit mehr als 200 Mitgliedern), das als Ausgründung der Allianz für die Region GmbH seinen Standort in Braunschweig hat.

Die Allianz für die Region GmbH war in Zusammenarbeit mit der Freien und Hansestadt Hamburg und ITS mobility ganz wesentlich an der erfolgreichen Bewerbung zur und der tatsächlichen Ausrichtung des ITS Weltkongresses 2021 in Hamburg beteiligt.

So wurde ein Gemeinschaftsstand mit 18 Mitausstellern organisiert, der einer Vielzahl von regionalen Akteuren (u.a. NFF, OECON GmbH, Nordsys GmbH, Braunschweig Zukunft GmbH) eine professionelle Plattform zur Vernetzung und Projektinitiierung bot. Darüber wurde eine Delegationsreise für Partner der Allianz für die Region GmbH organisiert. Knapp 30 Partner der Allianz für die Region GmbH nutzen einen geführten Messerundgang, um u.a. die Standpräsentationen von T-Systems und Volkswagen sowie eine technische Demonstration am Parkhaus der Elbphilharmonie mit verbauter Technik aus dem Braunschweiger SynCoPark-Projekt am Forschungsflughafen zum automatisierten Parken (vgl. Lagebericht 2020) zu besuchen.

In enger Abstimmung mit den regionalen IG Metall-Verwaltungsstellen Braunschweig, Wolfsburg und Salzgitter-Peine wurde im Rahmen einer BMWK-Ausschreibung die Projektskizze „Regionales Transformationsnetzwerk SüdOstNiedersachsen zur Entwicklung einer regionalen Transformationsstrategie in der Fahrzeug- und Zuliefererindustrie“ (ReTraSON) erstellt. Im Dezember 2021 wurde der Vollertrag vom Ministerium positiv beurteilt, so dass das Projekt mit einer Laufzeit von 3,5 Jahren und einem Projektvolumen von 8,4 Mio. Euro (Fördervolumen: 7,6 Mio. Euro) starten wird.

Start des Projektes „Mitarbeiterqualifizierung für H2 Fahrzeuge im Logistikbereich“ (Projektlaufzeit 1,5 Jahre / Fördervolumen 130.000 EUR, ESF und Land Niedersachsen), mit dem übergeordneten Ziel die regionale Entwicklung der Wasserstoffnutzung voranzutreiben.

Am 10. November 2020 hat das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur den Wettbewerb zur Standortwahl des Technologie- und Innovationszentrums Wasserstofftechnologie für Mobilitätsanwendungen gestartet. Das Zentrum soll Teil des Netzwerkes des geplanten Deutschen Zentrums Mobilität der Zukunft werden. Für



die niedersächsischen Teilregionen Südostniedersachsen und Südniedersachsen mit ihren Oberzentren Braunschweig, Göttingen, Salzgitter und Wolfsburg und den Landkreisen Gifhorn, Göttingen, Goslar, Helmstedt, Holzminden, Northeim, Peine und Wolfenbüttel sowie die Region Hannover hat die Allianz für die Region die Niedersächsische Bewerbungsschrift in Januar 2021 mit mehr als 80 Unterstützungsschreiben einer starken Allianz aus Wirtschaft, Wissenschaft, Verbänden, Verwaltung und Politik eingereicht. Am 28.4.2021 wurde die Bewerbung durch das Ministerium abgelehnt. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse flossen in neue Initiativen.

Wirtschaftsbericht

Ertragslage

2021 erzielte die Gesellschaft einen Umsatz in Höhe von 5.862 TEUR, der mit einem Anstieg von 904 TEUR über dem Niveau des Vorjahres lag. Zur positiven Umsatzentwicklung trugen wieder neue Fördermittelprojekte (H2 Werkstätten, kooperative Weiterbildung in SON, TransformationsHub, Beratungsbüro FKB), bei. Die projektbezogenen Einnahmen 2021 in den Aktionsfeldern Fachkräfte sichern & gewinnen, Wirtschaft fördern & Ansiedlung unterstützen, Region vermarkten und Mobilität gestalten belaufen sich auf 3.945 TEUR.

Die Personalkosten sind gegenüber dem Vorjahr um 473 TEUR auf 3.123 TEUR gestiegen (2020: 2.650 TEUR). Die durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahres im Unternehmen beschäftigten Arbeitnehmer betrug 57.

Durch die notwendige Auflösung der Rückstellung für das Risiko über die Rückzahlung der Vorsteuer als Einmaleffekt ergibt sich ein positives Jahresergebnis von 61 TEUR, welches aufgrund dieses Einmaleffekt über dem geplanten Jahresüberschuss von TEUR 2 liegt.

Finanzlage

Als Public-Private-Partnership-Modell ist die Gesellschaft zu 100 % von externen Finanzierungsquellen abhängig. Diese ergeben sich aus Zuwendungen und Gesellschaftern sowie der Einwerbung von Drittmitteln aus der öffentlichen Förderkulisse. Aufgrund des gewählten Geschäftsmodells bestehen zum Bilanzstichtag Forderungen gegenüber Fördermittelgebern. Die Gesamtforderungen sind von 771 TEUR im Vorjahr auf 1.019 TEUR Ende 2021 gestiegen und bleiben damit aber infolge der Abhängigkeit von den Projekten auf einem weiterhin hohen Niveau, erklärt sich aber durch die Nachschüssigkeit bei Förderprojekten.

Der Bankbestand zeigt zum 31.12.2021 ein Guthaben in Höhe von 682 TEUR. Die ausgewiesene Liquidität dient der Sicherstellung des laufenden Geschäfts. Diese Liquidität ist unabdingbar, um handlungsfähig zu bleiben, denn durch die Akquirierung der Fördermittelprojekte und der einhergehenden Abruffinanzierung geht die Allianz für die Region GmbH in finanzielle Vorleistung. Zusätzlich ist aufgrund dieser Nachschüssigkeit der relative hohe Forderungsstand zu berücksichtigen, sodass die finanzielle Situation der Gesellschaft als gut bezeichnet werden kann.

Zur Finanzierung der Gesellschaft trägt insbesondere das Eigenkapital mit 1.026 TEUR (Eigenkapitalquote von 51 %; im Vorjahr: 47 %) bei. Mangels Ausschüttungen



tragen im Wesentlichen die aus der Vergangenheit thesaurierten Gewinne zur Stärkung des Eigenkapitals bei, was aber aufgrund der liquiditätsgesteuerten Ausrichtung der Gesellschaft auch erforderlich ist.

Die Verbindlichkeiten ergänzen die Finanzierung und resultieren vor allem aus eingekauften Leistungen, um die Projekte erfolgreich abzuwickeln.

Die Abschreibungen sind im Vergleich zum Vorjahr um 125 TEUR gesunken. Im Wesentlichen ist die Reduzierung der Abschreibungen auf das Auslaufen der linearen Abschreibung auf den Internetauftritt „die-region.de“ zurückzuführen.

Der Finanzmittelbestand hat sich im Geschäftsjahr 2021 um 258 TEUR verringert

Vermögenslage

Das geringe Sachanlagevermögen mit 85 TEUR (2020: 100 TEUR) erklärt sich überwiegend mit den angemieteten Räumlichkeiten einschließlich der Büroausstattung. Dieser Ansatz ist gewählt, um eine hohe Flexibilität der Gesellschaft sicherzustellen. Gegenüber dem Geschäftsjahr 2020 ist das gesamte Anlagevermögen um 31 TEUR auf 284 TEUR gesunken (2020: 315 TEUR), davon 183 TEUR in den Finanzanlagen. Dies liegt vor Allem in der Abschreibung des Regionalportals „die-region.de“ begründet.

Daneben ist die Gesellschaft an den folgenden Unternehmen beteiligt, deren wirtschaftliche Entwicklung kurz erläutert wird:

PROSPER X GmbH

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2020 mit einer Bilanzsumme von 755 TEUR, mit einem Umsatz von 2.429 TEUR (Vorjahr 3.835 TEUR) und einem Jahresüberschuss von 23 TEUR (Vorjahr 167 TEUR) wird festgestellt. Der Gewinn wird auf neue Rechnung vorgetragen. Das Ergebnis wurde wesentlich von der Corona-Pandemie beeinflusst. Der Jahresabschluss 2021 liegt noch nicht vor.

Dienstleistungsagentur Chemie GmbH

Die Dienstleistungsagentur Chemie GmbH (DLAC) schließt 2020 mit einem Jahresumsatz von 450 TEUR ab und setzt dabei ihre stabile Entwicklung (2015: rd. 195 TEUR; 2016: rd. 232 TEUR; 2017: rd. 203 TEUR, 2018: rd. 470 TEUR, 2019: rd. 381 TEUR, 2020: rd. 440 TEUR) fort. Im Geschäftsjahr 2020 konnte die DLAC einen Jahresüberschuss i.H.v. 63 TEUR (2019: 30 TEUR) erwirtschaften und eine Ausschüttung an die Gesellschafter i.H.v. 5 TEUR erfolgte. Der Jahresabschluss 2021 liegt noch nicht vor.

Risiko- und Chancenbericht

Bei der Bewertung der Umfeld Risiken für die Allianz für die Region GmbH ist die Ausrichtung im Rahmen des Public-Private-Partnership-Modells in besonderer Weise zu berücksichtigen.

Die in der Aufsichtsratssitzung 2012 beschlossene Umfirmierung der projekt REGION BRAUNSCHWEIG GmbH in die Allianz für die Region GmbH wurde auch im vergangenen Geschäftsjahr in der Zielausrichtung durch den Aufsichtsrat bestätigt. Mit der operativen Umsetzung als Projektgesellschaft sowie der engen Verzahnung, unter Beachtung von arm's length, mit dem Gesellschafter Wolfsburg AG konnten Synergien geschaffen werden.



Das Bekenntnis der Gesellschafter, ihre Finanzierungszusage unbefristet – mit jährlicher Kündigungsoption – zu erteilen, wird als weitere risikominimierende Maßnahme laufend umgesetzt.

Hierdurch und durch die breite Einbindung der Partner generiert die Allianz für die Region GmbH eine gute Ausgangssituation, um Projekte nach dem Handlungsgebot der Wirtschaftlichkeit zu realisieren und auch die Risiken zu minimieren.

Zu diesen Risiken zählt, dass die Allianz für die Region GmbH mögliche kommunale Haushaltssperren einkalkulieren muss oder sich die Finanzierung einzelner Projekte über Drittmittel verzögern kann. Aus Sicht der Geschäftsführung kann diesem Risiko mit der vorhandenen Liquiditätsreserve begegnet werden und gegebenenfalls durch den Charakter als Projektgesellschaft mit entsprechenden Maßnahmen entgegengewirkt werden. Für das Geschäftsjahr 2021 sind entsprechende Fälle nicht eingetreten.

Im Übrigen achtet die Geschäftsleitung stets darauf, dass Projekte mit Förderung erst begonnen werden, wenn die entsprechende Zusage vorliegt.

Im Zuge eines gemeinsamen Regionalmarketings hat die Allianz für die Region GmbH im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat eine Hauptfunktion zur Realisierung dieses Projektes übernommen. Dieses bedarf der Refinanzierung durch weitere Einnahmen, die im Wesentlichen über Sponsoringverträge abgesichert sind. Durch die Struktur als modulares Projekt kann bei finanziellen Risiken durch die Gesellschaft unmittelbar gegesteuert werden.

Die bewährte enge Verbindung der Allianz für die Region GmbH und der Wolfsburg AG bietet erhebliche Chancen, die Region im Wettbewerb der Standorte, um u.a. Kapital, Nachwuchs, Unternehmen gut zu positionieren. Gleichbleibendes Ziel ist, die Region in der neuen Schwerpunktsetzung durch ausgewählte Best-Practice-Projekte als Referenzregion für Arbeit und Lebensqualität zu positionieren.

Aufgrund der aktuellen Entwicklung der Corona Pandemie und des Krieges zwischen Russland und der Ukraine ist die tatsächliche Entwicklung des Geschäftsjahres 2022 aktuell schwer prognostizier- und quantifizierbar. Die Auswirkungen auf den Geschäftsjahresverlauf werden durch die internen Kontrollsysteme und das Controlling eng begleitet und die Geschäftsführung laufend unterrichtet.

Prognosebericht

Die Wirtschaftsplanung der Allianz für die Region GmbH weist im Jahr 2022 ein nahezu ausgeglichenes Ergebnis aus. Die bestehende Liquidität wird weiterhin zur Sicherung der operativen Tätigkeit der Allianz für die Region GmbH bestehen bleiben. Der Aufsichtsrat hat in seiner Sitzung vom 10.11.2021 dem Wirtschaftsplan 2022 sowie der Finanzplanung 2023/2024 zugestimmt und der Gesellschafterversammlung empfohlen, den Wirtschaftsplan 2022 mit der Finanzplanung zu beschließen.

Was die weitere Perspektive und Entwicklung der Allianz für die Region GmbH angeht, kann insgesamt eine positive Prognose gestellt werden. Die Umsetzung von Projekten sowie die Entwicklung von nachhaltigen Wirtschaftsstrukturen bleiben weiterhin ab-



hängig davon, dass die Gesellschafter den vereinbarten Grundkonsens und die vereinbarte Finanzierung auch in möglicherweise wirtschaftlich angespannter Situation tragen.

Die Finanzplanung für 2022 basiert einnahmeseitig weiterhin auf Gesellschafter- und sonstigen Beiträgen. Im Geschäftsjahr 2022 sind auf konservativer Basis Einnahmen inkl. Projekteinnahmen in Höhe von 8.649 T€ bei einem Jahresüberschuss von 1 TEUR geplant. Die deutliche Erhöhung der Umsätze ist insbesondere durch das neue sehr stark geförderte Projekt ReTraSON begründet.

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie werden die Gesellschaft auch im Geschäftsjahr 2022 betreffen, ebenso die Auswirkungen des Krieges zwischen Russland und der Ukraine. Die Geschäftsführung wird hier weiterhin regelmäßige die aktuelle Entwicklung und die Auswirkungen auf den Geschäftsbetrieb betrachten und mit geeigneten Maßnahmen reagieren.

Die Liquiditätslage der Gesellschaft wird laufend eng überwacht.



2.6 Hannoversche Informationstechnologien AöR

www.hannIT.de

Stammkapital: 57.600 €



Beteiligungsverhältnisse: 1,74 % Landkreis Peine

Steuernummer: 25/202/34495

Gründungsjahr: 2011 (vorher Eigenbetrieb der Stadt Hannover)

Gegenstand des Unternehmens:

Die Hannoverschen Informationstechnologien AöR (hannIT) unterstützt die öffentliche Verwaltung ihrer Träger im Bereich der elektronischen Datenverarbeitung und der Informations- und Kommunikationstechnik vornehmlich bei der Wahrnehmung ihrer hoheitlichen Aufgaben. Dieses umfasst insbesondere die Entwicklung, Programmierung, Bereitstellung und Pflege der Informations- und Kommunikationstechnik (IuK). Die Anstalt wird die Speicherung und Verarbeitung von personen- und sachbezogenen Daten insbesondere im Rahmen von Fachanwendungen der öffentlichen Verwaltung sicherstellen.

Die hannIT wurden zum 01.01.2000 als Eigenbetrieb des Landkreises Hannover gegründet. Zum 01. November 2001 ist der Eigenbetrieb auf die Region Hannover übergegangen.

Um das Unternehmen für die zukünftig anstehenden Aufgaben noch besser aufzustellen und auf Erfordernisse des Marktes flexibler und schneller reagieren zu können, wurde der Eigenbetrieb im Wege der Gesamtrechtsnachfolge zum 01.07.2011 in eine gemeinsame kommunale Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) umgewandelt.

Anstaltsträger:

Träger der Anstalt sind niedersächsische Landkreise, Städte und Gemeinden.

Besetzung der Organe (im Berichtszeitraum):

Vorstand: Holger Sdunnus

Vorsitzende des Verwaltungsrates ist Frau Helga Diers, Fachbereichsleiterin der Landeshauptstadt Hannover. Frau Cora Hermenau, Erste Regionsrätin der Region Hannover, ist die stellvertretende Vorsitzende. Der Vorsitz des Verwaltungsrates wechselt satzungsgemäß im Turnus von zwei Jahren. Die Wahl zur Nachfolge von Frau Diers erfolgte in der letzten Sitzung des Verwaltungsrates im Jahr 2021. Gewählt wurde Herr Andreas Pachnicke, Vertreter für den Landkreis Hameln-Pyrmont. Stellvertretende Vorsitzende bleibt weiterhin Frau Cora Hermenau.



Am 31.12.2021 setzte sich der Verwaltungsrat wie folgt zusammen:

- die Region Hannover, vertreten durch Cora Hermenau,
- die Stadt Barsinghausen, vertreten durch Henning Schünhof,
- die Stadt Burgdorf, vertreten durch Silke Vierke,
- die Stadt Burgwedel, vertreten durch Ortrud Wendt,
- die Stadt Celle, vertreten durch Thomas Betram,
- die Stadt Diepholz, vertreten durch Michael Klumpe,
- die Gemeinde Edemissen, vertreten durch Tobias Faust,
- die Stadt Garbsen, vertreten durch Walter Häfele,
- die Stadt Gehrden, vertreten durch Cord Mittendorf,
- der Landkreis Hameln-Pyrmont, vertreten durch Andreas Pachnicke,
- die Landeshauptstadt Hannover, vertreten durch Helga Diers,
- die Stadt Hemmingen, vertreten durch Jan Dingeldey,
- der Landkreis Hildesheim, vertreten durch Rainer Gollnick,
- die Stadt Hildesheim, vertreten durch Silvia Sauer,
- die Gemeinde Hohenhameln, vertreten durch Uwe Semper,
- die Gemeinde Ilsede, vertreten durch Nils Neuhäuser genannt Holtbrügge,
- die Gemeinde Isernhagen, vertreten durch Tim Mithöfer,
- die Stadt Laatzen, vertreten durch Kai Eggert,
- die Stadt Langenhagen, vertreten durch Mirko Heuer,
- die Stadt Lehrte, vertreten durch Frank Prüße,
- die Stadt Neustadt a. Rbge., vertreten durch Maic Schillack,
- die Stadt Pattensen, vertreten durch Heike Hessenkamp,
- der Landkreis Peine, vertreten durch Bernd Leunig,
- die Stadt Peine, vertreten durch Klaus Saemann,
- die Stadt Ronnenberg, vertreten durch Marlo Kratzke,
- die Stadt Seelze, vertreten durch Steffen Klingenberg,
- die Stadt Sehnde, vertreten durch Olaf Kruse,
- die Stadt Springe, vertreten durch Christian Springfeld,
- die Gemeinde Uetze, vertreten durch Florian Gahre,
- die Gemeinde Wedemark, vertreten durch Kai Wagner,
- die Gemeinde Wendeburg, vertreten durch Gerd Albrecht,
- die Gemeinde Wennigsen, vertreten durch Ingo Klokemann,
- die Stadt Wunstorf, vertreten durch Hendrik Flohr.

und aus der Beschäftigtenvertretung der hannIT, vertreten durch Jörg Gilgen, Melanie Jung, Roland Krause, Christian Nachtigall, Sascha Nikolaizik und Marco Puschmann.

Interessenwahrung:

Der Landkreis Peine wird im Verwaltungsrat von Herrn Bernd Leunig vertreten.

Beteiligungen des Unternehmens:

Die hannIT ist zu 18,8679 % an der GovConnect GmbH, Hannover, beteiligt.



Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erledigung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens wird seit Jahren hinlänglich und in unveränderter Weise verfolgt.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs:

Das Wirtschaftsjahr 2021 schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von T€ 343.

Das Jahresergebnis entfällt auf den hoheitlichen Bereich mit einem Verlust von T€ 917 sowie auf den BgA mit einem Gewinn von T€ 574. Der Umsatz konnte gegenüber dem Vorjahr um T€ 5.295 bzw. 19,6 % auf T€ 32.244 gesteigert werden. Diese Entwicklung ist insbesondere auf um T€ 2.261 gestiegene Umsätze aus den Dienstleistungen Laufende Verfahren sowie um T€ 1.037 gestiegene Umsätze aus dem PC-Service zurückzuführen. Der Umsatz ist unverändert mit einem Anteil von 91,7 % (Vorjahr: 92,0 %) durch den Leistungsaustausch mit den Trägerkommunen bestimmt.

Im Personalbereich ist gegenüber dem Vorjahr ein Anstieg von 177 auf 194 Mitarbeitende zu verzeichnen. Der Personalaufwand ist um 15,8 % auf T€ 12.095 angestiegen.

Die Gesamtinvestitionen in Höhe von T€ 2.924 haben sich gegenüber dem Vorjahr (T€ 3.624) vermindert. Sie enthalten unter anderem Investitionen für den Umzug des Rechenzentrums sowie die für das operative Kerngeschäft der Anstalt notwendigen Beschaffungen von Soft- und Hardware. Der Buchwert des Anlagevermögens ist zum 31. Dezember 2021 auf T€ 7.459 gesunken (Vorjahr: T€ 8.511) und beträgt 49,7 % der Bilanzsumme. Das Abschreibungsvolumen bewegt sich trotz der Abgänge durch größere Anlagenverkäufe mit insgesamt T€ 3.697 auf dem Niveau des Vorjahres (T€ 3.729).

Die Eigenkapitalquote ist auf 48,6 % gesunken.

Der Rückgang der Eigenkapitalquote (Vorjahr: 58,9 %) beruht auf dem um den Jahresfehlbetrag auf T€ 7.301 gesunkenen Eigenkapital und einer um T€ 2.014 auf T€ 15.006 gestiegenen Bilanzsumme. Der Anstieg der Bilanzsumme resultiert insbesondere aus den gestiegenen Verbindlichkeiten.



Bilanzdaten

Bilanz zum 31.12.2021

Aktiva	31.12.2021	31.12.2020
	€	€
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.858.031,88	2.143.529,79
II. Sachanlagen	5.394.053,53	6.160.983,94
III. Finanzanlagen	206.750,00	206.750,00
 B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte	65.529,84	73.988,35
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	6.004.633,93	3.923.474,34
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	76.666,95	89.318,00
 C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.400.400,71	393.926,00
	15.006.066,84	12.991.970,42
Passiva	31.12.2021	31.12.2020
	€	€
A. Eigenkapital		
I. Stammkapital	57.600,00	57.600,00
II. Kapitalrücklage	2.645.615,94	2.645.615,94
III. Gewinnrücklagen	1.671.115,67	1.671.115,67
IV. Gewinnvortrag	3.269.953,21	4.370.196,12
V. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-343.077,41	-1.100.242,91
 B. Rückstellungen	1.461.329,80	1.015.818,68
C. Verbindlichkeiten	6.040.346,57	3.843.935,92
D. Rechnungsabgrenzungsposten	203.183,06	487.931,00
	15.006.066,84	12.991.970,42



Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01. bis 31.12.2021

	31.12.2021 €	31.12.2020 €
1. Umsatzerlöse	32.244.390,78	26.949.366,13
2. Sonstige betriebliche Erträge	405.635,68	225.280,75
3. Materialaufwand	13.785.832,48	11.600.346,17
4. Personalaufwand	12.094.879,14	10.444.798,57
5. Abschreibungen	3.696.762,68	3.728.821,11
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.129.377,56	2.328.286,10
7. Erträge aus Beteiligungen	0,00	0,00
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	10.563,44	12.084,09
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	275.688,57	160.553,75
10. Ergebnis nach Steuern/ Jahresfehlbetrag(-)/Jahresüberschuss	-343.077,41	-1.100.242,91



Lagebericht des Vorstandes für das Wirtschaftsjahr 2020

Vorbemerkungen

Die Hannoversche Informationstechnologien wurden zum 1. Juli 2011 im Wege der Gesamtrechtsnachfolge aus dem vormaligen Eigenbetrieb der Region Hannover in eine gemeinsame kommunale Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) umgewandelt.

Die Anstalt unterstützt die öffentliche Verwaltung ihrer Träger im Bereich der elektronischen Datenverarbeitung sowie der Informations- und Kommunikationstechnik vornehmlich bei der Wahrnehmung ihrer hoheitlichen Aufgaben. Weitere Einzelheiten regelt die Anstaltssatzung.

Träger der AöR sind neben der Region Hannover, der Landeshauptstadt Hannover und den weiteren 21 regionsangehörigen Städten und Gemeinden die Stadt Celle, der Landkreis und die Stadt Hildesheim, der Landkreis Hameln-Pyrmont, die Stadt und der Landkreis Peine, die Gemeinden Hohenhameln, Edemissen, Ilsede und Wendeburg sowie die Stadt Diepholz.

Der Geschäftsbetrieb gliedert sich in einen hoheitlichen Bereich und in einen so genannten Betrieb gewerblicher Art (BgA).

Geschäftsverlauf

hannIT schließt das Wirtschaftsjahr 2021 mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von T€ 343 ab. Im hoheitlichen Bereich wurde ein Verlust von T€ 917 erwirtschaftet; der BgA trägt mit einem Gewinn von T€ 574 zum Jahresergebnis bei. Insgesamt konnte der Umsatz gegenüber dem Vorjahr um 19,7 % von T€ 26.949 auf T€ 32.244 gesteigert werden.

Nach dem Wirtschaftsplan ergab sich ein Jahresfehlbetrag von T€ 1.181. Das danach über- planmäßige Jahresergebnis ist im Wesentlichen auf tatsächlich höhere Umsatzerlöse zurück- zuführen, welche den Planansatz um T€ 3.164 übertroffen haben. Personalaufwand und Ab- schreibungen bleiben hingegen hinter dem Planansatz zurück und tragen ebenfalls zum positiveren Jahresergebnis bei. Der Materialaufwand von T€ 13.786 übertrifft den Planansatz um T€ 2.920.

Das Geschäft der hannIT wird unverändert durch Leistungsaustausch mit den Trägerkommunen bestimmt, der einen Anteil von 91,7 % (Vorjahr: 92,0 %) des Umsatzes ausmacht. Darin spiegelt sich das Geschäftsmodell der Anstalt, das eine klare Fokussierung auf die Unterstützung der Trägerverwaltungen vorsieht.

Die Möglichkeit vergaberechtsfreier Inhouse-Geschäfte mit der hannIT, welche die Kernleistungen der erbrachten IT-Services ergänzt, stößt wegen der Entlastung der trägerinternen Vergabestellen nach wie vor auf großes Interesse. Die Voraussetzungen der in § 108 Abs. 4 GWB normierten Möglichkeit einer öffentlich-öffentlichen Zusammenarbeit, auf welche die Vorschriften des öffentlichen Vergaberechts nicht angewendet werden, werden im Berichtsjahr unverändert erfüllt.



Die Struktur der Kundenbeziehungen zeigt sich auch an dem hohen Umsatzanteil für laufende Verfahren, PC-Service und Telefonie (78,2 % nach 80,5 % im Vorjahr), die auf Grundlage langfristiger Verträge erbracht werden.

Auch in diesem Jahr war hannIT im Rahmen der Mitgliederversammlungen des Niedersächsischen Städtetages sowie des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes auf den Gemeinschaftsständen des Partnerunternehmens GovConnect GmbH vertreten. Der bei den Kommunen allgemein wachsende Bedarf an externer Unterstützung im Bereich der Informationstechnik wurde bei diesen Gelegenheiten erneut deutlich.

Gemeinsam mit ihren Trägern, Kunden und Geschäftspartnern hat hannIT im Berichtsjahr eine Vielzahl von Projekten umgesetzt und erfolgreich zukunftsweisende Lösungen erarbeitet. Hervorzuheben sind insbesondere:

- Im Rahmen der BSI-Zertifizierung nach ISO 27001 wurde das Basis-Testat erworben sowie die Unterlagen zwecks Zertifizierung eingereicht;
- Der Umzug des Rechenzentrums samt aller Komponenten von dem bisherigen Standort in der Hildesheimer Straße auf Flächen der Grass-Merkur GmbH & Co. KG wurde abgeschlossen;
- Das Vergabeverfahren zur Beschaffung einer Projektmanagement-Software wurde abgeschlossen und der Zuschlag für das Produkt „Blue Ant“ von der Firma Proventis GmbH erteilt;
- Nach erfolgreicher Testphase konnte hannIT das neue SelfService-Portal von LOGA3 für die elektronische Zeitwirtschaft in Betrieb nehmen und damit das interne Tool HCM2 abgelöst werden;
- Die Gemeinde Wedemark und Stadt Laatzen sind beim Zeitmanagement auf die Personalmanagement-Software P&I LOGA3 umgestiegen, welche gemeinsam mehr als 1.000 aktive Personalfälle umfasst;
- Bereitstellung eines ganzheitlichen Services Schul IT durch das Kompetenzcenter Anwendungsbereitstellung;
- Projekte zum Kulturleitbild, einer einheitlichen und transparenten Preiskalkulation für Services und Dienstleistungen sowie Steigerung der Servicequalität durch Definition und Verfolgung von Messgrößen wurden fortgeführt.

Trotz der Vielzahl von umgesetzten Projekten war auch das Jahr 2021 für uns, wie für die gesamte Wirtschaft und Gesellschaft, wieder geprägt von einschneidenden Veränderungen, welche die Corona Pandemie mit sich brachte. Das Geschäft der hannIT war wesentlich dadurch beeinflusst, dass

- Projekte verzögert wurden und
- Beschaffungen intensiviert und beschleunigt wurden

Wirtschaftliche Verhältnisse

Investitionen

Die Gesamtinvestitionen von T€ 2.924 (Vorjahr: T€ 3.624) enthalten die für das operative Kerngeschäft der AöR notwendigen Beschaffungen von Soft- und Hardware.



Gegenüber dem Vorjahr ist bei den Sachanlagen ein leicht überplanmäßiger Investitionsrückgang zu verzeichnen. Im Berichtsjahr schlagen sich die realisierten Beschaffungen im Kompetenz-Center Anwendungsbereitstellung, Datenbank und Storage sowie Rechenzentrum und Netze und anteilige Kosten für die Beschaffung von Software in dem Bereich Gesundheitswesen mit einem Gesamtvolumen von T€ 1.438 nieder. Die Beschaffung von Hardware wie Druckern, ThinkPads und Monitoren schlägt sich im Berichtsjahr mit T€ 641 (Vorjahr: T€ 1.895) nieder. Die geplanten Investitionen konnten aufgrund Lieferengpässen nicht voll umfänglich realisiert werden.

Die Abschreibungen belaufen sich auf insgesamt T€ 3.697 (Vorjahr: T€ 3.729); auf den BgA entfallen T€ 55 (Vorjahr: T€ 48). Das Abschreibungsvolumen ist infolge der im Wirtschaftsjahr 2021 hinter dem Planansatz zurückliegenden Investitionen im Vergleich zum Vorjahr leicht rückläufig.

Der Buchwert des Anlagevermögens zum 31. Dezember 2021 beträgt insgesamt T€ 7.459 (Vorjahr: T€ 8.511); davon entfallen T€ 404 (Vorjahr: T€ 274) auf den BgA. Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme beträgt damit 49,7%.

Das Anlagevermögen war zum Jahresende fast vollständig durch Eigenkapital vor Ergebnisverwendung gedeckt (Anlagendeckungsgrad 97,6 %).

Entwicklung des Eigenkapitals

Der Verwaltungsrat hat per Umlaufverfahren nach seiner Online-Sitzung vom 2. Juli 2021 beschlossen, den Jahresfehlbetrag 2020 von T€ 1.100 in voller Höhe auf neue Rechnung vorzutragen.

Die Bilanzsumme zum 31. Dezember 2021 beläuft sich auf T€ 15.006 (Vorjahr: T€ 12.992). Die Eigenkapitalquote vor Ergebnisverwendung hat sich gegenüber dem Vorjahr um 10,2 Prozentpunkte auf 48,6 % verringert.

Entwicklung der Rückstellungen

Die Rückstellungen haben sich im Wirtschaftsjahr 2021 von T€ 1.016 auf T€ 1.461 erhöht. Die Entwicklung der Rückstellungen ist maßgeblich geprägt durch Überstunden von T€ 663 (Vorjahr: T€ 582) und Resturlaub von T€ 264 (Vorjahr: T€ 195) sowie Leistungsentgelt nach § 18 TVöD von T€ 109 (Vorjahr: T€ 91).

Entwicklung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind mit T€ 2.552 stichtagsbezogen höher als im Vorjahr ausgefallen (+T€ 518). Alleine für drei Kreditoren im Bereich Lizenzen und Hardware sind aufgrund später Rechnungsstellung zusammen Verbindlichkeiten von T€ 980 bilanziert (Vorjahr: T€ 1.597).

Umsatzerlöse und sonstige betriebliche Erträge

Die Umsatzerlöse und sonstigen betrieblichen Erträge haben sich erhöht. Die Umsatzerlöse werden durch das Trägergeschäft bestimmt. Insgesamt konnte der Umsatz gegenüber dem Vorjahr um T€ 5.296 bzw. 19,7 % gesteigert werden. Diese äußerst positive Entwicklung ist im Wesentlichen auf drei Bereiche zurückzuführen:



Die Dienstleistungsumsätze sind um insgesamt T€ 3.512 gestiegen. Die Erlöse aus Dienstleistungen resultieren maßgeblich aus laufenden Fachverfahren T€ 16.224 (Vorjahr: T€ 13.963, +16,2 %), PC-Services T€ 6.848 (Vorjahr: T€ 5.811, +17,8 %) und sonstigen Dienstleistungen T€ 836 (Vorjahr: T€ 621, +34,6 %).

Die Umsätze aus Datenleitungsservices haben im Vergleich zum Vorjahr deutlich um T€ 853 (+197,0 %) zugenommen. Ferner hat der Umsatz aus dem Verkauf von Hard- und Software im Vergleich zum Vorjahr deutlich und damit überplanmäßig um T€ 732 (+17,5 %) zugenommen. Diese Umsätze zeigen, dass es für die Trägerkommunen weiterhin attraktiv ist, die günstigen Konditionen der hannIT zu nutzen und durch den Verzicht auf eigene Vergabeverfahren die Beschaffungsprozesse zu vereinfachen.

Die Veränderung der sonstigen betrieblichen Erträge basiert vornehmlich auf den im Wirtschaftsjahr 2021 nicht enthaltenen staatlichen Zuschüssen für ein Forschungsprojekt (T€ 0; Vorjahr: T€ 86) sowie den höheren Erträgen aus dem Abgang von Anlagevermögen (T€ 223; Vorjahr: T€ 3).

Personalbereich

Im durchschnittlichen Personalbestand ist mit insgesamt 194 Mitarbeitenden gegenüber dem Vorjahr (insgesamt 177 Mitarbeitende) ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen. Zum Abschlussstichtag waren insgesamt 206 Personen beschäftigt, davon waren 181 Personen TVöD-Beschäftigte, 13 Nachwuchskräfte und 12 Beamtinnen und Beamte. Das Durchschnittsalter der Beschäftigten beträgt 39 Jahre, der Frauenanteil an allen Beschäftigten lag bei 27 %.

Die Löhne und Gehälter enthalten Beamtenbezüge von T€ 690 (Vorjahr: T€ 755) sowie das aufgrund des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD) gezahlte Entgelt für die Beschäftigten in Höhe von T€ 8.436 (Vorjahr: T€ 7.299) und die Zuführung personalbezogener Rückstellungen von insgesamt T€ 302 (Vorjahr: T€ 71).

An Sozialabgaben fielen für die Tarifbeschäftigten T€ 1.734 (Vorjahr: T€ 1.461) an. Zudem wurden T€ 685 (Vorjahr: T€ 587) an die Zusatzversorgungskasse entrichtet. Für die Beamten wurden Versorgungsumlagen in Höhe von T€ 216 (Vorjahr: T€ 225) und Beihilfen gezahlt.

Gegenüber dem Vorjahr hat sich der Personalaufwand nach Rückstellungen um insgesamt 15,8 % erhöht und bleibt damit hinter dem Planansatz zurück.

Für das Wirtschaftsjahr 2022 werden tarifliche Entgelt- und Besoldungserhöhungen für die Beschäftigten und Beamten der hannIT erwartet.

Risiko-, Chancen- und Prognosebericht

Durch die breit gefächerte, vornehmlich hoheitlich geprägte Geschäftstätigkeit der hannIT ergeben sich verschiedene Risiken. Die zielorientierte Steuerung elementarer Risiken ist eine grundlegende Voraussetzung für die zuverlässige Aufgabenerfüllung und den langfristigen Erfolg der AöR.



Das betriebliche Risikomanagement berücksichtigt daher wechselseitige Abhängigkeiten zwischen Prozessen und Unternehmensbereichen sowie Auswirkungen bei Ausfällen von Prozessen, die Kritikalität jedes Prozesses für das Gesamtunternehmen und die benötigten Wiederanlaufzeiten. Das Risikofrüherkennungssystem der hannIT soll bereits im Vorfeld Schäden für das Unternehmen vermeiden und vornehmlich einen störungsfreien Geschäftsbetrieb, eine planmäßige Entwicklung der Servicebereiche und eine nachhaltige Leistungsfähigkeit der AöR sicherstellen.

Um eine ganzheitliche Sicht auf die Bearbeitung der Risiken im Bereich der Informationssicherheit effektiv umzusetzen und durch ein umfassendes Informationssicherheitsmanagementssystem (ISMS) mit den dazugehörigen Richtlinien, Maßnahmen, Prozessen und Werkzeugen alle Aspekte auf gleichermaßen hohem Niveau zu bearbeiten, ist im Berichtsjahr das Projekt zur Zertifizierung nach ISO 27001 auf der Grundlage von IT-Grundschutz abgeschlossen worden. Im Rahmen der BSI-Zertifizierung nach ISO 27001 wurde das Basis-Testat erworben sowie die Unterlagen zwecks Zertifizierung eingereicht. Die Zertifizierung erfolgte im März 2022.

Die effektive satzungsgemäße Aufgabenerfüllung der AöR ist mit einem beträchtlichen Einsatz personeller Ressourcen verbunden. Es ist daher für hannIT weiterhin erforderlich, in die unternehmensspezifische Ausbildung zu investieren und die Karriere qualifizierter Nachwuchskräfte individuell und perspektivisch zu fördern.

Zudem gilt es, Fach- und Führungskräfte nachhaltig an das Unternehmen zu binden und die Attraktivität der hannIT als Arbeitgeber zu stärken.

Zur Minimierung von Forderungsausfällen und Überwachung der vornehmlich periodisch wiederkehrenden Einnahmen verfügt hannIT über ein etabliertes Debitorenmanagement. Ein wichtiges Ziel ist es, eine Mindestliquidität sicherzustellen, um die Zahlungsfähigkeit der AöR stets zu gewährleisten.

Im Bedarfsfall kann eine bestehende Kreditlinie in Anspruch genommen werden. Da die Volatilität der Liquidität aufgrund des in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegenen Umsatzniveaus und des ausgeweiteten Handelsgeschäfts mit einer erforderlichen Vorfinanzierung spürbar erhöht hat, wurde der Vorstand im Jahr 2021 ermächtigt, im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit Kredite zur Sicherstellung der Liquidität (sog. Aktives Tagesgeld) sowie langfristige Darlehen zur Finanzierung von Investitionen in Lizenzen und Leasing und zur Finanzierung von Investitionen in Hardware im Umfang von insgesamt maximal 5,0 Mio. € in Anspruch zu nehmen.

Der Einmarsch der russischen Streitkräfte in die souveräne Ukraine am 24.02.2022 stellt ein einschneidendes Ereignis dar, das auch in die Risikobetrachtung der hannIT eingeht. Für das Jahr 2022 ist insbesondere mit den folgenden Effekten zu rechnen:

- hannIT hat in diesem Zusammenhang mit erhöhten Kosten in den Bereichen Energie und Materialbeschaffung zu rechnen.



- hannIT hat weiterhin mit längeren Lieferzeiten für die Lieferung von Hardware-Komponenten zu rechnen. Zudem wird die Verlässlichkeit der Aussagen von Lieferanten zu Lieferfristen sinken.
- Hinsichtlich der Bedrohung durch Cyberangriffe, die im Zusammenhang mit der welt- politischen Lage stehen, werden die Empfehlungen des BSI zusätzlich zu einer eigenen, engmaschigen Überprüfung befolgt. Maßnahmen zur Beobachtung und Härtung der eigenen Systeme gegen Cyberangriffe sind in Umsetzung.

Diese Risiken können einzeln und in Summe einen Einfluss auf das geplante Geschäftsergebnis haben, stellen aber kein grundsätzliches Risiko für das Unternehmen dar.

Entwicklungsbeeinträchtigende und bestandsgefährdende Risiken werden für den Betrieb derzeit nicht gesehen.

Für das Jahr 2022 stehen insbesondere folgende Herausforderungen für die hannIT auf der Agenda, die in der Planung für das Jahr Berücksichtigung gefunden haben:

- **Umsetzung Onlinezugangsgesetz (OZG)**

Für das Geschäftsjahr 2022 steht weiterhin der Aufbau der erforderlichen Ressourcen in Form von Personal und Software für das Thema an. Zudem werden die erforderlichen vertraglichen Vereinbarungen mit den Trägern weiterhin konkretisiert.

- **Umzug des zweiten Rechenzentrums (Ablösung Leinstraße)**

Nachdem im Geschäftsjahr 2021 der Umzug des Rechenzentrums (RZ) in der Hildesheimer Straße erfolgte, steht nun im Geschäftsjahr 2022 der Umzug des aus der Leinstraße in das zukünftige Redundanzrechenzentrum in der Feuerwache am Weidendamm an. Mit diesem Umzug wird das RZ Konzept der hannIT komplettiert. Der Umzug aus der Leinstraße an den Weidendamm ist auch vor dem Hintergrund von Auflagen aus der BSI Zertifizierung zwingend erforderlich.

Wirtschaftlich sind mit dem Umzug Einmalkosten für Umzugslogistik, Erstausrüstung und die Herstellung der Anbindung verbunden. Hinzukommen erhöhte laufende Kosten für Miete und Verbrauchskosten.

- **Fortführung der Unterstützung Corona – bedingter Anstrengungen**

Das Jahr 2022 wird für hannIT, wie auch für unsere Träger, weiter durch Reaktionen auf die Corona-Pandemie geprägt sein. Dazu zählten in erster Linie

- Erheblich gestiegener Wareneinkauf zur Ausstattung von remote work- Arbeitsplätzen und Arbeitsplätzen für Personal zur Unterstützung der Gesundheitsämter.
- Wareneinkauf zur Ausstattung von SchullIT
- Erhöhter Personalaufwand für Service und Support der neuen Arbeits- plätze und der angebundenen Fachverfahren.

Es wird erwartet, dass diese Effekte auch in 2022 andauern, wenn auch in abgeschwächter Form.



- **Leasing als Instrument zur Entlastung der Liquidität**

Im Jahr 2022 ist erstmals geplant, einen signifikanten Anteil der Investitionen über Leasing zu realisieren, um damit die Liquidität zu entlasten. Um die erforderlichen Grundlagen zu schaffen, hatte sich die hannIT an einer Ausschreibung der proVitako beteiligt, über die ein Anbieter gefunden wurde, sodass entsprechende Verträge geschlossen werden können.

Die Auswirkungen der Neuerungen durch das Steueränderungsgesetz 2015 hinsichtlich der bislang nicht der Umsatzbesteuerung unterliegenden hoheitlichen EDV-/IT-Leistungen im Bereich der interkommunalen Zusammenarbeit werden im Jahr 2023 nun auch für die hannIT und seine Kunden konkret.

Um die bisher für hannIT geltende Umsatzsteuersystematik bis auf Weiteres beibehalten zu können, hatte hannIT 2016 eine Erklärung gemäß § 27 Abs. 22 Satz 3 UStG beim zuständigen Finanzamt abgegeben (optiert). Durch das „Corona-Steuerhilfegesetz“ wurde unter anderem die bisherige Übergangsregelung zu § 2b UStG über das aktuelle Fristende hinaus bis zum 31.12.2022 verlängert (§ 27 Abs. 22a UStG). In einem zuletzt mit der Steuerkanzlei bbt geführten Informationsgespräch wurde die anstehende Umsatzbesteuerung ab dem 01.01.2023 als hochgradig wahrscheinlich eingestuft, auch wenn abschließende Informationen seitens des zuständigen Ministeriums noch fehlen. hannIT bereitet sich derzeit (Mai 2022) darauf vor, die Kunden auf die anstehenden Änderungen vorzubereiten und die internen Prozesse zur Rechnungslegung und zur Preiskalkulation anzupassen.

Die Auswirkungen des Onlinezugangsgesetzes (OZG), des Digitalisierungsprogramms des IT-Planungsrats und des im Berichtszeitraum in Kraft getretenen Niedersächsischen Gesetzes über digitale Verwaltung und Informationssicherheit (NDIG) für das Geschäftsmodell der kommunalen Datenzentralen sind weiterhin noch nicht umfassend absehbar. Sollten sich aus den weiteren Konkretisierungen Empfehlungen oder Vorgaben für bestimmte Fachverfahren oder deren Betreiber ergeben oder die technischen oder sonstigen Anforderungen für den Betrieb für hannIT nicht umsetzbar sein, so könnten sich daraus für hannIT Sonderabschreibungen, zusätzliche Migrationsaufwände oder der Verlust von Umsatzanteilen ergeben. Andererseits ist auch ein Neugeschäft im Bereich des E-Governments vorstellbar, wenn ein Betrieb durch hannIT technisch möglich und zulässig ist, sowie ausreichende Kapazitäten bestehen.

Die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung hat sowohl in der öffentlichen Diskussion als auch in Form von Umsetzungsprojekten in Kommunalverwaltungen spürbar an Schwung gewonnen. hannIT begleitet die Umsetzung des OZG auch weiterhin durch die Bereitstellung von Portallösungen und Beratungsleistungen in Richtung einer elektronischen Akte. Wir beteiligen uns angesichts dieser Entwicklung und der Wettbewerbssituation weiter aktiv an entsprechenden Arbeitsgemeinschaften und Netzwerken und führen die Ausrichtung der internen Prozesse nach IT-Sicherheitsaspekten verstärkt fort.

Aus der weiteren Digitalisierung der öffentlichen Hand im Rahmen des OZG und der generellen Bewegung in Richtung digitalisierter Abläufe in den Verwaltungen



der öffentlichen Hand ergeben sich Chancen, das hannIT Portfolio und den Kreis der Kunden weiterzuentwickeln. Das Interesse an einer Mitgliedschaft in der hannIT AöR hält weiter an – so wurde mittels des Verwaltungsratsbeschlusses aus Dezember 2021 der Aufnahme von fünf neuen Trägern in die AöR zugestimmt. Weitere Anfragen aus der größeren geografischen Entfernung wurden mit Verweis auf den regionalen Aspekt zunächst aufgeschoben. Weiteres, großes Potenzial besteht bei den zahlreichen Kommunen, die noch ohne zentralen IT-Dienstleister arbeiten. Diese überdenken diesen Ansatz vor dem Hintergrund zunehmend komplexer Systeme, hoher Anforderungen an die IT Sicherheit und den zunehmenden Schwierigkeiten, eigene Ressourcen aufzubauen. Solchen Kommunen bietet die hannIT mit ihrem Portfolio und der hervorragenden Rechenzentrumsinfrastruktur ein attraktives Angebot, das über eine Besetzung von Stellen im Customer Management mit Schwerpunkt Vertrieb dann auch aktiv akquiriert wird.

Der mit dem Projekt „refit für growth“ bereits in der Vergangenheit eingeschlagene konsequente Veränderungsprozess der hannIT wird auch in 2022 fortgesetzt und gefestigt. hannIT wird im Jahr 2022 unter Einbeziehung aller Träger und mit externer Begleitung die Grundlagen für eine Strategie „hannIT 2030“ formulieren, an der sich das Unternehmen in den kommenden Jahren orientieren wird. Eine der wesentlichen Fragen, die in diesem Kontext beleuchtet werden wird, ist auch dort die Frage danach, wie das hannIT Kundenspektrum in Zukunft aufgestellt sein soll. Die Optionen zwischen ‚Vertiefung der regionalen Kundenbindung‘ bis hin zu ‚regionaler Öffnung‘ wird Gegenstand der strategischen Diskussion mit den Trägern sein. Ebenfalls wird in diesem Zusammenhang die Frage nach der zukünftigen Struktur der AöR diskutiert werden, die ein Wachstum der hannIT mit möglichst wenigen administrativen Hürden und Verzögerungen ermöglicht.

Gegenstand der Strategie wird auch sein, wie sich die hannIT den Trends der Zukunft annimmt. Absehbar ist ein zunehmendes Angebot von Dienstleistungen „in der Cloud“, die das klassische Hosting-Konzept, wie es die hannIT derzeit betreibt, zunächst ergänzen und perspektivisch schrittweise ablösen wird. In einem solchen Umfeld sind IT-Dienstleister weiter gefragt, benötigen aber eine Anpassung ihres Service-Portfolios in Richtung Beratung und Integration von Cloud-Dienstleistungen. Dem wird sich auch die hannIT stellen.

Im Berichtsjahr hat sich die neue Struktur für ein unternehmensweites Projektmanagement weiter etabliert. Eine Projektmanagementmethodik wurde entwickelt und im Unternehmen aus-gerollt. Projektmanager wurden installiert und eine Reihe von Mitarbeitenden wurden hinsichtlich der Rolle des Projektleiters geschult. Im Jahr 2021 wurde die Einführung eine Projektportfoliomanagement Tools fortgesetzt und mit der Beschaffung eines Tools (Blue Ant) abgeschlossen. Im Jahr 2022 wird die Software sukzessive in den Produktivbetrieb bei hannIT gehen, indem zunächst die Fokusprojekte der hannIT und später alle Projekte über die Software abgebildet werden. Mit der neuen Struktur für das Projektmanagement etablieren wir eine unternehmensweit einheitliche Methodik sowie das entsprechende Tool zwecks besserer Steuerung und Überwachung unserer Projekte für interne und kundenspezifische Themen. Damit ergibt sich perspektivisch eine deutlich verbesserte Möglichkeit zur Definition und Überprüfung



des Personal- und Ressourceneinsatzes, welches dem Erkennen und Umsetzen von Potenzialen zur Effizienzsteigerung dient.

Auch bei den Trägern der hannIT findet die Software Anklang – mehrere Kommunen haben bereits die Beschaffung über hannIT beschlossen. Somit erweitern wir unser Angebot um einen weiteren, attraktiven Service.

Der Servicekatalog der hannIT wurde mit Blick auf die Kundenperspektive gestrafft und die Zuordnung der IT-Services zu den Kompetenzcentern nach funktionalen Kriterien überprüft. Die technischen Infrastruktur-Services wurden erstmalig umfassend im Servicekatalog abgebildet. Die eingesetzte Stabstelle des Serviceportfoliomanagements hat erwirkt, dass die Services der hannIT in einem managebaren Portfolio mit detaillierten Service Design Packages und Kosten- und Effizienzbetrachtungen vorliegen. Zudem wurden in diesem Bereich die wesentlichen Grundlagen für eine Kosten-Leistungsrechnung stringent weiterentwickelt, was zu einer deutlich verbesserten Transparenz der Preiskalkulation und der Erfolgsrechnung für die hannIT-Services führt. Die so eingeführte Methodik wird perspektivisch dazu dienen, Veränderungen in der Preisstruktur der Komponenten, aus denen sich die Services zusammensetzen, konkret den Services zuzuordnen. Als Resultat ergibt sich so eine ‚gerechte‘ und transparente Preisstruktur in den Services.

Die Kernprozesse des IT-Service-Managements werden mit Blick auf verbesserte Dokumentation und Qualitätssteuerung stetig weiterentwickelt. Die im Jahr 2021 vereinbarten Kennwerte für die kontinuierliche Messung der Qualität werden auch im Jahr 2022 kontinuierlich weiterverfolgt. Dank der Kennwerte ist es uns künftig möglich, die Qualität nicht nur messbar zu machen, sondern auch konkrete Maßnahmen zur Qualitätsoptimierung und stetigen Weiterentwicklung abzuleiten. Da auch die internen Abhängigkeiten zwischen den Infrastruktur-Services und den Fachverfahren in Form von IT-Services mit definierten Leistungsparametern bearbeitet werden, ergibt sich eine einheitliche Steuerung der Leistungskette. Mittels dieser Steuerung wird sich für unsere Kunden und Träger kontinuierlich eine Verbesserung der Servicequalität ergeben. Diese Verbesserung bietet auch das Potenzial, Neukunden zu gewinnen und Bestandskunden zufrieden zu erhalten.

Nach Abwägung der Chancen und Risiken geht der Vorstand von einer positiven Fortführung des Unternehmens aus. Die hannIT betrachtet sich in strategischer, organisatorischer, fachlicher und wirtschaftlicher Hinsicht am Markt gut positioniert. Der vom Verwaltungsrat beschlossene Wirtschaftsplan weist für 2022 Erträge in Höhe von T€ 34.760 aus. Aufgrund der oben genannten Effekte, insbesondere aufgrund der Einmalkosten für den Umzug des RZ, plant die hannIT dennoch wieder mit einem Fehlbetrag von T€ 375. Das Jahresergebnis wird unter Inanspruchnahme eines Teils des vorhandenen Gewinnvortrags ausgeglichen geplant. Ab 2023 sind durch steigende Umsatzerlöse und rückläufige Einmalkosten für RZ-Ausstattungen wieder positive Jahresergebnisse zu erwarten. Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wird unter den zum Abschlusszeitpunkt erkennbaren Rahmenbedingungen stabil bleiben.



2.7 ITEBO Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft eG

www.itebo.de

Stammkapital: 89.000 €

ITEBO

Beteiligungsverhältnisse: 1,12 % Landkreis Peine

Gründungsjahr: 2019, Eintragung Genossenschaftsregister: 29. Januar 2020

Gegenstand des Unternehmens:

Zweck der Genossenschaft ist die Unterstützung ihrer Mitglieder im Rahmen der Versorgung mit Dienst- und Lieferleistungen sowie damit zusammenhängende Tätigkeiten im Bereich der IT im Rahmen eines gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebs und damit die Förderung des durch die Mitglieder verfolgten öffentlichen Zwecks.

Die Genossenschaft unternimmt auf Grundlage und im Rahmen dieser Zweckbindung u.a. die Beratung ihrer jeweiligen Mitglieder zur Optimierung der Beschaffung von IT-Leistungen sowie die Erfassung und Strukturierung des Bedarfs ihrer Mitglieder einschließlich des gemeinsamen Einkaufs der erforderlichen Dienst- und Lieferleistungen. Zudem erbringt sie selbst oder über die ITEBO GmbH und deren Tochterunternehmen sonstige informationstechnische und beratende Leistungen für ihre Mitglieder.

Mitglieder:

44 Mitglieder per 31.12.2021

Besetzung der Organe (im Berichtszeitraum):

Vorstand: Bernd Landgraf (Vorstandsvorsitzender), Ingo Bardischewski

Aufsichtsrat:

Vertreter der vier Gründungskommunen Gemeinde Wallenhorst, Gemeinde Belm, Gemeinde Bissendorf, Samtgemeinde Neuenkirchen

Herr Guido Halfter (Vorsitzender)

Frau Hildegard Schwertmann-Nicolay (stellv. Vorsitzende)

Interessenwahrung:

Die Interessenwahrnehmung des Landkreises Peine erfolgt durch Herrn Landrat Henning Heiß in der Generalversammlung.

Beteiligungen des Unternehmens:

Die ITEBO eG ist mit 5,0 % (44.250 €) an der ITEBO GmbH beteiligt.



Grundzüge des Geschäftsverlaufs:

Die Tätigkeit der Genossenschaft umfasst gemäß Genossenschaftsregister im Wesentlichen die Unterstützung ihrer Mitglieder im Rahmen der Versorgung mit Dienst- und Lieferleistungen sowie damit zusammenhängende Tätigkeiten im Bereich der IT im Rahmen eines gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebs und damit die Förderung des durch die Mitglieder verfolgten öffentlichen Zwecks.

Das Geschäftsjahr 2021 schließt die Genossenschaft aufgrund der Beitragszahlungen der Mitglieder mit einem positiven Jahresergebnis i.H.v 5.597,28 € ab. Der Jahresüberschuss wurde -unter Einbeziehung eines Gewinnvortrages von 2.005,29 €- entsprechend dem Vorschlag des Vorstands in Höhe von jeweils 760,76 EUR in die gesetzliche Rücklage und in die andere Ergebnisrücklage sowie in Höhe von 6.082,05 EUR auf neue Rechnung vorgetragen.

Die Vermögens- und Finanzlage der Genossenschaft zeigt insgesamt geordnete Verhältnisse. Die Zahlungsfähigkeit war im Berichtszeitraum gegeben.

Die Genossenschaft ist eine Kleinstgenossenschaft gemäß § 336 Abs. 2 Satz 3 HGB in Verbindung mit § 267a HGB. Bei ihr sind die Vorschriften des § 53 Abs. 2 GenG nicht anzuwenden. Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses wurden größenabhängige Erleichterungen vollständig in Anspruch genommen. Von der Aufstellung eines Lageberichtes wurde zulässigerweise abgesehen.



Bilanzdaten

Bilanz zum 31.12.2021

Aktiva	31.12.2021 €	31.12.2020 €
A. Anlagevermögen		
I. Beteiligung ITEBO GmbH	44.250,00	44.250,00
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen aus LuL gegen Genossenschaftsmitglieder	0,00	8.520,00
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	56.612,23	26.990,44
	100.862,23	79.760,44

Passiva	31.12.2021 €	31.12.2020 €
A. Eigenkapital	97.103,89	76.506,61
<i>davon Geschäftsguthaben der Mitglieder</i>	<i>89.000,00</i>	<i>74.000,00</i>
<i>davon gesetzliche Rücklage</i>	<i>250,66</i>	<i>0,00</i>
<i>davon andere Ergebnisrücklagen</i>	<i>250,66</i>	
<i>davon Gewinnvortrag</i>	<i>2.005,29</i>	
<i>Bilanzgewinn</i>	<i>5.597,28</i>	<i>2.506,61</i>
B. Rückstellungen	2.500,00	2.500,00
C. Verbindlichkeiten	1.258,34	753,83
	100.862,23	79.760,44

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01. bis 31.12.2021

	31.12.2021 €	31.12.2020 €
1. Umsatzerlöse	11.966,22	10.154,67
2. sonstige Erträge	0,24	0,12
3. sonstige Aufwendungen	6.369,18	7.648,18
4. Jahresüberschuss	5.597,28	2.506,61



2.8 Klinikum Peine gGmbH

www.klinikum-peine.de

Stammkapital: 500.000 €



Beteiligungsverhältnisse: 70 % Landkreis Peine

Gegenstand der Einrichtung:

Zweck der Klinikum Peine gGmbH ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens und der öffentlichen Gesundheitspflege, insbesondere die Verhütung und Bekämpfung von übertragenen Krankheiten, auch durch Krankenhäuser im Sinne der § 67 AO. Dies erfolgt nach Maßgabe des Krankenhausplanes des Landes Niedersachsen. Die Klinikum Peine gGmbH dient im Rahmen ihrer sachlichen Möglichkeiten der stationären, teilstationären und ambulanten Untersuchung, Behandlung und Versorgung von Patientinnen und Patienten sowie der gesundheitlichen Prävention.

Dieser Zweck wird insbesondere durch den Betrieb des Klinikums Peine als Krankenhaus der Grund- und Regelversorgung sowie aller damit zusammenhängenden Einrichtungen, Nebeneinrichtungen und Hilfsbetriebe verwirklicht.

Auch ist es Zweck der Gesellschaft die ärztliche, pflegerische, technische und kaufmännische Betreuung dieser Einrichtungen mit dem Ziel einer bestmöglichen und zugleich wirtschaftlichen Versorgung der Bevölkerung sowie ggf. die Ausbildung in eigenen Ausbildungsstätten sowie im Rahmen eines Akademischen Lehrkrankenhauses.

Gesellschafter:

Gesellschafter der Klinikum Peine gGmbH sind der Landkreis Peine (70 %) und die Stadt Peine (30 %).

Besetzung der Organe (im Berichtszeitraum):

a) Geschäftsführer: Herr Wolfgang Jitschin und Herr Dr. Dirk Tenzer (seit 15.08.21)

b) Mitglieder des Aufsichtsrats (bis zur Kommunalwahl 2021):

Herr Franz Einhaus (Landrat – Vorsitzender)

Herr Klaus Saemann (Bürgermeister Stadt Peine – stellv. Vorsitzender)

Herr Frank Hoffmann (KTA; SPD)

Frau Christine Spittel (KTA; SPD)

Herr Andreas Leinz (entsandt durch CDU)

Herr Dr. Uwe Gremmler (fachkundiger externer Vertreter)

Herr Andreas Baum (Ratsmitglied, SPD)

Herr Andreas Meier (Ratsmitglied, CDU)

Frau Prof. Dr. Marion Tacke (fachkundige externe Vertreterin)

Herr Dr. med. Matthias Heyn (Betriebsrat)

Herr Ralf Hahne (Betriebsrat)



c) Mitglieder des Aufsichtsrates (seit der Kommunalwahl 2021):

Herr Henning Heiß (Landrat – Vorsitzender)

Herr Klaus Saemann (Bürgermeister Stadt Peine – stellv. Vorsitzender)

Herr Frank Hoffmann (KTA; SPD)

Frau Christine Spittel (KTA; SPD)

Herr Andreas Leinz (entsandt durch Gruppe CDU/FDP)

Herr Dr. Uwe Gremmler (fachkundiger externer Vertreter)

Frau Dr. Dorothea Marhenke (Ratsmitglied, Die Grünen)

Frau Dr. Astrid-Christine Mitschke (entsandt d. Gruppe SPD/DieGrünen/Die Linke)

Frau Prof. Dr. Marion Tacke (fachkundige externe Vertreterin)

Herr Dr. med. Matthias Heyn (Betriebsrat)

Herr Markus Ritter (Betriebsrat)

Interessenwahrung:

Die Interessenwahrnehmung des Landkreises Peine erfolgt durch Herrn Landrat Henning Heiß in der Gesellschafterversammlung.

Beteiligungen des Unternehmens:

Die Klinikum Peine gGmbH ist mit 1,08 % (500 €) an der GEDEKK GmbH beteiligt. Hierbei handelt es sich um eine Dienstleistungs- und Einkaufsgesellschaft für kommunale Krankenhäuser.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs, Lagebericht, Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung

Wie bereits unter 1.2 dargestellt erfolgt mangels vorliegenden geprüften Jahresabschlüssen ab 2020 zum einen keine Darstellung des Geschäftsverlaufs sowie der Lage des Unternehmens. Zum anderen können auch keine Bilanz und keine Gewinn- und Verlustrechnung für 2020 und 2021 abgebildet werden. All diese Dinge lassen sich dem Prüfbericht des Wirtschaftsprüfers entnehmen.

Da es sich bei der Beteiligung an der Klinikum Peine gGmbH um eine der wichtigsten Beteiligungen des Landkreises handelt, werden die Berichte über die Jahre 2020 und 2021 umgehend, ggfs. in einem separaten Bericht, nachgeholt, sobald die entsprechenden Prüfberichte vorliegen.



Platz für Notizen: